

## Suchen

<b>Name</b> KfW Bankengruppe Frankfurt am Main	<b>Bereich</b> Rechnungslegung/ Finanzberichte	<b>Information</b> Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012	<b>V.-Datum</b> 28.05.2013
---	--	--	-------------------------------



### KfW Bankengruppe

Frankfurt am Main

### Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012

Bank aus Verantwortung

KfW im Überblick

#### Gesamtgeschäft der KfW Bankengruppe

	2012 Mio. EUR	2011 Mio. EUR	2010 Mio. EUR
Jahresabschluss			
Geschäftsvolumen	550.409	555.564	524.629
Bilanzsumme	497.544	493.008	445.514
Begebene Schuldverschreibungen	404.659	399.160	360.145
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247	3.247	3.247
Eigene Mittel	19.035	16.614	14.888
Zinsüberschuss	2.408	1.941	2.389
davon Zinsverbilligungsleistung	535	557	558
Provisionsüberschuss	147	153	205
Verwaltungsaufwand	779	581	555
Jahresüberschuss	1.464	547	2.013
Cost-Income-Ratio vor Zinsverbilligungsleistung	25,2	21,9	17,6
Kernkapitalquote	18,2	18,3	14,7
Gesamtkapitalquote <sup>1)</sup>	20,6	21,6	17,7
Zahl der Beschäftigten	4.231	3.890	3.543

<sup>1)</sup> Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote und Kernkapitalquote werden für interne Zwecke berechnet. Ab 2012 bezieht sich die Angabe auf den Konzern.

#### Bank aus Verantwortung

Die Zahlen in den Tabellen wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung erfolgt gerundet. Hierdurch können sich in der Summenbildung Rundungsdifferenzen ergeben.

#### Lagebericht

#### Wirtschaftsbericht

#### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hat im Jahresverlauf 2012 an Schwung verloren. Hauptverantwortlich hierfür sind die Industriestaaten und hier wiederum primär die Eurozone, die sich ebenso wie Großbritannien in einer Rezession befand. Die Entwicklungs- und Schwellenländer blieben Treiber der Weltkonjunktur, sie setzten ihr über dem globalen Durchschnitt liegendes Wachstum fort. Allerdings waren sie von der Dynamik früherer Jahre weit entfernt. Es zeigte sich mehr und mehr, dass vor allem die Schwellenländer nicht nur im Export von der Eurokrise betroffen waren, sondern ihnen auch hausgemachte Schwächen wie Infrastrukturdefizite, Reformstau etc. zu schaffen machten.

Erfreulicherweise war der Inflationstrend 2012 weltweit rückläufig. In den Industriestaaten vergrößerte dies den Spielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen der Geldpolitik, der auch genutzt wurde. In den Entwicklungs- und Schwellenländern hatte die Dämpfung des Preisaufretriebs darüber hinaus positive Wohlfahrts- und soziale Wirkungen, und der im Sommer 2012 beobachtete Anstieg internationaler Nahrungsmittelpreise wirkte sich auf den lokalen Märkten weniger stark aus als befürchtet. Dennoch blieb in den Entwicklungs- und Schwellenländern das Inflationsniveau aber noch zu hoch. Positiv war 2012 auch der fortgesetzte Rückgang globaler Ungleichgewichte - insbesondere sank der Leistungsbilanzüberschuss in China in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, während das Leistungsbilanzdefizit der USA stagnierte. Allerdings könnte sich dies als nicht nachhaltig erweisen, da die Entwicklung aufgrund einer Nachfrageschwäche in den Defizitländern primär konjunkturbedingt ist. Die globalen Ungleichgewichte blieben somit ein Thema der Abstimmung in internationalen Foren, wie beispielsweise der G 20.

Die USA bewegten sich 2012 auf einem moderaten gesamtwirtschaftlichen Expansionspfad. Preisbereinigt wuchs die US-Wirtschaft um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone litt unter der durch die Eurokrise bedingten anhaltenden Verunsicherung von Konsumenten, Unternehmen und Kapitalmarktteilnehmern sowie dem in vielen Euroländern verfolgten fiskalischen Konsolidierungskurs. Als Folge davon schrumpfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum preisbereinigt um 0,5 % gegenüber dem Jahr 2011.

Auch an den Finanzmärkten war die Eurokrise im Jahr 2012 das beherrschende Thema. Die von der Europäischen Zentralbank (EZB) im Dezember 2011 beschlossenen Maßnahmen zur Kriseneindämmung, insbesondere die beiden längerfristigen Tendergeschäfte zur Linderung der Refinanzierungsengpässe im europäischen Bankensektor, führten in den ersten Monaten des Jahres 2012 zunächst zu einer spürbaren Stimmungsaufhellung an den Finanzmärkten. Diese Entspannung war jedoch nicht von Dauer. Angesichts der politischen Hängepartie nach den Parlamentswahlen in Griechenland Anfang Mai sowie der immer stärker zu Tage tretenden Probleme im spanischen Bankensektor verstärkten sich die Spekulationen auf ein Auseinanderbrechen der Eurozone. In diesem Umfeld stiegen die Risikoaufschläge auf spanische und italienische Anleihen deutlich an und erreichten in der zweiten Julihälfte Jahreshöchststände. Zu einer Marktberuhigung kam es erst, als der EZB-Präsident die Entschlossenheit der Notenbank bekräftigte, im Rahmen ihres Mandats alles Notwendige zu tun, um den Euro zu erhalten. Diese Aussage wurde im September mit der Ankündigung von an bestimmte Bedingungen geknüpften unlimitierten Staatsanleihekäufen konkretisiert. Darüber hinaus wurden auch von den politischen Entscheidungsträgern wichtige institutionelle Weichenstellungen vorgenommen, um die Eurozone zukünftig auf ein stabileres Fundament zu stellen. Als Folge dieser Entwicklungen nahm die Besorgnis um den Fortbestand der Eurozone deutlich ab. Dies zeigte sich in spürbar sinkenden Risikoaufschlägen auf Anleihen der Euro-Peripherieländer.

Vor dem Hintergrund der sehr expansiven geldpolitischen Ausrichtung in der Eurozone und den USA gaben die Geldmarktsätze in beiden Währungsräumen im Jahr 2012 weiter nach. Auch im längerfristigen Laufzeitenbereich war in Deutschland und den USA im Jahresdurchschnitt ein merklicher Zinsrückgang zu beobachten. Die Renditen zehnjähriger deutscher und US-Staatsanleihen erreichten im Juli aufgrund der Verschärfung der Eurokrise jeweils ein Allzeittief. Mit der wieder wachsenden Zuversicht in den Fortbestand der Eurozone zogen sie in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas an. Insgesamt hat sich die durchschnittliche Steilheit der Zinsstrukturkurven im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr zurückgebildet.

Der EUR/USD-Wechselkurs bewegte sich im Jahr 2012 im Fahrwasser der Eurokrise. Er wies zunächst eine aufwärtsgerichtete Tendenz auf und markierte Ende Februar mit einem Wert von 1,34 sein Jahreshoch. Die im Frühsommer stark zunehmenden Sorgen eines möglichen Auseinanderbrechens der Eurozone ließen den EUR/USD-Wechselkurs bis Ende Juli auf ein Niveau von 1,20 zurückfallen, ehe er sich im weiteren Jahresverlauf wieder deutlich erholen konnte und am Jahresende 2012 ein Niveau von 1,32 verzeichnete. Im Jahresdurchschnitt lag der EUR/USD-Wechselkurs bei 1,28, was eine Abwertung von 8 % gegenüber 2011 bedeutete.

Die verhaltene globale Nachfrage, die Stabilisierungsrezessionen in Südeuropa sowie die trotz materieller Fortschritte weiterhin hohe Krisenunsicherheit in der Eurozone wirkten sich 2012 dämpfend auf die deutsche Realwirtschaft aus. Die konjunkturelle Dynamik ließ im Jahresverlauf immer stärker nach, Ende 2012 war die Wirtschaftsaktivität im Vorquartalsvergleich sogar um 0,6 % rückläufig. Im Gesamtjahr 2012 wuchs das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt der zweiten Schätzung des Statistischen Bundesamts aus dem Februar zufolge um 0,7 % (preis- und kalenderbereinigt: +0,9 %). Das jahresdurchschnittliche Realwachstum war damit nicht nur deutlich schwächer als 2011 (+3,0 %), es blieb auch spürbar hinter dem Trendwachstum seit der Wiedervereinigung zurück. Gleichwohl steht Deutschland mit dieser Entwicklung unter den Rahmenbedingungen der Krise international gut da. Sowohl absolut als auch pro Einwohner übertrifft das Niveau der Wirtschaftsleistung das Vorkrisenhoch aus dem Jahr 2008 inzwischen deutlich; keine andere der großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat das bislang erreicht.

Positive inländische Wachstumsimpulse kamen 2012 vom Konsum (+0,8 %) und von den Wohnbauten (+0,9 %). Der private Konsum profitierte dabei von dem robusten Arbeitsmarkt und der Reallohnentwicklung. Trotz der nachlassenden konjunkturellen Zugkraft überschritt die Zahl der Erwerbstätigen noch deutlicher als 2011 die 41-Millionen-Marke und erzielte zum sechsten Mal in Folge einen neuen deutschen Rekord. Gleichzeitig sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote weiter und fiel 2012 zum zweiten Mal in Folge auf ein gesamtdeutsches Tief (6,8 %). Zusammen mit den deutlichen Nominallohnanstiegen und der im Vorjahresvergleich rückläufigen Inflationsrate stärkte dies die Kaufkraft der Konsumenten. Die günstige Arbeitsmarktlage und steigende Lohneinkommen haben auch zu dem Wachstum der Wohnbauinvestitionen beigetragen. Angeregt wurden diese darüber hinaus von den sehr niedrigen Realzinsen sowie der relativen Attraktivität dieser Kapitalanlageform in dem gegenwärtigen Finanzmarktumfeld, das in vielen anderen Segmenten von einem als ungünstig empfundenen Risiko-Rendite-Profil geprägt ist.

Daneben trugen die Nettoexporte - also der Saldo aus Exporten und Importen - in starkem Maße positiv zum Wachstum im Jahr 2012 bei. Dies darf allerdings nicht als Ausdruck hoher außenwirtschaftlicher Dynamik missdeutet werden. Im Gegenteil, wie vor dem Hintergrund der Rezession in weiten Teilen Europas und der schwächeren Wachstumsdynamik in zentralen Schwellenländern wie China auch zu erwarten, war der Exportzuwachs 2012 (+3,7 %) viel geringer als 2010 (+7,8 %) und 2011 (+13,7 %). Dass die Nettoexporte 2012 dennoch rein rechnerisch einen hohen positiven Wachstumsbeitrag liefern konnten, lag allein an dem noch deutlich kleineren Zuwachs der Importe (+1,8 %). Die kraftlosen Importe sind ein Reflex der Investitionszurückhaltung der Unternehmen. Vor allem die Einfuhr auf Lager - darunter Vor- und Zwischenprodukte - dürfte sehr schwach gewesen sein, wie die rückläufigen Lagerinvestitionen belegen. Dieser Lagerabbau belastete das Wachstum 2012 massiv. Die Unternehmen haben angesichts der unsicheren Absatzperspektiven aber nicht nur die Lager sehr deutlich zurückgefahren. Ihre vorsichtige Kapazitätsplanung wird auch daran erkennbar, dass sie die Investitionen in Ausrüstungen (-4,8 %) und Wirtschaftsbauten (-1,8 %) trotz historisch günstiger Finanzierungsbedingungen spürbar gekürzt haben. Hiervon ging ebenfalls ein erheblicher Bremseffekt auf das Wirtschaftswachstum aus.

Deutschland erzielte 2012 einen geringfügigen Haushaltsüberschuss in Höhe von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts, nachdem das Defizit im Jahr davor schon bei vergleichsweise geringen 0,8 % gelegen hatte. Ein maßgeblicher Beitrag zu diesem Konsolidierungserfolg kommt von der hohen Beschäftigungsintensität aufgrund des Wachstums in den vergangenen Jahren. Wegen höherer Lohnsteuern und geringerer Ausgaben der Arbeitslosenversicherung ist es fiskalisch sehr ergiebig. Gleichwohl ist die Entwicklung der Staatsfinanzen nicht uneingeschränkt positiv. Denn die Konsolidierung ging ausgabenseitig bislang sehr stark zulasten der öffentlichen Investitionen - 2012 brachen diese mit -9,5 % sogar regelrecht ein - und damit auf Kosten der Infrastruktur und des langfristigen Wachstumspotenzials.

#### **Entwicklung der KfW**

Die KfW blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück. Das hohe Fördervolumen war auf die thematischen Schwerpunkte Klima- und Umweltschutz, Globalisierung und technischer Fortschritt sowie demografische Entwicklung fokussiert. Der eingeschlagene Modernisierungskurs wurde konsequent fortgesetzt. Verschiedene maßgebliche Faktoren haben die hervorragende Ertragslage geprägt. Insgesamt konnte - nach Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 0,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,1 Mrd. EUR)

- mit 1,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,5 Mrd. EUR) erneut ein Jahresergebnis erzielt werden, das deutlich oberhalb des nachhaltigen Potenzials liegt. Vor dem Hintergrund der wachsenden Erwartungen an die Förderleistungen der KfW, der unverändert hohen Unsicherheit hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt der strengeren regulatorischen Anforderungen stellt die mit diesem Ergebnis verbesserte Kapitalbasis die Förderfähigkeit der KfW nachhaltig sicher. Für das Jahr 2013 erwartet die KfW eine deutliche Normalisierung der Ertragsituation.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2012 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

A. Durch die anhaltend hohe Nachfrage nach Förderkrediten bleibt die KfW auf ihrem langfristig qualitativ angelegten Wachstumskurs. Die Förderung des Mittelstands im Inland wurde deutlich ausgebaut, der Anteil des Förderschwerpunktes Klima- und Umweltschutz erreichte ein neues Rekordniveau.

B. Operatives Ergebnis auf sehr hohem Niveau. Der Zinsüberschuss erreichte vor allem aufgrund eines außerordentlich hohen Dispositionsergebnisses einen historischen Höchststand, aus den aufgesetzten Modernisierungsmaßnahmen resultiert ein deutlicher Anstieg der Verwaltungsaufwendungen.

C. Die Risikolage der KfW im Kerngeschäft belastet das Ergebnis erwartungsgemäß, konnte aber durch hohe positive Sondereffekte in der Risikovorsorge überkompensiert werden.

D. Positive Entwicklungen im Wertpapierportfolio durch stabilisierte Finanzmarktverfassung insbesondere in der zweiten Jahreshälfte.

#### **A. Anhaltend hohe Nachfrage nach Förderkrediten der KfW**

Die KfW hat im Geschäftsjahr 2012 insgesamt ein Fördervolumen von 65,4 Mrd. EUR erzielt. Nach einem Volumen von 62,9 Mrd. EUR im Vorjahr wurde der moderate und langfristig qualitative Wachstumskurs damit auch in einem schwierigen Finanz- und Wirtschaftsumfeld erfolgreich fortgesetzt.

Die Finanzierungszusagen an Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen in Deutschland betragen 50,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 50,9 Mrd. EUR). Dabei konnte die Förderung des Mittelstands im Inland mit 24,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 22,4 Mrd. EUR) deutlich zulegen. Der Anteil der Mittelstandsfinanzierung im Inland ist von 44 % auf 48 % gestiegen. Ursächlich hierfür war die hohe Nachfrage nach dem "KfW-Unternehmerkredit". Einen ebenfalls deutlichen Zusageanstieg verzeichnet das Förderfeld Umwelt, insbesondere mit dem KfW-Programm "Erneuerbare Energien" und Finanzierungen von Energieeffizienzvorhaben. Die KfW Privatkundenbank hat ein Gesamtfördervolumen von 17,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 16,7 Mrd. EUR). Der Anstieg im Zusagevolumen ist im Wesentlichen durch die zur Erreichung der Klima- und Umweltschutzziele maßgeblichen Förderprogramme "Energieeffizient Bauen" und "Energieeffizient Sanieren" bedingt. Diese weisen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Zusagevolumen von 52 % auf. Die KfW Kommunalbank hat 2012 ein Fördervolumen von 9,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 11,8 Mrd. EUR) erreicht und ist trotz einer rückläufigen Investitionsneigung der Kommunen nur leicht unter den Erwartungen geblieben.

Das internationale Fördergeschäft stieg erneut, von 10,9 Mrd. EUR auf 11,2 Mrd. EUR. Dieser Anstieg ist vor allem getragen durch ein deutliches Zusagewachstum im Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank von 4,5 Mrd. EUR auf 4,9 Mrd. EUR. 60 % dieser Zusagen (2,9 Mrd. EUR) erfolgten aus Eigenmitteln der KfW im Rahmen von Entwicklungs- und Förderkrediten, mit denen so die Entwicklungshilfeleistungen der Bundesregierung substantiell erhöht werden konnten. Das Fördervolumen in der Export- und Projektfinanzierung erreichte mit 6,3 Mrd. EUR nahezu das Niveau des Vorjahres (6,4 Mrd. EUR).

Der Geschäftsbereich Kapitalmarktnahe Finanzierungen hat 2012 ein Finanzierungsvolumen von 3,6 Mrd. EUR realisiert. Über das KfW-Programm "Refinanzierung bundesgedeckter Exportkredite" wurde die deutsche Exportwirtschaft mit langfristigen Mitteln von 1,2 Mrd. EUR unterstützt. Zusätzlich wurden über Verbriefungsinstrumente und Globaldarlehen Leasinggesellschaften und Kreditinstituten 2,4 Mrd. EUR zur Finanzierung des deutschen Mittelstands zur Verfügung gestellt.

#### **B. Zinsüberschuss auf historischem Höchststand begünstigt operatives Ergebnis**

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen hat sich deutlich verbessert und liegt mit 1.839 Mio. EUR (Vorjahr: 1.589 Mio. EUR) auf einem sehr hohen Niveau.

Die starke Verbesserung ist insbesondere auf einen Zinsüberschuss auf Rekordniveau von 2.408 Mio. EUR (Vorjahr: 1.941 Mio. EUR) zurückzuführen, der weiterhin die wesentliche Ertragsquelle der KfW darstellt. Der überdurchschnittliche Ergebnisbeitrag ist auf die sehr guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW zurückzuführen, die neben der erstklassigen Bonität auch aus einer außergewöhnlichen Zinsstruktur insbesondere im kurzfristigen Bereich (Geldmarkt) resultieren. Die im Fördergeschäft erbrachten Zinsverbilligungsleistungen der KfW liegen bei 535 Mio. EUR (Vorjahr: 557 Mio. EUR), die aus Sicht der Kreditnehmer zudem durch die vorteilhaften Einstandskonditionen der KfW flankiert werden.

Während sich der Provisionsüberschuss auf dem Niveau des Vorjahres bewegt, ist bei den Verwaltungsaufwendungen mit 779 Mio. EUR (Vorjahr: 581 Mio. EUR) ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Dieser ist insbesondere auf die konsequente Fortsetzung des eingeschlagenen Modernisierungskurses der KfW mit Belastungen im Personal- und Sachaufwand zurückzuführen.

#### **C. Risikovorsorgeaufwand im Kerngeschäft durch Sondereffekte überkompensiert**

Die Risikolage der KfW hat sich insbesondere im Segment Maritime Industrie der Export- und Projektfinanzierung sowie in der inländischen Förderung negativ entwickelt und dort zu einem gegenüber dem Vorjahr erhöhten Nettorisikovorsorgeaufwand für akute Kreditrisiken geführt. Dieser wurde durch hohe positive Sondereffekte in anderen Segmenten sowie die Auflösung von Pauschalwertberichtigungen überkompensiert.

Insgesamt resultiert daraus ein positives Risikovorsorgeergebnis in Höhe von 176 Mio. EUR (Vorjahr: 140 Mio. EUR).

#### **D. Positive Entwicklungen im Wertpapierportfolio**

Die Lage an den Finanzmärkten im Hinblick auf die Probleme im europäischen Staatsschuldensektor hat sich in der zweiten Jahreshälfte infolge wichtiger institutioneller Weichenstellungen sowie nach der Ankündigung von Euro-Stützungsmaßnahmen durch die EZB deutlich stabilisiert. Den besseren Rahmenbedingungen folgend hat sich das Bewertungsergebnis der KfW gut entwickelt und mit 162 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) zu dem sehr guten Jahresergebnis beigetragen.

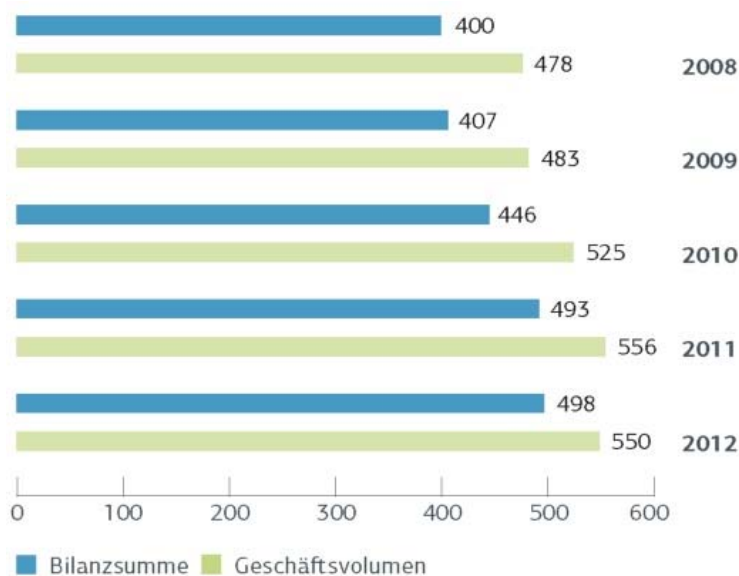
## Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsvolumen der KfW beträgt 550,4 Mrd. EUR gegenüber 555,6 Mrd. EUR im Vorjahr. Der Anstieg des bilanziellen Geschäfts um 4,5 Mrd. EUR wird dabei durch den Rückgang der Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen überkompensiert. Die Unwiderruflichen Kreditzusagen verringern sich aufgrund der Ausbuchung der offenen Kreditzusagen an die Republik Griechenland, nachdem die offene Tranche im abgelaufenen Geschäftsjahr an die European Financial Stability Facility S. A., Luxembourg, übertragen worden ist. Weiterhin gehen die Eventualverbindlichkeiten aufgrund des unverändert schwierigen Marktumfelds für Verbriefungsprodukte und der entsprechenden Auswirkungen auf das Neugeschäft zurück.

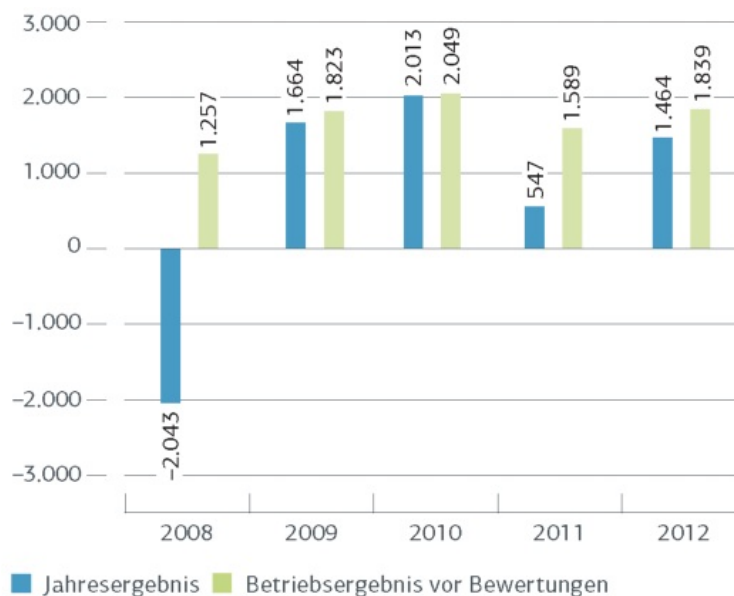
Das Betriebsergebnis vor Bewertungen liegt mit 1.839 Mio. EUR um 250 Mio. EUR über dem Ergebnis des Vorjahreswertes (1.589 Mio. EUR).

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird um 650 Mio. EUR auf 2.350 Mio. EUR verstärkt. Der Jahresüberschuss von 1.464 Mio. EUR (Vorjahr: 547 Mio. EUR) wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Entwicklung Bilanzsumme und Geschäftsvolumen Angaben in Mrd. EUR



Betriebsergebnis vor Bewertungen und Jahresergebnis Angaben in Mio. EUR



## Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (Kreditforderungen einschließlich Treuhand- und Avalkrediten sowie Unwiderruflicher Kreditzusagen) liegt mit 423,9 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.<sup>1)</sup>

Das Kreditvolumen in der inländischen Förderung hat sich von 333,6 Mrd. EUR auf 336,9 Mrd. EUR leicht erhöht. Die Steigerung ist insbesondere auf die Zunahme in den Förderschwerpunkten Umwelt und Wohn zurückzuführen. Das Kreditvolumen in der inländischen Förderung entspricht 79 % des gesamten Kreditvolumens der KfW. Gegenläufig wirkten hohe außerplanmäßige Tilgungen.

Die Kredite im Rahmen des internationalen Geschäfts betragen 63,5 Mrd. EUR und befinden sich somit auf dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 67,4 Mrd. EUR). Sie entsprechen 15 % des gesamten Kreditvolumens.

Die Avalkredite, die im Wesentlichen durch das Verbriefungsgeschäft geprägt sind, gingen um 41 % auf 6,3 Mrd. EUR zurück und stellen damit nur noch einen Anteil von 1 % am Kreditvolumen.

Die Treuhandkredite haben sich infolge des Zuweisungsgeschäfts EADS von 16,2 Mrd. EUR auf 17,2 Mrd. EUR erhöht.

<sup>1)</sup> Die Ermittlung wurde 2012 geändert. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

### Refinanzierung

Die KfW hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr primär durch die Emission von Schuldverschreibungen am Kapitalmarkt refinanziert. 2012 wurden Mittel in Höhe von 78,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 79,7 Mrd. EUR) aufgenommen.

Der Bestand der begebenen Schuldverschreibungen ist gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Mrd. EUR gestiegen und beträgt zum 31.12.2012 404,7 Mrd. EUR.

Der Anteil der begebenen Schuldverschreibungen an den Fremdmitteln beträgt 89 % und liegt damit leicht über dem Niveau des Vorjahres. Die begebenen Schuldverschreibungen stellen somit weiterhin die wichtigste Refinanzierungsquelle dar.

Der Anteil der bei Kreditinstituten und Kunden (ohne Bundesmittel) aufgenommenen Mittel liegt unverändert bei 9 % der Fremdmittel. Darin enthalten sind auch hereingenommene Barsicherheiten zur Absicherung des Kontrahentenrisikos aus dem Derivategeschäft in Höhe von 20,5 Mrd. EUR. Die aus dem Bundeshaushalt bereitgestellten Mittel haben sich insbesondere aufgrund der planmäßigen Tilgung der Verbindlichkeiten aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens von 2 % auf 1 % der Fremdmittel reduziert.

Darüber hinaus bestehen nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 3,2 Mrd. EUR.

	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Bundesrepublik Deutschland				
- ERP-Sondervermögen	262	399	-137	-34
- Bundeshaushaltsmittel	5.808	10.050	-4.242	-42
	6.070	10.449	-4.379	-42
Sonstige Gläubiger	9.165	11.286	-2.121	-19
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.235	21.735	-6.500	-30
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.334	27.082	2.252	8
Anleihen	126.274	139.923	-13.649	-10
Inhaberschuldverschreibungen (einschl. Commercial Papers)	273.540	253.957	19.583	8
Anteilige und fällige Zinsen	4.845	5.280	-435	-8
Begebene Schuldverschreibungen	404.659	399.160	5.499	1
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.247	3.247	0	0
Insgesamt	452.475	451.224	1.251	0

### Eigene Mittel

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wird in Höhe von 650 Mio. EUR dotiert und beträgt zum 31.12.2012 2,4 Mrd. EUR. Der nach der Dotierung verbleibende Jahresüberschuss von 1,5 Mrd. EUR wird vollständig den Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Eigenen Mittel betragen danach zum 31.12.2012 19,0 Mrd. EUR und liegen somit 14 % über dem Niveau des Vorjahres.

	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750	3.750	0
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450	-450	0
Kapitalrücklage	6.197	5.947	250
darunter Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.900	4.650	250
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.113	1.056	57
Erwirtschaftete Gewinne			
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.875	1.875	0
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	4.152	2.689	1.463
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG <sup>1)</sup>	48	48	0
Bilanzgewinn/-verlust	0	0	0
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB	2.350	1.700	650
Insgesamt	19.035	16.614	2.420

<sup>1)</sup> Zu korrigieren um das aktivisch ausgewiesene Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG (26 Mio. EUR)

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote beträgt 20,6 % (Vorjahr: 21,6 %).

### Entwicklung sonstiger wesentlicher Bilanzposten

Der Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere erhöhte sich geringfügig um 700 Mio. EUR auf 41,5 Mrd. EUR. Der Bestand an fremden Emissionen, der 66 % des Gesamtbestandes der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere umfasst, ist 2012 um 2 % auf insgesamt 27,3 Mrd. EUR gestiegen.

Die Wertpapiere, die zur Liquiditätssicherung der KfW vorgehalten werden, werden in Euro sowie in geringem Umfang auch in US-Dollar geführt. 79 % der fremden Wertpapiere können im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Europäischen Zentralbank (EZB) als Sicherheiten verwendet werden. Neben den Treasury-Wertpapierportfolios hält die KfW im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten in der Kreditverbriefung und der Mittelstandsförderung Asset Backed Securities (ABS) mit einem Buchwert von 3,5 Mrd. EUR in ihrem Bestand. Etwaigen Risiken wird durch die Bildung einer angemessenen Risikovorsorge ausreichend Rechnung getragen.

Zur Kurspflege wurden zum Jahresende nominal 14,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 14,7 Mrd. EUR) eigene Schuldverschreibungen im Bestand gehalten. Dies entspricht unverändert 4 % der begebenen Schuldverschreibungen.

Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren der KfW beträgt zum 31.12.2012 346 Mio. EUR gegenüber 12,4 Mrd. EUR im Vorjahr. Ursächlich für den Rückgang war neben der planmäßigen Rückgabe von Anteilen an Spezialfonds im Wesentlichen der geänderte Ausweis der Aktien der Deutschen Telekom AG und der Deutschen Post AG, beide mit Sitz in Bonn, die die KfW aufgrund der Zuweisung des Bundes gemäß § 2 Absatz 4 des KfW-Gesetzes hält. Vor dem Hintergrund des Chancen- und Risikoprofils des Zuweisungsgeschäfts EADS hat die KfW den Bilanzausweis dieser Geschäfte überprüft. Im Ergebnis dieser Überprüfung erfolgt der Ausweis mit dem Geschäftsjahr 2012 als besicherte Forderung an den Bund unter den Forderungen an Kunden. Dies führt zu einer Verringerung des Bilanzpostens Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 10,0 Mrd. EUR bei gleichzeitiger Erhöhung der Forderungen an Kunden.

Der Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 2,6 Mrd. EUR auf 3,1 Mrd. EUR infolge einer Kapitalerhöhung von 500,0 Mio. EUR bei der KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, erhöht.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere den Devisenausgleichsposten aus der Abbildung der Fremdwährungsderivate in Höhe von 10,0 Mrd. EUR, die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungsposition eingesetzt werden. Daneben wird die Forderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 582 Mio. EUR ausgewiesen, die durch den Übergang der Rechte und Pflichten der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) zum 01.01.2008 auf die KfW über tragen wurde. Die Verpflichtungen der SinA werden jedoch unverändert wirtschaftlich von der BvS getragen. Dieser Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

Den wesentlichen Teil der Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten bilden zeitanteilig abgegrenzte Zinsaufwendungen im Wesentlichen für derivative Finanzinstrumente und übernommene Leasingverpflichtungen im Rahmen von Projektfinanzierungen. Weiterhin werden Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag aus der Aufnahme von Fremdmitteln (Disagien und Bonifikationen) abgegrenzt. In den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten werden insbesondere die laufzeitanteilig zu verrechnenden Disagien aus dem Kreditgeschäft abgebildet.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mrd. EUR auf 2,0 Mrd. EUR verringert. Der Gesamtbetrag umfasst die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (0,8 Mrd. EUR) sowie andere Rückstellungen (1,2 Mrd. EUR). Die anderen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen die versicherungstechnischen Rückstellungen der SinA, die Rückstellung zur Absicherung der aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens resultierenden künftigen Zinsbelastungen sowie Vorsorgen für Kreditrisiken.

### Ertragslage

Das Betriebsergebnis der KfW vor Risikovorsorge und Bewertungen beträgt 1.839 Mio. EUR nach 1.589 Mio. EUR im Vorjahr und liegt damit weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragsquelle der KfW - liegt mit 2.408 Mio. EUR auf Rekordniveau und um 467 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der hohe Zinsüberschuss profitiert unverändert von den für die KfW günstigen Refinanzierungsbedingungen sowie der im Jahr 2012 bestehenden Zinskonstellation. In dem Zinsergebnis sind Zinsverbilligungsleistungen von 535 Mio. EUR (Vorjahr: 557 Mio. EUR) berücksichtigt.

Der Provisionsüberschuss bleibt mit 147 Mio. EUR gegenüber 153 Mio. EUR im Vorjahr nahezu konstant.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 198 Mio. EUR auf 779 Mio. EUR. Sowohl die Bankentariferrhöhung 2012 als auch der Anstieg der Mitarbeiteranzahl sind ursächlich für die höheren Aufwendungen für die Altersversorgung und die Löhne und Gehälter. Darüber hinaus wird der eingeleitete Modernisierungsprozess fortgesetzt. Die in diesem Zusammenhang gestarteten Großprojekte sowie umfassenden organisatorischen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen (unter anderem Angebot für Altersteilzeit und Vorruhestand) führten ebenso zu erhöhten Sach- wie Personalaufwendungen.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis liegt mit einem positiven Ergebnisbeitrag von insgesamt 338 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahreswert von 143 Mio. EUR.

Das Bewertungsergebnis in Höhe von 162 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) ist im Wesentlichen geprägt durch Kursgewinne aus der Rückgabe von Anteilen an Spezialfonds und aus Wertpapierverkäufen sowie durch einen positiven Ergebnisbeitrag der verbundenen Unternehmen.

Das positive Risikovorsorgeergebnis von 176 Mio. EUR (Vorjahr: 140 Mio. EUR) resultiert aus hohen Verwertungserlösen und Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen, die die Aufwendungen aus der Neubildung von Einzelwertberichtigungen für akute Risiken überkompensieren. Der Bestand an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft hat sich spürbar um 3,2 Mrd. EUR auf 0,7 Mrd. EUR verringert. Hierzu hat vor allem die Neustrukturierung der Liquiditätslinien zur Refinanzierung der Ankaufgesellschaften des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation, New York, USA, beigetragen, in die die KfW 2007 im Rahmen der Rettung der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, eingetreten ist. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die wesentlichen Vermögenswerte aus den Strukturen herausgelöst und verkauft sowie die bestehende Risikovorsorge verbraucht werden.

Ausgebucht wurden im Geschäftsjahr 2012 notleidende Kreditforderungen über 3.331 Mio. EUR (Vorjahr: 681 Mio. EUR) - der wesentliche Anteil entfällt hierbei auf Forderungen aus den IKB-Rettungsmaßnahmen. Für alle erwarteten Verluste wurde Vorsorge in Form von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen getroffen.

Im Geschäftsjahr 2012 wird der Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 650 Mio. EUR dotiert und beläuft sich auf 2,4 Mrd. EUR.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Gewinn von 1.464 Mio. EUR.

### **Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres**

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 nicht eingetreten.

#### **Nachhaltigkeitsbericht**

Die KfW Bankengruppe als eine der weltweit führenden und erfahrensten Förderbanken setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen in Deutschland und weltweit zu verbessern. Verantwortung ist somit Kerngeschäft der KfW.

#### **Nachhaltigkeit als Geschäftsziel**

##### **Strategische Fokussierung**

In den vergangenen Jahren hat die KfW ihre Geschäftstätigkeit noch stärker auf gesellschaftlich relevante Entwicklungen und Nachhaltigkeitskriterien hin ausgerichtet. Um diese Ziele optimal erfüllen zu können, verfolgt der Konzern einen kontinuierlichen Prozess der strategischen Fokussierung seines Kerngeschäfts, bestehend aus zwei Elementen:

Erstens wird das Förderportfolio thematisch stärker an den aktuellen Herausforderungen ausgerichtet:

- Kampf gegen den Klimawandel und Schutz unserer natürlichen Umwelt
- Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt und Förderung des technischen Fortschritts
- Bewältigung des demografischen Wandels

Neben diesen drei Megatrends sieht die KfW - trendunabhängig -elementar wichtige Herausforderungen in der Armutsbekämpfung, der allgemeinen Unternehmensfinanzierung (insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU)) sowie der Gründungsförderung.

Zweitens wird die Förderqualität auf Produktebene kontinuierlich verbessert. Weite Teile des Produktportfolios unterzieht die Bankengruppe einer fortlaufenden Bewertung anhand standardisierter Qualitätskriterien. Produkte von hoher Qualität werden ausgebaut, Produkte minderer Förderqualität perspektivisch zurückgeführt. Als verantwortungsvolle und subsidiär agierende Förderbank steht die Qualität des Handelns im Vordergrund.

Im Fördergeschäft der Bankengruppe nimmt der Handlungsschwerpunkt Klimawandel und Umwelt einen zentralen Stellenwert ein. Die Zusagen in diesem Bereich machten 2012 mit rund 29 Mrd. EUR 40 % des gesamten Fördervolumens der Bankengruppe aus. Um der besonderen Bedeutung dieses Handlungsschwerpunktes Rechnung zu tragen und die Erfolge der vergangenen Jahre langfristig zu sichern, strebt die Bankengruppe in den kommenden Jahren eine Umweltquote von rund 33 % an. Im Handlungsschwerpunkt Globalisierung und technischer Fortschritt betrug das Zusagevolumen 2012 rund 14 Mrd. EUR, im Handlungsschwerpunkt demografische Entwicklung rund 9 Mrd. EUR.

#### **KfW setzt Standards**

Neben der eigenen Förderung setzt die KfW auch Standards. Mit dem KfW-Effizienzhaus etablierte die Bank 2009 einen einheitlichen, in der gesamten Immobilienbranche anerkannten Standard für Gebäude und treibt somit den energieeffizienten Wohnungsbau auch jenseits finanzieller Anreize voran. Im Wohnungsbau entsprechen mittlerweile 41 % aller Neubauten in Deutschland einem Effizienzhaus-Standard der KfW. Einen neuen Qualitätsstandard führte die KfW im April 2012 ein: Um den Immobilienbestand in Deutschland auf den demografischen Wandel vorzubereiten, vergibt sie für vollständig barrierearm umgebaute Immobilien den KfW-Standard "altersgerechtes Haus" bzw. "altersgerechte Wohnung".

#### **Bewertung von Umwelt- und Sozialrisiken im Kerngeschäft**

Eine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (USVP) ist fester Bestandteil der Prüfung von Vorhaben im Rahmen der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern sowie bei Export- und Projektfinanzierungen, vor allem in Ländern außerhalb der EU bzw. der OECD. Dabei werden die mitfinanzierten Vorhaben systematisch auf mögliche negative Auswirkungen überprüft. Die USVP legt auch Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen fest, die mit einem Monitoringprogramm überwacht werden.

Seit dem 01.01.2012 wenden KfW IPEX-Bank und DEG bei der Prüfung von Finanzierungen das überarbeitete Regelwerk der Weltbank -Tochter IFC - International Finance Corporation -(zuständig für die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft) zur Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung an; es gilt ebenfalls für Vorhaben der öffentlich-privaten Partnerschaften.

Die Weltbank selbst hat Mitte 2012 einen Prozess zur Überarbeitung ihres Regelwerkes zur Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung begonnen; der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank, unterstützt hier das Büro der deutschen Weltbank-Exekutivdirektorin bei der fachlichen Begleitung.

#### **Nachhaltigkeitsmanagement**

##### **Nachhaltigkeitsmanagementsystem und neue Regularien**

Im Jahr 2012 hat die KfW ein umfangreiches Paket verabschiedet, um ihr Nachhaltigkeitsengagement weiter zu stärken und dies auch gegenüber ihren Stakeholdern erkennbar zu machen. Es besteht aus den folgenden Dokumenten:

Die neuen Nachhaltigkeitsleitsätze ersetzen die bisherigen Umwelt- und Sozialleitsätze und sind die "Hauspolitik" der KfW für ihr Nachhaltigkeitsengagement. Sie legen die Grundsätze der Nachhaltigkeitsarbeit (Ausrichtung, Fördergrundsätze), organisatorische und fachliche Vorkehrungen sowie den Dialog mit der Öffentlichkeit dar.

Die neue Richtlinie zur verantwortungsvollen Beschaffung in der KfW Bankengruppe gewährleistet, dass alle Beschaffungsvorgänge im In- und Ausland unter besonderer Berücksichtigung auch ökologischer und sozialer Aspekte durchgeführt werden. Die Richtlinie gewährleistet bankweit neben einer systematischen Einbindung von Umwelt- und Sozialaspekten eine bedarfsgerechte Überprüfung der Umsetzung und die Operationalisierung entsprechender Prozesse. Die durch das Inkrafttreten der Richtlinie gegebenen neuen Vorgaben finden zudem in den allgemeinen Einkaufsbedingungen der KfW ihren Niederschlag.

Die aktualisierte Richtlinie betrieblicher Umweltschutz regelt Grundlagen, Ziele und Aufgaben sowie die Organisation im betrieblichen Umweltschutz der KfW. Die Richtlinie betrifft die vier deutschen Standorte (Frankfurt, Berlin, Bonn und Köln) und richtet sich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW Bankengruppe im In- und Ausland.

Mit dem neuen Positionspapier zu Kohlekraftwerksfinanzierungen nimmt die KfW klar Stellung zu nachhaltig realisierbaren Kriterien sowohl im Hinblick auf Transparenz als auch im Hinblick auf das Anspruchsniveau bei mitfinanzierten Kohlekraftwerken.

### **Nachhaltigkeitsberichterstattung**

Der aktuelle Nachhaltigkeitsbericht 2012 beschreibt das Nachhaltigkeitsengagement der KfW Bankengruppe in den Jahren 2009 bis 2011. Die im Bericht dargestellten Aktivitäten zeigen, wie die KfW als Förderbank des Bundes und der Länder zukunftsweisende Projekte vorantreibt und eine nachhaltige Entwicklung in vielen Bereichen fördert: Der Bericht erläutert darüber hinaus die aus den gesellschaftlichen Megatrends abgeleiteten Handlungsschwerpunkte der KfW. Der Bericht berücksichtigt umfassend die GRI-Leitlinien (G3) und ist extern geprüft worden.

### **Nachhaltigkeitsprogramm**

Das Nachhaltigkeitsprogramm der KfW für den Zeitraum 2012 bis 2014 umfasst alle relevanten Ziele zur Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsengagements. Ein Schwerpunkt des Nachhaltigkeitsprogramms liegt auf der kontinuierlichen Verbesserung des Angebots an Finanzierungen und Förderprogrammen. Im Bereich Personal sind unter anderem Befragungen zu Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Unternehmenskultur geplant. Weitere neue Ziele sind die Entwicklung eines Reportings zum Compliance-Status der Bankengruppe und die Umsetzung der KfW-Nachhaltigkeitsanforderungen im Lieferantenmanagement. Innerhalb ihrer Peergroup der Asset Owner will die KfW Bankengruppe hinsichtlich der Erfüllung aller sechs Prinzipien der "UN Principles for Responsible Investment" (UN PRI) erneut eine Platzierung im ersten Quartil belegen.

### **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wesentliche Voraussetzung für den aktuellen und zukünftigen Erfolg der gesamten KfW Bankengruppe. Gerechte Entlohnung, Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und eine Vielzahl von beruflichen und gesundheitlichen Förderungen sind dabei wichtige Bausteine der Personalpolitik. Die Kennzahlen hierzu lagen im Jahr 2012 weiterhin auf hohem Niveau.

Der Anteil schwerbehinderter Beschäftigter lag bei 5 %. Der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit ist gegenüber dem Vorjahr auf 21 % leicht gestiegen, ebenso konnte beim Frauenanteil bei Führungskräften ein leichter Anstieg auf 28 % erreicht werden. Die Ausbildungsquote der KfW entsprach dem Vorjahr mit knapp 6 %.

Im Jahr 2012 stand die Begleitung des umfassenden Modernisierungsprozesses der KfW zur strategischen Fokussierung im Vordergrund. Im Rahmen der Mitarbeiterbeteiligung wurde eine regelmäßige Mitarbeiterzufriedenheitsbefragung eingeführt, die Ende des Jahres erstmals mit hoher Beteiligung durchgeführt wurde. Weiterhin hat sich die KfW zum Ziel gesetzt, die Modernisierung mit einer Weiterentwicklung der KfW-Kultur zu begleiten. Mit Blick auf dieses Ziel hat der Vorstand im Jahr 2012 das Genderbalance-Konzept beschlossen, das im ersten Schritt für eine geschlechtersensible Führung und Zusammenarbeit tradierte Verhaltensmuster hinterfragt und notwendige Veränderungen der Unternehmenskultur unter Einbindung der Führungskräfte und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter initiiert.

Seit 2001 wird die KfW regelmäßig im Rahmen des Audits "berufundfamilie" der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zertifiziert, die DEG schloss sich 2012 erstmals mit einem eigenen Zertifikat an. Die KfW IPEX-Bank nahm 2012 erneut mit Auszeichnung an dem Wettbewerb "Top Arbeitgeber" teil.

### **Betrieblicher Umweltschutz**

#### **Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen**

Die KfW sieht sich verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen in Einklang mit dem weltweiten Zwei-Grad-Klimaziel kontinuierlich signifikant zu verringern. Allein über Energieeinsparung und den Bezug von Ökostrom lässt sich dies nicht erreichen. Seit 2006 werden deshalb alle verbleibenden CO<sub>2</sub>-Emissionen der KfW, die auf den Energieverbrauch der Gebäude oder die Dienstreisen der Beschäftigten zurückzuführen sind, kompensiert und dadurch klimaneutral gestellt. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der KfW sank von rund 13.500 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2010 auf rund 12.800 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2011.

#### **Stromtankstellen als Beitrag zur deutschen Elektromobilität**

Die KfW Bankengruppe leistet einen unmittelbaren Beitrag zum Ausbau der deutschen Infrastruktur für Elektromobilität, auch an ihren eigenen Standorten. Hierfür wurden im Jahr 2012 Stromtankstellen in Frankfurt, Berlin und Bonn eingerichtet. Sie stehen Beschäftigten, Gästen und dem eigenen E-Mobility-Fuhrpark kostenlos zur Verfügung. Da die KfW ihren Strombedarf zu 100 % aus regenerativen Energieträgern deckt, ist die CO<sub>2</sub>-Neutralität der Stromtankstellen gewährleistet.

#### **Virtuelle Meetings als Ersatz für Dienstreisen**

In der KfW stehen für virtuelle Meetings über 50 Besprechungsräume zur Verfügung, die mit Videokonferenztechnik ausgestattet sind. Insgesamt haben im Jahr 2012 hochgerechnet rund 7.700 virtuelle Meetings in der KfW stattgefunden. 90 % dieser Konferenzen



entfallen auf interne Besprechungen, 10 % der Schaltungen erfolgen zu externen Geschäftspartnern im In- und Ausland. Für 2013 wird eine weitere Steigerung erwartet.

## **Portfoliomanagement**

### **Principles for Responsible Investment (PRI)**

Im Jahr 2006 verpflichtete sich die KfW, als einer der ersten deutschen Unterzeichner der "Principles for Responsible Investment"-Initiative der Vereinten Nationen, ihre eigenen Geldanlagen in fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren auch unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlich verantwortlichen Handelns durchzuführen. Über 90 % des Wertpapiergeschäftes im engeren Sinne erfüllten diese Kriterien zum Jahresende 2012. Hierbei handelt es sich um die Liquiditätsreserve der KfW, die per 31.12.2012 21,1 Mrd. EUR betrug.

Die Umsetzung der PRI im Portfoliomanagement der KfW erfolgt in drei Schritten: Neben der Bonitätsanalyse werden auch sogenannte ESG-Kriterien (Environmental, Social und Governance) mit in die Investmententscheidungen einbezogen. Für nicht staatliche Emittenten gelten darüber hinaus Ausschlusskriterien. Schließlich kommuniziert die KfW ihre Vorgehensweise und ihre Ergebnisse an die Emittenten ihres Portfolios.

Aus Sicht der KfW übernehmen nachhaltig handelnde Investoren am Kapitalmarkt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen. Im Jahr 2012 engagierte sich die KfW daher in einer Arbeitsgruppe der PRI, die sich mit ESG-Risiken und der Integration von ESG-Kriterien in Rentenpapiere befasst. Zudem unterstützte die KfW ein Projekt der Vereinten Nationen (E-RISC), das die Notwendigkeit der Integration von ökologischen Risiken in den Bewertungen von Staaten aufzeigt.

### **KfW-Anleihen als Nachhaltigkeitsinvestment**

Sämtliche KfW-Anleihen bieten attraktive Investitionsmöglichkeiten für Investoren, die die Nachhaltigkeitsperformance eines Unternehmens bei ihrer Anlageentscheidung berücksichtigen. Die führenden Agenturen für Nachhaltigkeitsratings, die neben dem Umweltmanagement und den angebotenen Produkten und Dienstleistungen eine Vielzahl weiterer Faktoren des Unternehmens berücksichtigen, sehen die KfW Bankengruppe weiterhin in der Spitzengruppe.

### **KfW Stiftung**

Unternehmerisches Handeln und gesellschaftliche Verantwortung gehören zusammen. Für die KfW mit ihrem gesetzlichen Auftrag, Fördermaßnahmen in bestimmten Bereichen durchzuführen und dadurch den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben und zur Verbesserung der Lebensqualität beizutragen, gilt dies in besonderem Maße. Als "guter Unternehmensbürger" engagiert sich der Konzern auch außerhalb der Geschäftstätigkeit - an seinen Standorten, bundesweit und international.

Die Bankengruppe bündelt ihr gesellschaftliches Engagement unter "Corporate Social Responsibility"-Gesichtspunkten als "Good Neighbour" und "Corporate Citizen". Im Mittelpunkt aller Aktivitäten steht das Ziel, Verantwortung zu übernehmen - sei es in der Umwelt, im sozialen und wirtschaftlichen Leben oder in der Kultur. Um das Engagement auszuweiten und zu verstetigen, gründete die KfW im Jahr 2012 eine Stiftung - die KfW Stiftung. Arbeitsschwerpunkte sind Umwelt und Klima, verantwortliches Unternehmertum, soziales Engagement sowie Kunst und Kultur.

### **Risikobericht**

Der vorliegende Risikobericht entspricht in Gliederung, Umfang und Inhalt dem Konzernrisikobericht, welcher im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da das Risikomanagement und -controlling auf den KfW-Konzern ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Risikoberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet.

### **Aktuelle Entwicklungen**

Im Zuge der Eurokrise hat sich die Weltwirtschaft konjunkturell stark abgeschwächt und wird 2013 nur moderat expandieren. In den USA weisen die Frühindikatoren kein einheitliches Bild auf, sodass davon ausgegangen wird, dass sich die Konjunktur in den nächsten Quartalen nur verhalten entwickeln wird. Dies ist vor allem auf die anhaltende politische Unsicherheit über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik und dabei insbesondere die Diskussion über die Anhebung der Schuldenobergrenze zurückzuführen. Japan dürfte nach Stagnation 2012 trotz des von der neuen Regierung Anfang 2013 verabschiedeten Konjunkturprogramms nicht auf einen nachhaltigen Wachstumspfad einschwenken, was vor allem auf das anhaltend schwache weltwirtschaftliche Umfeld und den zurückhaltenden inländischen Konsum zurückzuführen sein dürfte. Die Konjunktur in den westeuropäischen Ländern wird weiterhin gebremst durch staatliche Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise und der Bankenkrise. Daneben wird auch eine Konsumzurückhaltung spürbar. Die schwache Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern hat sich zunehmend auch in einer Abkühlung der Wirtschaftsaktivität in den Schwellenländern bemerkbar gemacht. Allein die rohstoffreichen Länder sind derzeit noch weniger stark betroffen. Die Finanzmärkte haben sich aufgrund der expansiven Geldpolitik der EZB zwar vorübergehend etwas beruhigt. Es ist aber davon auszugehen, dass es weiterhin Diskussionen um die "richtige" Schuldenbekämpfungsstrategie innerhalb des EU-Ministerrats geben wird und dies immer wieder für Verunsicherung sorgen dürfte. Damit wird eine Belebung der europäischen Konjunktur und auch der Weltkonjunktur erschwert.

Ein sich eintrübendes wirtschaftliches Umfeld sowie die Herausforderungen der europäischen Staatsschuldenkrise und der Finanzkrise dämpfen weiterhin die Erholungsmöglichkeiten des Bankensektors. Deshalb hat sich die Ertragssituation der Banken im Jahr 2012 nicht verbessert. Insbesondere für die Banken in den europäischen Krisenstaaten bleibt die Lage angespannt, da sie weiterhin ihre Refinanzierung nicht über den Kapitalmarkt abdecken können und teilweise massiv durch staatliche Kapitalmaßnahmen gestützt werden müssen. Auch für 2013 sind die Herausforderungen für den Bankensektor enorm. Dabei bleiben die Belastungen vielfältig: europäische Staatsschuldenkrise, weltwirtschaftliche Abkühlung, zunehmende Probleme in Osteuropa und Umsetzung der erhöhten Eigenkapitalanforderungen. Es ist außerdem zu erwarten, dass sich die Aussichten für einige bisher noch nicht im Fokus stehende Bankenmärkte durch die sich abschwächenden Rahmenbedingungen weiter eintrüben.

Die Eurokrise beeinträchtigt mittlerweile auch die Konjunktur in Deutschland. Gleichwohl ist die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland weiterhin robuster als in den meisten anderen europäischen Ländern. Im Unternehmenssektor wird für 2013 ein schwaches Jahr - insbesondere in konjunktursensiblen Branchen wie zum Beispiel Automobilzulieferindustrie, Maschinenbau und Stahl - erwartet. In einem Basisszenario dürften sich die Perspektiven für diese Branchen für 2014 allerdings wieder aufhellen. Im Durchschnitt sollten die finanziellen Reserven der Unternehmen zur Überbrückung des schwierigeren Jahres 2013 ausreichend sein, zumal weiter mit hoher

Liquidität im Markt zu rechnen ist. Eine Ausnahme hiervon bildet die Handelsschifffahrt, die im Jahr 2013 weiter schwer getroffen sein wird und sich voraussichtlich auch 2014 noch nicht erholen wird.

Die Probleme im europäischen Staatsschuldensektor waren auch im Jahr 2012 weiterhin zu spüren, im Vergleich zum Vorjahr ist die Volatilität an den Devisenmärkten jedoch etwas zurückgegangen. Im Mittel hat der Euro gegenüber dem US-Dollar-Vorjahresmittel deutlich an Wert verloren, zum Jahresende stieg der Kurs gegenüber dem US-Dollar aber wieder auf ein Niveau von über 1,31 US-Dollar/EUR. Auch nahmen im Laufe des Jahres 2012 die Volatilitäten der Credit Spreads mit dem Abklingen der Eurokrise deutlich ab.

Die KfW Bankengruppe ist aufgrund ihres international ausgerichteten Förderauftrags von den oben beschriebenen Entwicklungen berührt. Im Jahresverlauf ist die Risikoversorge insbesondere in der Handelsschifffahrt erhöht worden, insgesamt waren die Auswirkungen auf das Konzernportfolio jedoch sehr gut verkraftbar. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet und über die konsequente Setzung von Risikoleitplanken in der Neugeschäftssteuerung berücksichtigt. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass die KfW Bankengruppe - auch unter Zugrundelegung von konservativen Stress-Szenarien - die im Zusammenhang mit ihrem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann. Wie in den vergangenen Jahren hat die KfW auch im Geschäftsjahr 2012 ihre Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling unter Berücksichtigung aktueller bankaufsichtsrechtlicher Anforderungen systematisch weiterentwickelt. Die KfW ist gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes (KWG) von der Anwendung des KWG bis auf wenige Ausnahmen befreit, wendet jedoch freiwillig dessen Kernbestandteile, insbesondere die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und die Solvabilitätsverordnung (SolV), sinngemäß an. Zur Umsetzung der vierten Novellierung der MaRisk wurden entsprechende Umsetzungsaktivitäten angestoßen.

Die Weiterentwicklung der Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling im Geschäftsjahr 2013 wird erneut stark durch die Entwicklungen im bankaufsichtsrechtlichen Umfeld geprägt sein. Ein Fokus liegt hierbei auf dem Abschluss der CRD-IV-Umsetzung, deren finale Fassung 2013 erwartet wird.

### Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Die KfW hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der die besondere Stellung des Konzerns und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung geht der Konzern Risiken nur in einem Umfang ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die wahrscheinlichen Risikoverläufe tragfähig sind. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Bankaufsichtsrechtliche Anforderungen, wie sie die Mindestanforderungen an das Risikomanagement formulieren, stellen für die Risikomanagementstrukturen und -prozesse des Konzerns wichtige Nebenbedingungen dar.

Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation der Bank zu verankern, schult der Konzern seine Mitarbeiter unter anderem mit einem modularartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus der gesamten KfW Bankengruppe, gezielt grundlegende Kenntnisse zu erwerben oder Spezialwissen zu vertiefen.

### Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

#### Gremien und Verantwortung

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus wird der Verwaltungsrat über die Risikosituation des Konzerns informiert. Für besonders eilbedürftige Entscheidungen ist der Präsidialausschuss des Verwaltungsrats zuständig. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Dem Kreditausschuss obliegt insbesondere die Genehmigung von Kreditvorlagen, während im Prüfungsausschuss unter anderem Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements inkl. der Prüfung des Jahres - und des Konzernabschlusses mit entsprechenden Beschlussempfehlungen für den Verwaltungsrat behandelt werden.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An der Spitze der Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft. Unterhalb des Gesamtvorstands existieren drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken), die zum einen Vorstandsentscheidungen vorbereiten und zum anderen im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Die Komitees nehmen auch Konzernsteuerungsfunktionen wahr, sodass Vertreter aus der KfW IPEX-Bank und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) mit einbezogen sind. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees hat die Marktfolge generell ein Vetorecht. Sofern keine einstimmige Entscheidung vorliegt, erfolgt ggf. eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene.

Präsidialausschuss	Verwaltungsrat	Prüfungsausschuss
	Kreditausschuss	
	Vorstand	
↑	↑	↑
Kredit-Risiko-Komitee	Marktpreis-Risiko-Komitee	Komitee für Operationelle Risiken
Entscheidungen zu:	Entscheidungen zu:	Entscheidungen zu:
- Einzelkrediten und Limiten	- Marktpreisrisiken	- Notfallplänen
- Kreditrisikomethoden	- Transferpricing	- OpRisk-Ereignissen und -Maßnahmen
	- Wertpapieren	- Neuen Produkten
	- Liquiditätsmanagement	- OpRisk-Methoden
	- Hedge Accounting	- Risikogrundsätzen zu Operationellen Risiken
- Risikogrundsätzen zu Kreditrisiken	- Risikogrundsätzen und Methoden zu	- Betrieblichem
Entscheidungsvorbereitung für vom Gesamtvorstand zu genehmigende Kredite	Monitoring	Kontinuitätsmanagement
	Marktpreisrisiken/Liquidität	

Länderratings und Branchenrisiken Monitoring Kreditportfolio  
Monitoring aufsichtsrechtliche Entwicklung

AG LänderRating  
AG Sicherheiten  
AG Ratingsysteme  
AG Branchenrisiken Corporates

Verwaltungsrat

- Fundingstrategie  
Entscheidungsvorbereitung  
- Zinsrisikoposition  
Surveillance Committee  
Hedge Committee

#### **Kredit-Risiko-Komitee**

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere stimmberechtigte Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Risikomanagement und -controlling, weitere Mitglieder des Vorstands sowie der Chief Risk Officer der KfW IPEX-Bank. Dem Komitee arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen (AG) zu: Die AG LänderRating dient als zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. Über die AG Sicherheiten wird eine einheitliche Vorgehensweise bezüglich aller wesentlichen Aspekte der Sicherheitenanrechnung und -bewertung sowie der Sicherheitenmanagementprozesse sichergestellt. Alle wesentlichen Aspekte der Kreditrisikomessinstrumente liegen in der Verantwortung der AG Ratingsysteme. Die AG Branchenrisiken Corporates analysiert als konzernweites Expertengremium die branchen- und produktbezogenen Kreditrisiken im Corporate-Segment. In den wöchentlichen Sitzungen des Kredit-Risiko-Komitees werden insbesondere Kredit- und Limitentscheidungen getroffen. Auch Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG werden im Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um Vertreter der Geschäftsfelder und der DEG erweiterte Sitzung. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. In dieser quartalsweisen Sitzung wird über die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, deren Auswirkungen und über den Stand bei Umsetzungsprojekten, zum Beispiel MaRisk/Basel III, für die KfW, KfW IPEX-Bank und DEG berichtet. Auch werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen und Kreditrisikomethoden verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios.

#### **Marktpreis-Risiko-Komitee**

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit dem für das Kapitalmarktgeschäft zuständigen Vorstand sowie unter anderem mit den Bereichsleitern Finanzmärkte, Kreditverbriefung, Risikomanagement und -controlling und Rechnungswesen besetzt. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. Quartalsweise und bei Bedarf nehmen Vertreter der KfW IPEX-Bank und der DEG an der Sitzung teil. Das Marktpreis-Risiko-Komitee diskutiert die Marktpreisrisikoposition der Bank und überprüft monatlich die Marktpreisrisikostategie. Weiterhin werden im Komitee die Liquiditätsrisikoposition der Bank überwacht und alle grundsätzlichen und methodischen Fragen zum Management der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken und dem Transferpricing entschieden. In Bezug auf die Zinsrisikostategie bereitet das Komitee die finale Entscheidung des Gesamtvorstands vor. Dem Marktpreis-Risiko-Komitee unterstehen das Surveillance Committee, in dem Bewertungsfragen zu Wertpapieren diskutiert werden und ein Austausch zu Marktwertentwicklungen sowie Wertberichtigungen von Wertpapieren stattfindet, sowie das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Weiterentwicklung behandelt werden.

#### **Komitee für Operationelle Risiken**

Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken unterstützt den Vorstand in dem Themengebiet Betriebsrisiko (Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement) und ist mit Bereichsleitern besetzt. Die Leitung liegt beim Bereichsleiter Risikomanagement und -controlling. Darüber hinaus sind zentrale Bereiche sowie die KfW IPEX-Bank und die DEG in dem Komitee vertreten. Die Interne Revision hat einen Gaststatus. Die Aufgaben bestehen in der Beschlussfassung und der Abnahme von Risikogrundsätzen, Methoden und Instrumenten. Darüber hinaus ist das Komitee verantwortlich für die Steuerung Operationeller Risiken durch Entscheidung über bereichsübergreifende bzw. konzernweite Maßnahmen. Zudem werden wesentliche eingetretene oder potenzielle OpRisk-Schäden im Gremium diskutiert und auf bankweiten Handlungsbedarf hin überprüft. Im Themengebiet Betriebliches Kontinuitätsmanagement legt das Komitee anhand der Ergebnisse der jährlichen Business-Impact-Analyse die Maßnahmen zur Krisenprävention und zur Notfallplanung fest. Die Überwachung erfolgt anhand der Berichterstattung über geplante oder durchgeführte Notfall- und Krisenstabtests sowie wesentliche Betriebsstörungen. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Komitees für Operationelle Risiken werden dem Vorstand vorgelegt.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen sicher, zum Beispiel beim Roll-out von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten.

Die Verantwortung für die Entwicklung und Ausgestaltung der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt im Bereich Risikomanagement und -controlling sowie für spezifische Aufgaben im Bereich Transaktions- und Sicherheitenmanagement. Der Bereich Transaktions- und Sicherheitenmanagement verantwortet hierbei im Kreditgeschäft die operativen Sicherheitenmanagementprozesse sowie bei den Handelsgeschäften einerseits Sicherheiten-, Limit- und Ratingüberwachung und andererseits die Bewertungsmethodik.

#### **Risikosteuerungsansatz des Konzerns**

##### **Überblick**



Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft der Bank formuliert das Risikomanagement die Risikostrategie des Konzerns unter Einbeziehung des Risikomanagements der maßgeblichen Tochtergesellschaften und verantwortet auch deren regelmäßige Überprüfung. Die Risikostrategie legt - aufbauend auf der geschäftspolitischen Ausgangssituation - allgemeine risikopolitische Grundsätze und konkrete risikopolitische Maßnahmen im Einklang mit dem strategischen Zielsystem und der Geschäftsstrategie fest. Der Umsetzung der Risikostrategie dienen dabei verschiedene Instrumente zur Steuerung der wesentlichen Risiken des Konzerns. Unter anderem werden einzeladress- bzw. portfoliobezogene Instrumente zur Risikosteuerung eingesetzt.

Um die wesentlichen Risiken zu ermitteln, führt die KfW mindestens jährlich eine Risikoinventur durch. Im Rahmen der Risikoinventur werden für die KfW relevante Risikoarten in einem strukturierten Prozess identifiziert, definiert und anschließend einer Wesentlichkeitsbeurteilung unterzogen. Die Wesentlichkeit einer Risikoart hängt primär von den Gefahrenpotenzialen für die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der KfW ab. Zentrales Ergebnis der Risikoinventur ist das Gesamtrisikoprofil, das einen Überblick über die wesentlichen und unwesentlichen Risikoarten des Konzerns vermittelt. Als wesentlich im Rahmen der Inventur 2012 sind neben Kredit- (Adressenausfall- und Migrationsrisiko), Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken auch das Beteiligungs-, Projekt- und Reputationsrisiko eingestuft. Mit wesentlichen Risiken verbundene Risikokonzentrationen innerhalb einer Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg werden bei der Risikoinventur berücksichtigt.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht. Anlassbezogen werden die jeweiligen Gremien ad hoc informiert. Ein fortlaufender Qualitätsmanagementprozess ist für die im Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen und Informationssysteme installiert.

Die Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikoanalyse und -steuerung werden regelmäßig validiert und durch (Weiter-)Entwicklungen vervollständigt. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kredit- und Marktpreisrisiken im Fokus.

Der Risikosteuerungsansatz ist im Risikohandbuch des Konzerns niedergelegt. Das Risikohandbuch sorgt dafür, dass einheitliche Verfahren zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken zur Anwendung kommen. Darüber hinaus werden konzernweite Regelungen durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter, sind für alle Mitarbeiter zugänglich und werden stetig weiterentwickelt.

Für Details zu den weiteren Elementen des Risikosteuerungsansatzes sei auf die nachfolgenden Kapitel verwiesen.

### Interner Kapitaladäquanzprozess

Der interne Kapitaladäquanzprozess der KfW Bankengruppe ist dadurch gekennzeichnet, dass ökonomische und regulatorische Vorgaben hinsichtlich der Risikotragfähigkeit gleichberechtigte übergeordnete Ziele des Konzerns darstellen. Dies bedeutet konkret, dass alle Risikoüberwachungs- und -steuerungsmaßnahmen die Einhaltung sowohl eines ökonomischen Solvenzziels als auch von Mindestwerten für die Kern- und Gesamtkapitalquote sicherstellen müssen. Auf diese Weise wird eine ökonomisch sinnvolle Kapitalsteuerung mit dem Erfordernis der Sicherstellung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen verbunden. Für die enge Verzahnung der beiden Perspektiven legt die KfW eine einheitliche Definition für die Risikodeckungsmasse zugrunde: Für beide Sichtweisen wird das modifizierte verfügbare Eigenkapital entsprechend §§ 10 bzw. 10 a KWG als Risikodeckungspotenzial verwendet.

Ein weiteres zentrales Merkmal des Kapitaladäquanzprozesses ist die Steuerungsorientierung durch eine zusätzliche vorausschauende Perspektive. Diese bewertet das Absorptionspotenzial der Reserven der KfW - und damit ihre Handlungsfähigkeit - bei Eintritt bestimmter konjunktureller (Stress-)Szenarien. Ein in diesem Zusammenhang etabliertes Ampelsystem mit Schwellenwerten für die Ökonomische und Regulatorische Risikotragfähigkeit signalisiert bei kritischen Entwicklungen Handlungsbedarf im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung.

Das Risikotragfähigkeitskonzept der KfW Bankengruppe dient in erster Linie dem Schutz vorrangiger Fremdkapitalgeber vor Verlusten und nimmt somit in seiner Grundkonzeption eine Liquidationsperspektive ein. Durch die Hinzunahme einer vorausschauenden Perspektive, die auch die Einhaltung der regulatorischen Mindestkapitalanforderungen gewährleistet, wird das Konzept jedoch um eine "Going-Concern-Sicht" erweitert und enthält damit Elemente beider Grundtypen von Risikotragfähigkeitskonzepten.

Die Ziele zur Risikotragfähigkeit werden mittels Kapitalallokation auf die Ebene der einzelnen Geschäftsfelder/-bereiche in Form Ökonomischer Kapitalbudgets übertragen. Das allokierte Risikodeckungspotenzial steht den Geschäftsfeldern/-bereichen für die

Unterlegung von Alt- und Neugeschäft für die verschiedenen Risikoarten zur Verfügung. Die Kapitalallokation wird im Rahmen der jährlichen Konzerngeschäftsfeldplanung durchgeführt. Diese berücksichtigt neben der Bedarfsplanung der Geschäftsfelder/-bereiche die Risikoziele und die Risikobereitschaft (zum Beispiel Ampelgrenzen). Zugleich wird ein zentral gehaltener Kapitalpuffer für den Stressfall durch den Gesamtvorstand festgelegt, der der antizyklischen Risikosteuerung dient. Die Einhaltung wird vierteljährlich überprüft und eventuell wird Handlungsbedarf adressiert. Zusätzlich werden auf Konzernebene für die Geschäftsfelder/-bereiche entsprechende Planwerte für die Regulatorische Kapitalbindung ermittelt, deren Auslastung ebenfalls vierteljährlich überwacht wird.

### Regulatorische Risikotragfähigkeit

#### Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

	2012	2011
	Mio. EUR	Mio. EUR
Risikoposition	109.226	113.283
Kernkapital	19.826	17.414
Regulatorische Eigenmittel (Risikodeckungspotenzial)	22.487	20.216
Kernkapitalquote	18,2 %	15,4 %
Gesamtkapitalquote	20,6 %	17,8 %

Die Kennziffer "Risikoposition" ergibt sich aus der mit dem Faktor 12,5 multiplizierten Summe der Anrechnungsbeträge für Adressrisiken, Marktrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die KfW unterliegt nicht den Vorschriften der §§ 10 bzw. 10 a KWG. Für interne Zwecke erfolgt jedoch eine freiwillige Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften. Hierbei werden für große Teile des Kreditportfolios zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen eigene Ratingverfahren verwandt (fortgeschrittener IRB-Ansatz).

Analog zur Anwendung der KWG-Vorschriften ist die KfW auch vom Geltungsbereich der EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (CRD) ausgenommen. Sie wird aber die neuen CRD-Änderungen vergleichbar zur bisherigen Vorgehensweise auf freiwilliger Basis umsetzen. Im Rahmen des internen Reportings wird die Regulatorische Risikotragfähigkeit bereits jetzt auch unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Basel-III-Entwürfe indikativ berechnet. Im Ergebnis erfüllt die KfW schon heute die ab 2019 geltenden Mindestquoten.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalquoten der KfW Bankengruppe sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Per 31.12.2012 liegt die Gesamtkapitalquote unter Berücksichtigung des Konzernergebnisses bei 20,6 % (Vorjahr: 17,8 %), die Kernkapitalquote bei 18,2 % (Vorjahr: 15,4 %). Die positive Entwicklung ist zu rund drei Vierteln auf den Anstieg der Regulatorischen Eigenmittel durch das Konzernergebnis 2012 zurückzuführen. Gleichzeitig tragen der selektive Abbau von Risikopositionen und methodische Weiterentwicklungen der Risikomessung zur rückläufigen Entwicklung der Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken bei.

#### Regulatorische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2012 in Mio. EUR



In Klammern: Werte zum 31.12.2011

Die Eigenmittelanforderung für das Kreditrisiko wurde mit 8 % Kapitalunterlegung berechnet.

### Ökonomische Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der Ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Ökonomische Kapitalbedarf für potenzielle Verluste aus wesentlichen quantifizierbaren Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Die KfW legt bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs ein Solvenzziel von 99,99 % und einen Zeithorizont von einem Jahr zugrunde. Die Aggregation des Ökonomischen Kapitalbedarfs über verschiedene Risikoarten hinweg erfolgt ohne Beachtung von Diversifikationseffekten durch Addition.

Die dominierende Risikoart in der KfW ist das Kreditrisiko. Es bezeichnet die Gefahr von Verlusten, wenn Geschäftspartner ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der KfW nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erfüllen (Ausfall) oder sich deren Bonitäten verschlechtern (Migration). Das Kreditrisiko setzt sich somit aus dem Adressenausfall- und dem Migrationsrisiko zusammen. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken wird durch das Risikocontrolling mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Adressenausfallrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet. Migrationsrisiken werden szenariobasiert in den vorausschauenden Perspektiven der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken wird ebenfalls auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts berechnet. Für jede Marktpreisrisikoart wird unter Verwendung statistischer Modelle der mögliche Barwertverlust in einem (durch das Solvenzniveau definierten) "Worst Case" bestimmt. Der Ökonomische Kapitalbedarf entspricht diesem Barwertverlust.

Der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken wird unter Verwendung des aufsichtsrechtlichen Standardansatzes gemäß Solvabilitätsverordnung berechnet.

Seit 2012 setzt die KfW zudem Stille Lasten für Wertpapiere des Anlagevermögens ohne Gegenrechnung von Stillen Reserven unmittelbar als Ökonomischen Kapitalbedarf an, um die gestiegenen aufsichtlichen Anforderungen an einen Liquidationsansatz vollumfänglich zu erfüllen.

Auf dieser Grundlage ist zum 31.12.2012 die Ökonomische Risikotragfähigkeit zum Solvenzniveau von 99,99 % gegeben. Die Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Gesamtkapitalbedarf per 31.12.2012 (9.048 Mio. EUR) hat sich gegenüber dem

Vorjahreswert (7.658 Mio. EUR) verbessert. Der Anstieg ist unter anderem auf das - bedingt durch das Konzernergebnis 2012 - höhere Risikodeckungspotenzial zurückzuführen. Der Anstieg des Gesamtkapitalbedarfs gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf methodische Anpassungen bei der Marktpreisrisikomessung zurückzuführen (vgl. Abschnitt Marktpreisrisiko). In Erweiterung zu den regulatorischen Anforderungen der Säule I an Nichthandelsbuchinstitute werden in der ökonomischen Betrachtung der Säule II auch das Zinsänderungsrisiko des Bankbuchs, das Credit Spread-Risiko für Wertpapiere sowie sonstige Marktpreisrisiken berücksichtigt. Für das Fremdwährungsrisiko wird ebenfalls ein internes Modell eingesetzt.

#### Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2012 in Mio. EUR



In Klammern: Werte zum 31.12.2011

Liquiditätsrisiken begegnet der Konzern durch das Monitoring geeigneter Kennzahlen sowie durch regelmäßige Kontrollschritte in den bankbetrieblichen Prozessabläufen. Interne Kennzahlen zur Beschreibung des Liquiditätsrisikopotenzials beruhen auf Projektionen des Liquiditätsbedarfs und -potenzials, die Stress-Szenarien unterschiedlicher Schweregrade unterworfen werden. Die ebenfalls als wesentlich eingestuftes Reputations- und Projektrisiken werden qualitativ bewertet und gesteuert, eine Kapitalunterlegung erfolgt nicht.

Die Risikomessung basiert auf State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern sowohl in den Kredit- als auch in den Marktrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse. So wurde 2012 das Risikotragfähigkeitskonzept im Hinblick auf das BaFin-Papier "Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte" weiterentwickelt. Darüber hinaus wurden 2012 das Zinsänderungsrisikomodell überarbeitet sowie die Credit Spread-Risiko-Messung auf das gesamte Wertpapierportfolio ausgeweitet. Im Jahr 2013 steht unter anderem die Etablierung eines Kapitalplanungsprozesses, der eine mittelfristige Prognose der Ökonomischen und Regulatorischen Risikotragfähigkeit ermöglicht, im Fokus der Weiterentwicklungen. Des Weiteren ist im Jahr 2013 die Umstellung auf das zukünftig geltende Basel-III-Regime geplant, dessen strengere Anforderungen an die Eigenmitteldefinition über das einheitlich verwendete Risikodeckungspotenzial auch die Ökonomische Risikotragfähigkeit belasten werden.

#### Stress- und Szenariorechnungen

Um eine stärkere Steuerungsorientierung des Risikotragfähigkeitskonzeptes zu gewährleisten, betrachtet die KfW vierteljährlich ein Forecast- (erwartetes Szenario), ein Downturn- (leichter konjunktureller Abschwung) und ein Stress-Szenario (starke Rezession) und deren Auswirkungen auf die Ökonomische und Regulatorische Risikotragfähigkeit. Diese vorausschauende Perspektive zeigt, wie resistent und handlungsfähig die KfW bei Eintritt dieser Szenarien ist, und liefert damit direkte Steuerungsimpulse.

Der Forecast gibt eine Vorschau auf die Risikotragfähigkeit zum Jahresende. In die Vorschau werden die geplante Geschäftsentwicklung, das Planergebnis sowie weitere die Risikotragfähigkeit beeinflussende Effekte, wie zum Beispiel absehbare Änderungen der Kapitalstruktur und methodische Weiterentwicklungen, einbezogen. Der aktuelle Forecast für das Jahresende 2013 zeigt eine leicht rückläufige Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Ökonomischen Kapitalbedarf im Vergleich zum 31.12.2012. Der Grund für den Rückgang ist einerseits die im Zuge der Einführung von Basel III reduzierte Anrechenbarkeit von Nachrangkapital, die das Risikodeckungspotenzial verringert. Andererseits führen Weiterentwicklungen der Modelle zur Risikomessung zu einem im Jahr 2013 steigenden Ökonomischen Kapitalbedarf.

Im Downturn- und Stress-Szenario werden Ergebniseffekte und Veränderungen des Kapitalbedarfs auf Sicht von zwölf Monaten unter negativen Konjunkturszenarien mit unterschiedlichem Schweregrad dargestellt. Im Stress-Szenario werden dabei die Auswirkungen einer schweren Rezession abgebildet. In beiden Szenarien geht die Bank von insgesamt steigenden Kreditrisiken (Adressenausfall- und Migrationsrisiken) aus. Für die EUR- und USD-Zinsen wird in diesen Szenarien ein leichter Rückgang angenommen. Gleichzeitig wird angenommen, dass zunehmende Marktunsicherheiten zu einer erhöhten Volatilität bei Zinsen, Währungen und Credit Spreads führen, wodurch der Ökonomische Kapitalbedarf für die entsprechenden Risikoarten steigt. Zudem mindern im Stress-Szenario auch potenzielle Schadensfälle aus Operationellen Risiken das Risikodeckungspotenzial.

Auf Grundlage der durchgeführten Analysen geht die KfW im Stress-Szenario von einer Reduzierung der Überdeckung in der Ökonomischen Risikotragfähigkeit von 9,0 Mrd. EUR auf 4,6 Mrd. EUR aus. Damit ist selbst unter ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen die Risikotragfähigkeit auf einem Solvenzniveau von 99,99 % weiterhin gewährleistet.

Zusätzlich zu den Konjunkturszenarien werden weitere Stresstests durchgeführt, mit denen die Belastbarkeit der Risikotragfähigkeit der KfW untersucht wird: Dabei sind jeweils aktuelle makroökonomische Gefährdungspotenziale der Ausgangspunkt für wechselnde Szenario-Stresstests. Im Fokus standen im Jahr 2012 insbesondere Szenarien zur Eurokrise sowie zur Krise in der Handelsschifffahrt. Mit den Konzentrations- und inversen Stresstests wird ergänzend gezeigt, wie in ungünstigen Konstellationen schlagend werdende Konzentrationsrisiken die Risikotragfähigkeit der KfW an ihre Grenzen bringen könnten.

#### Risikoarten

##### ADRESSENAUSFALLRISIKO



Der Konzern geht Adressenausfallrisiken<sup>2)</sup> im Rahmen seines Förderauftrages ein. Im inländischen Förderkreditgeschäft liegen die Risikoschwerpunkte im Bereich der Finanzierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen, da die KfW insbesondere in diesen Segmenten der inländischen Förderung auch Endkreditnehmerrisiken trägt (bei

einem Großteil der inländischen Förderung tragen im Rahmen des Hausbankprinzips die durchleitenden Banken die Ausfallrisiken der Endkreditnehmer). Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Transformationsländer.

Schuldnersebene	Staatsschuldner	Banken	Unternehmen	Sonstige
Ratingverfahren	- Länderrating	- Bankenrating	- Corporate Rating - KMU-Rating	- Retail - Strukturierte Produkte - Existenzgründerrating - Beteiligungsnehmer-/geber-Rating - Beteiligungsfonds-Rating - Spezialfinanzierungen - Freiberufler-Rating
Darlehensebene	Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default)			
	Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default)			
Portfolioebene	Kreditportfoliomodell			

Validierungs- und Weiterentwicklungsprozesse

Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Das Produkt aus den drei genannten Größen ergibt den sogenannten Erwarteten Verlust, der im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden kann. Der Erwartete Verlust wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit durch den Abzug vom Risikodeckungspotenzial entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der §§ 104 f. Solvabilitätsverordnung berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Unternehmen (Corporates), kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Beteiligungsgeber, Beteiligungsnehmer, Beteiligungsfonds, Freiberufler, Existenzgründer und Länder. Diese Verfahren basieren auf Scorecards<sup>3)</sup> und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für Spezialfinanzierungen wird für wesentliche Teile ein simulationsbasiertes Ratingverfahren eingesetzt. Für strukturierte Produkte werden Cashflow-basierte Ratingverfahren herangezogen. Für Verbriefungstransaktionen wird das Rating für Tranchen auf Grundlage der Ausfalldynamik des Forderungspools und der Wasserfallstruktur der Transaktion ebenfalls stochastisch ermittelt. Die Ratingverfahren haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Raterstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen<sup>4)</sup>. Das Rating wird mindestens einmal jährlich aktualisiert, außer bei Geschäftspartnern, mit denen ausschließlich Retailgeschäft besteht.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch List und Default einteilen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt. Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die KfW-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann. Ratinginstrumente und -prozesse entsprechen weitgehend den Mindestanforderungen der geltenden Aufsichtsstandards (MaRisk/Basel II).

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) die Bewertung der Sicherheiten, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall (LGD) angerechnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall inkl. Vorsichtsabschlägen über die gesamte Kreditlaufzeit geschätzt. Hierbei werden Sicherheitsabschläge berücksichtigt, die bei persönlichen Sicherheiten auf der Ausfallwahrscheinlichkeit und der Verlustquote des Sicherheitengebers basieren. Bei dinglichen Sicherheiten sind neben Marktpreisschwankungen vor allem abschreibungsbedingte Wertverluste für die Abschläge verantwortlich. Der ermittelte Wert ist wichtiger Bestandteil der konzerninternen Verlustschätzung (LGD). Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Die Bewertungsparameter werden regelmäßig überprüft. Auf Ebene der einzelnen Sicherheiten ist damit eine verlässliche Bewertung der Sicherheitenlage gewährleistet. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, ihre Bewertung und Anrechnung.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über Limitmanagementsysteme, Risikoleitplanken und verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen.<sup>5)</sup> In der KfW wird die Zweitvotierung auf Einzelengagementebene durch das Konzernrisikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und die DEG verfügen jeweils über ein eigenes, marktunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Ein Kreditgeschäft erfordert derzeit in Abhängigkeit von der Art, dem Umfang (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität der Transaktion ein Zweitvotum. Große sowie risikoreichere Engagements werden mindestens dem Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt, ggf. auch dem Gesamtvorstand, dem Kreditausschuss oder dem Verwaltungsrat. Die Portfoliorichtlinien definieren - differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten - die Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Darüber hinaus werden Risikoleitplanken für Länder, Branchen und Produkte definiert, um kurzfristig mit spezifischen Vorgaben zur Kreditvergabe aktuellen oder potenziellen negativen Entwicklungen zu begegnen. Mit den Limitmanagementsystemen werden schließlich sowohl Risikokonzentrationen (Konzentrationslimite) als auch bonitätsabhängige Einzeladressrisiken (Adresslimite) abgebildet. Konzentrationslimite dienen der Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio und somit der Verhinderung großer Einzelverluste. Adresslimite dienen im Sinne einer Feinsteuerung dem kontrahentenspezifischen Management von Kreditausfallrisiken.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch List und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans). Die Watch List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und ggf. die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, das Marktumfeld des jeweiligen Kreditnehmers sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge - insbesondere für risikobegrenzende Maßnahmen - formuliert. Für Non-Performing-Loans und auch zu großen Teilen für Watch List-Engagements<sup>6)</sup> liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und großen Unternehmen aus dem KfW-Portfolio ist die Abteilung Risikomanagement und -controlling - Restrukturierung - zuständig. Die Verantwortung für die Betreuung des Mengengeschäfts liegt dagegen in einem eigenen Bereich Restrukturierung. Das Management leistungsgestörter bzw. intensivbetreuer Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Tochtergesellschaft. Sofern mehr als ein Konzernunternehmen engagiert ist, wird die zentrale Koordinierung durch die Abteilung Risikomanagement und -controlling - Restrukturierung - vorgenommen. Für eine klare Regelung der Kompetenzen und der Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Marktberreichen und der Rechtsabteilung. Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein. Hierfür wurde der Krisenplan Banken weiterentwickelt. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Risikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird und die nächsten notwendigen Schritte eingeleitet werden.

<sup>2)</sup> Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

<sup>3)</sup> Bei einer Scorecard handelt es sich um ein mathematisch-statistisch geschätztes und/oder auf Expertenwissen basierendes Modell. Die einzelnen für die Bonitätsbewertung als relevant erachteten Risikofaktoren werden in Abhängigkeit von ihrer Ausprägung bzw. ihrem Wert in einen Punktwert umgewandelt und zur Aggregation gewichtet.

<sup>4)</sup> Im bankdurchgeleiteten Geschäft bestehen hiervon Ausnahmen.

<sup>5)</sup> Dabei wird den Besonderheiten unseres Fördergeschäfts Rechnung getragen.

<sup>6)</sup> Bei der KfW IPEX-Bank wird die Übernahme der Zuständigkeit für Watch List-Fälle einzelfallabhängig durch das Risikomanagement in Abstimmung mit der für Restrukturierungen zuständigen Einheit entschieden.

#### RISIKOVORSORGE

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts - dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland - trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach Basel II als auch IFRS genügen. Hierzu gehören unter anderem die Identifizierung erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation, zum Beispiel im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Diese Kriterien werden im Risikohandbuch des Konzerns noch weiter konkretisiert. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen im Non-Retail-Geschäft fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite (Retail-Geschäft) erfolgt eine pauschalierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwarteter-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke übergeleitet wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

#### MAXIMALES AUSFALLRISIKO

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie bei Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

#### Maximales Ausfallrisiko in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	291.063	290.810	116.663	113.528	18.975	13.468
Risikovorsorge	170	162	1.809	4.778	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	286.249	290.308	111.904	110.392	18.975	13.468
darauf angerechnete Sicherheiten	193.501	191.053	30.922	27.690	0	0
	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	44.607	41.494	31.703	31.904	57.346	62.007



	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko						
Risikovorsorge	0	0	13	15	119	256
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	44.607	41.494	31.464	31.625	57.303	62.003
darauf angerechnete Sicherheiten	19.440	11.520	1.504	1.677	43	1.659

#### Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	4.641	323	2.468	882	4	2
Buchwert 90 Tage überfällig und mehr	21	24	856	985	2	0
Gesamt	4.662	347	3.324	1.867	6	2
darauf angerechnete Sicherheiten	3.574	310	551	461	0	0

#### Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011
Buchwert	151	154	1.436	1.268	232	277
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	64	66	1.386	4.232	0	0
darauf angerechnete Sicherheiten	36	35	856	540	6	6
					Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
					2012	2011
Buchwert					43	4
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen					69	210
darauf angerechnete Sicherheiten					0	0

Im Geschäftsjahr 2012 sind von 560 Mrd. EUR (Vorjahr: 553 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 1,9 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, Vorjahr: 1,7 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 1,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,5 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt.<sup>7)</sup> Die Reduktion gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Verbrauch der Vorsorge für die Risiken aus den verschiedenen Maßnahmen zur Rettung der IKB (Vorjahr: 3,2 Mrd. EUR). Bereinigt um diesen Effekt ist ein moderater Anstieg der Risikovorsorge für individuell wertgeminderte Engagements zu verzeichnen, der insbesondere auf das Segment der Handelsschifffahrt zurückzuführen ist.

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31.12.2012 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 0,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,7 Mrd. EUR). Der Rückgang resultiert vor allem aus der Auflösung der vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise für besonders betroffene Branchen und Länder gebildeten zusätzlichen Portfoliowertberichtigungen, da die aktuell gebildete Risikovorsorge in Form von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen die Risiken adäquat abbildet. Die Besicherung der Kredite aus dem Konzernportfolio ist vor allem durch das bankdurchgeleitete Geschäft sowie das durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelne Bundesländer garantierte Fördergeschäft geprägt.<sup>8)</sup> Dabei fällt der weitaus größte Teil der Besicherung auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Dingliche Sicherheiten wie zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge spielen in Bezug auf den Gesamtbestand der Sicherheiten nur eine untergeordnete Rolle.

Das hohe Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten und verringern das Kontrahentenrisiko substanziell.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der weniger als 90 Tage überfälligen und nicht individuell wertgeminderten Forderungen zu verzeichnen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Rückstände von einem Tag im durchgeleiteten Bankgeschäft. Diese Forderungen wurden im Wesentlichen am folgenden Werktag beglichen, da die Leistungsfähigkeit auf einen Sonntag fiel.

Im Berichtsjahr hat der Konzern keine wesentlichen zuvor als dingliche Sicherheit gehaltenen Vermögenswerte in Besitz genommen.

<sup>7)</sup> Das Zuweisungsgeschäft im Rahmen der Stützungsmaßnahmen für Griechenland über rund 15 Mrd. EUR ist vollständig durch eine Bundesgarantie abgesichert und wird daher nicht im Portfolio individuell wertgeminderter Finanzinstrumente ausgewiesen.

<sup>8)</sup> Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die interne Steuerung für wirtschaftliche Risiken angerechnet werden. Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander werden berücksichtigt, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden.

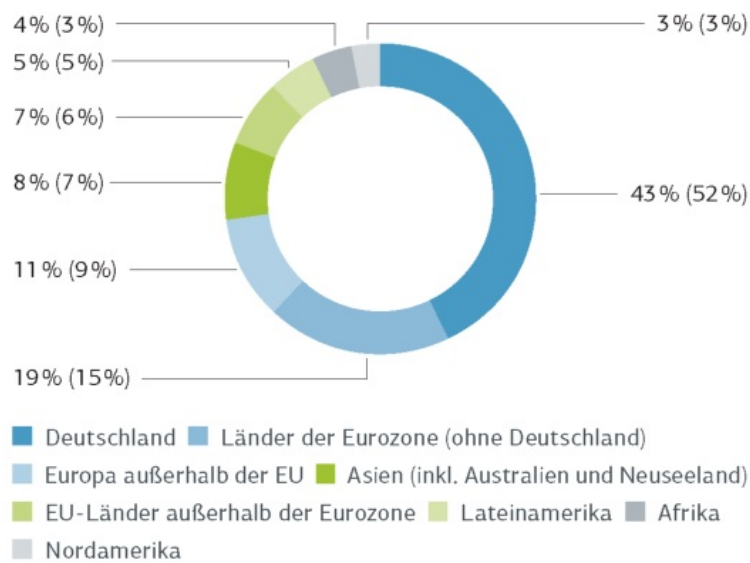
Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio<sup>9)</sup> wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet - basierend auf dem Ökonomischen Kapitalkonzept - Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über den Ökonomischen Kapitalbedarf gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios.

<sup>9)</sup> Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen im performenden Geschäft, nur bei der Bonitätsdarstellung ist das Non-Performing-Portfolio berücksichtigt.

### Regionen

Das Kreditportfolio des Konzerns entfällt per 31.12.2012 gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf zu 62 % (Vorjahr: 67 %) auf die Eurozone. Im Segment Deutschland führt im Wesentlichen eine durchgeführte Parameterüberprüfung des Bewertungsverfahrens für Endkreditnehmer-Zessionen - infolge der Änderung des Finanzsicherheitenbegriffs im KWG vom Juli 2011 - zu einer Reduzierung der Verlustquote bei Ausfall im Durchleitungsgeschäft. Der deutliche Rückgang im Nettoexposure führt zu einer geringeren Kapitalbindung.

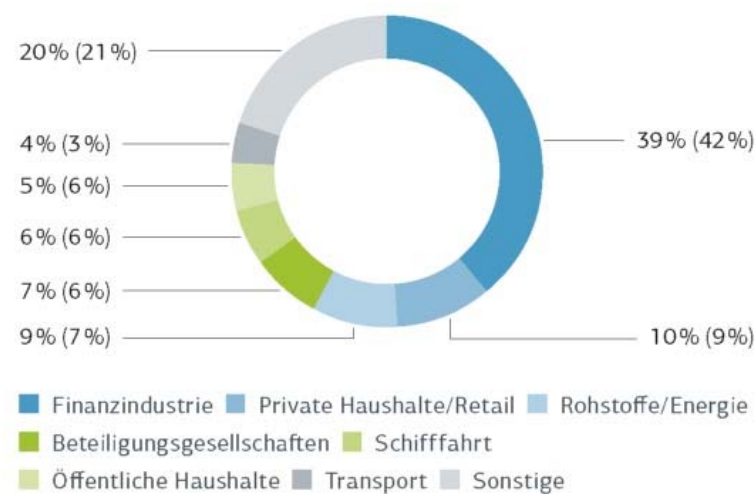
Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Regionen) 2012 (2011)



### Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-Kapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil der inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Der Rückgang der Kapitalbindung in der Finanzindustrie ist im Wesentlichen auf die bereits erwähnte Parameterüberprüfung des Bewertungsverfahrens für Endkreditnehmer-Zessionen bei bankdurchgeleiteten Krediten zurückzuführen. In der Branche Rohstoffe/Energie führt vor allem Neugeschäft im Energiesektor zum Anstieg der Kapitalbindung.

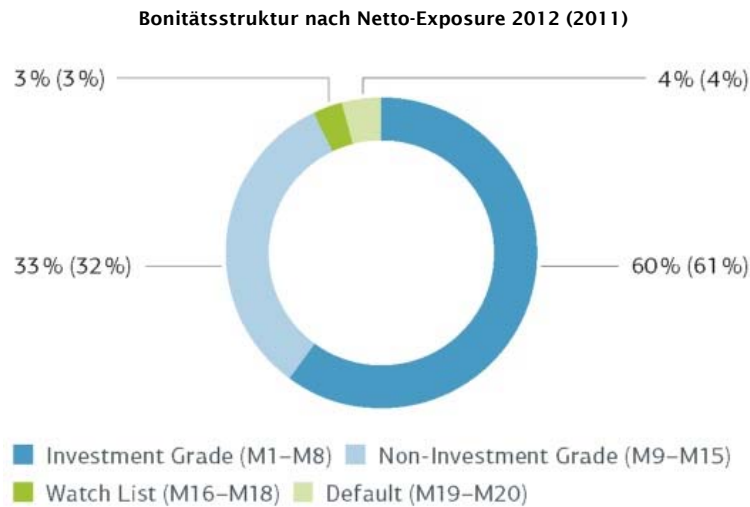
Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Branchen) 2012 (2011)



### Bonität

Da die Bonität die Höhe des Ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures nach Bonitätsklassen zu betrachten. Die Bonitätsstruktur zeigt sich auf dieser Basis gegenüber dem Vorjahr stabil.

Der relative Anteil des Non-Investment-Grade-Bereiches in Bezug auf das Netto-Exposure des Gesamtportfolios steigt nur unwesentlich. Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Konzern-Kreditportfolios ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt damit unverändert über eine gute Bonitätsstruktur.



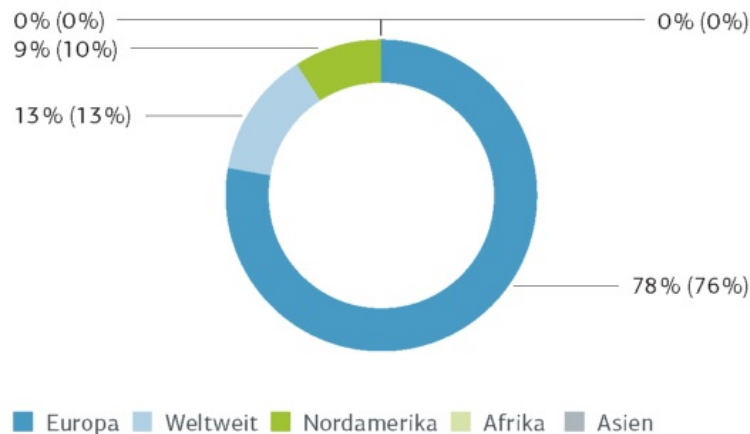
#### Strukturierte Produkte im Konzernportfolio

##### Asset Backed Securities

Neben den ABS-Papieren im Eigenbestand besitzt der Konzern weitere ABS-Investments in Spezialfonds. Diese Investments wurden im vergangenen Jahr erneut reduziert.

Der Nominalwert der ABS-Papiere beträgt zum Stichtag 31.12.2012 rund 3,9 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert (inkl. der anteiligen Zinsen) des Portfolios auf 3,7 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Assetklassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Vertriebsportfolios dargestellt.

#### Geografische Verteilung des Assetpools (gemessen am Nominalwert) 2012 (2011)



#### Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten 31.12.2012

	CLO	RMBS	CMBS	CDO	ABS & Sonstige	Gesamt	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	2012	2011
Investment Grade	1.301	466	149	9	1.303	3.228	3.621
Non-Investment Grade	194	27	39	2	0	262	301
Watch List	13	36	4	-	0	53	107
Default	161	80	29	64	-	333	404
	1.668	610	220	75	1.304	3.876	4.433

Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem Vorjahreswert trotz Neugeschäft aufgrund von Tilgungen und vereinzelten Verkäufen weiter zurückgegangen (-0,6 Mrd. EUR nominal). Der Vergleich der Ratingstruktur des Portfolios zeigt eine Entlastung sowohl des Default- als auch des Watch List-Bestandes. Die geografische Verteilung des Assetpools hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert, der regionale Schwerpunkt des ABS-Portfolios liegt weiterhin in Europa.

Insgesamt zeichnen sich europäische und damit auch deutsche Verbriefungen durch eine solide Performance aus. Die kumulierten Ausfallraten europäischer Verbriefungen liegen weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Risiken aus strukturierten Wertpapieren im Zusammenhang mit den Risikoabschirmungsmaßnahmen zugunsten der IKB bestehen nicht mehr (Vorjahr: 3,4 Mrd. EUR bei Wertberichtigungen in Höhe von 3,1 Mrd. EUR).

### Plattformverbriefungen

Über die Verbriefungsplattform PROMISE können Kreditinstitute synthetisch Kreditrisiken aus Mittelstandskreditportfolios in den Kapitalmarkt transferieren. Mit dem Verbriefungsprogramm PROVIDE, das auf die Verbriefung von privaten Wohnungsbaukrediten abzielt, ergänzt die KfW ihr Förderinstrumentarium. Per 31.12.2012 belief sich das Verbriefungsvolumen auf 4,6 Mrd. EUR; es ist über Portfolio-CDS/Finanzgarantien bzw. Credit-Linked Schuldscheine besichert. Der Rückgang des Verbriefungsvolumens gegenüber dem Vorjahr (-3,8 Mrd. EUR) resultiert vornehmlich aus der Nutzung der Kündigungsoptionen der Originator-Banken. Unmittelbare Verlusterwartungen für die KfW bestehen derzeit nicht.

### Engagements in europäischen Krisenstaaten

#### Nettobuchwert (inkl. offener Zusagen)

	31.12.2012		31.12.2011	
	Mio. EUR	davon besichert Mio. EUR	Mio. EUR	davon besichert Mio. EUR
Risikoland				
Griechenland	15.068	15.068	22.398	22.320
davon staatliche Schuldner	15.051	15.051	22.380	22.307
davon Finanzinstitute	17	17	18	13
Spanien	2.516	2.153	3.211	2.510
davon staatliche Schuldner	310	-	399	-
davon Finanzinstitute	2.207	2.153	2.812	2.510
Italien	1.306	621	1.746	652
davon staatliche Schuldner	395	-	387	-
davon Finanzinstitute	911	621	1.359	652
Irland	1.504	1.352	1.486	1.211
davon staatliche Schuldner	22	-	2	-
davon Finanzinstitute	1.482	1.352	1.484	1.211
Portugal	227	154	560	236
davon staatliche Schuldner	73	-	115	-
davon Finanzinstitute	154	154	445	236
Gesamt	20.621	19.349	29.401	26.928

Dargestellt werden hier die Nettobuchwerte<sup>10)</sup> der KfW gegenüber staatlichen Schuldner (inkl. Kommunen und Gemeinden) der besonders von der europäischen Staatsschuldenkrise betroffenen Staaten und gegenüber Finanzinstituten in diesen Ländern.

Vom Gesamtengagement entfallen per 31.12.2012 insgesamt 18.729 Mio. EUR (Vorjahr: 27.248 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie Kredite und Forderungen, 30 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, 677 Mio. EUR (Vorjahr: 763 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und 1.185 Mio. EUR (Vorjahr: 1.335 Mio. EUR) in die Bewertungskategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte.

Die größte Position stellt das (durch eine Bundesgarantie abgesicherte) Zuweisungsgeschäft des Bundes für Griechenland aus dem Jahr 2010 in Höhe von rund 15 Mrd. EUR (Vorjahr: 22,3 Mrd. EUR) dar. Bei den anderen Positionen gegenüber staatlichen Schuldner handelt es sich überwiegend um Staatsanleihen. Das Engagement gegenüber Finanzinstituten entfällt zum überwiegenden Teil auf Pfandbriefe. Daneben setzt es sich vor allem aus Globaldarlehen, Finanzderivaten und Bankanleihen zusammen. Die Besicherung umfasst - neben der Bundesgarantie für das Zuweisungsgeschäft mit Griechenland - vor allem Barsicherheiten in Höhe von 1 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,9 Mrd. EUR) aus dem Derivategeschäft. Zudem werden auch die im Portfolio enthaltenen Pfandbriefe in Höhe von 2,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 3,4 Mrd. EUR) als besichertes Engagement dargestellt.

In der internen Steuerung unterliegen die Engagements einer strikten und regelmäßigen Überwachung. In der Neugeschäftssteuerung bestehen für das Geschäft mit bzw. in diesen Ländern ganz überwiegend erhöhte Besicherungsanforderungen, teilweise gilt auch ein grundsätzlicher Neugeschäftsstopp. Im Laufe des Jahres wurden darüber hinaus die internen Ratingeinstufungen für einzelne Krisenländer und in den Krisenländern ansässige Banken weiter abgestuft und somit unter anderem die Neugeschäftsspielräume insgesamt über alle Sektoren eingeschränkt. Da die KfW ihre Risikobeurteilung auf eigene interne Ratingeinstufungen stützt, haben Veränderungen der externen Kreditratings der Länder oder dort ansässiger Banken durch unabhängige Ratingagenturen keinen unmittelbaren Einfluss auf die Risikosteuerung.

Im Bestandsgeschäft hat sich das Exposure gegenüber Finanzinstituten insbesondere durch die Tilgung von Globaldarlehen, Pfandbriefen und anderen Wertpapieren in Italien, Portugal und Spanien deutlich reduziert.

<sup>10)</sup> Die Nettobuchwerte wurden in Abhängigkeit von ihrer Bewertungskategorie gemäß IAS 39 unter Berücksichtigung von ggf. erfassten Wertminderungen bzw. Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert ermittelt und beinhalten auch anteilige Zinsforderungen. Bei den Derivaten erfolgt eine Verrechnung von gegenläufigen Geschäften mit gleichen Kontrahenten auf Grundlage vertraglicher Aufrechnungsmöglichkeiten unabhängig von den Vorgaben einer bilanziellen Verrechnung. Darüber hinaus enthalten sind Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere Eventualverpflichtungen.

### Marktpreisrisiko

Der Konzern misst und steuert Marktpreisrisiken auf barwertiger Basis. Wesentliche Risikotreiber sind in diesem Zusammenhang

- die Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken) für die Währungsräume EUR und USD,

- Wechselkurse (Währungsrisiken) sowie
- emittentenabhängige Aufschläge auf Zinssätze bei Wertpapieren (Credit Spread-Risiken).

Sonstige Marktpreisrisiken, zum Beispiel aus Rohwarenpositionen, spielen eine vernachlässigbare Rolle. Die größten Risiken werden hierbei durch die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingegangen, die im Jahresdurchschnitt ca. 73 % der gesamten Marktpreisrisiken ausmachen. Die Tochterunternehmen der KfW wie auch die KfW selbst sind keine Handelsbuchinstitute, sodass sich die Risiken ausschließlich auf das Anlagebuch beziehen.

Im Jahr 2012 wurde eine neue Methodik zur Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Zinsänderungsrisiken eingeführt. Anstelle der bisher verwendeten Monte-Carlo-Simulation auf Basis eines Cox-Ingersoll-Ross-Zinsstrukturmodells wird ein parametrisches Delta-Normal-Modell verwendet.

Weiterhin wurde zum 31.10.2012 die Credit Spread-Risiko-Messung - die bisher nur Wertpapiere in den Bewertungskategorien erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte bzw. zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte berücksichtigte - auf das gesamte Wertpapierportfolio ausgeweitet.

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31.12.2012 Ökonomisches Kapital in Höhe von 4.730 Mio. EUR. Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Einzelrisiken:

#### Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken

	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	3.587	2.430
Währungsrisiken	557	480
Credit Spread-Risiken	574	511
Sonstige Marktpreisrisiken	13	163
Marktpreisrisiko	4.730	3.584

#### Zinsänderungsrisiken

Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken zur Nutzung langfristiger Ertragschancen ein. Zinsänderungsrisiken ergeben sich auch durch die besondere Ausgestaltung des inländischen Förderkreditgeschäftes mit den Möglichkeiten zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung. Der Konzern berücksichtigt dies in der Risikosteuerung, indem er das geschätzte Volumen künftig zufließender außerplanmäßiger Tilgungen in seine Refinanzierungsstrategie einbezieht.

Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs werden alle bewertungsrelevanten Datenbestände bei der Erstellung von Zinsbindungsbilanzen berücksichtigt. Auf dieser Datengrundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes durch.

Das zum 01.01.2012 eingeführte Steuerungskonzept für Zinsänderungsrisiken unterstützt eine langfristig ausgelegte Steuerungsphilosophie. Zur Abfederung kurzfristiger zinsinduzierter Barwertschwankungen wird ein substanzieller Kapitalpuffer vorgehalten. Zusätzlich zu diesem Puffer wird ein Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % und für einen Zeitraum von zwei Monaten berechnet. Die Wahl dieses Zeitraums folgt aus einer konservativen Annahme über eine maximale Schließungsdauer der gesamten Zinsrisikoposition unter adversen Zinsszenarien. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken setzt sich als Summe aus dem Kapitalpuffer für potenzielle Barwertverluste und dem Zwei-Monats-Value-at-Risk zusammen. Durch eine fortlaufende Überwachung der Risikoposition und die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten wird sichergestellt, dass das allokierte Kapital auch auf Sicht eines Jahres zur Risikodeckung entsprechend dem einheitlich verwendeten Solvenzniveau von 99,99 % ausreicht.

Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen geschätzt werden. Diese wurden an aktuelle aufsichtliche Anforderungen<sup>11)</sup> angepasst. Neben der vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve wurden Szenarien wie die Drehung der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen.

Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken ist zum Stichtag 31.12.2012 gestiegen. Wesentlicher Treiber für den Anstieg ist das zum 01.01.2012 eingeführte Steuerungskonzept. In den oben stehenden Zahlen sind keine Tenor- und FX-Basisrisiken berücksichtigt. Der Konzern hat für das Jahr 2013 ein Projekt zur Beurteilung der Wesentlichkeit und zur Modellierung dieser Risiken aufgesetzt.

<sup>11)</sup> Aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Parallelverschiebung der Zinskurven um 200 BP nach oben (bzw. 200 BP nach unten). Das jeweils ungünstigere Ergebnis wird berichtet.

#### Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden weitgehend in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. In begrenztem Umfang werden Fremdwährungsaktiva nicht durch Fremdwährungsverbindlichkeiten, sondern durch Eigenkapital refinanziert. Dies ist ausschließlich zum Zwecke der Stabilisierung von Wechselkursinduzierten Schwankungen des Ökonomischen und Regulatorischen Kapitalbedarfs zulässig - eine Handelsabsicht wird damit nicht verfolgt. Fremdwährungsbeteiligungen der DEG und im geringen Umfang Förderinstrumente der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank werden nur dann in gleicher Währung refinanziert, wenn dies möglich und sinnvoll ist. Unterjährige Fremdwährungserträge aus dem Kreditgeschäft werden zeitnah verkauft.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für liquide Währungspositionen wird analog zum Zinsänderungsrisiko mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz und als Summe aus einem Kapitalpuffer und einem Zwei-Monats-Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % berechnet. Für alle Währungen mit eingeschränkten Handels- und Hedgingmöglichkeiten wird ein Zwölf-Monats-Zeitraum verwendet.

Der überwiegende Anteil des Währungsportfolios umfasst liquide Positionen. Zusätzlich werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen abzuschätzen.

Der Anstieg des Kapitalbedarfs für Währungsrisiken zum 31.12.2012 beruht im Wesentlichen auf einer Anhebung des Kapitalpuffers.

#### Credit Spread-Risiken

Bisher wurden für den Konzern Risiken aus Credit Spread-Veränderungen bei Positionen in den Bewertungskategorien zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte bewertet. Seit dem 31.10.2012 erfolgt die Risikomessung für das gesamte Wertpapierportfolio. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird mittels einer historischen Simulation auf Basis einer Credit Spread-Zeitreihe, die das vergangene Jahr umfasst (250 Handelstage), ermittelt. Zunächst wird der Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer zum Konfidenzniveau 95 % aus historischen Credit Spread-Veränderungen bestimmt und dann auf einen Zeitraum von einem Jahr und auf das Solvenzniveau 99,99 % skaliert. Für ABS erfolgt die Risikomessung aufgrund der Illiquidität der Papiere auf Basis von ABS-Indizes.

Der gestiegene Bedarf an Ökonomischem Kapital zur Unterlegung von Credit Spread-Risiken ist im Wesentlichen auf die Ausweitung des betrachteten Portfolios zurückzuführen.

#### Sonstige Marktpreisrisiken

Die sonstigen Marktpreisrisiken umfassen Rohwarenpreisrisiken aus CO<sub>2</sub>-Zertifikaten und Zinsänderungsrisiken aus den Ablaufportfolios. Die Risiken aus CO<sub>2</sub>-Zertifikaten entstehen, da der Konzern sich entschlossen hat, als Intermediär zwischen Verkäufern und Käufern von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten aufzutreten. Hierbei werden Zertifikate auch im eigenen Bestand gehalten. Das Risiko aus CO<sub>2</sub>-Zertifikaten wird über einen Varianz-Kovarianz-Ansatz gemessen. Alle benötigten Parameter (Volatilität der Kurse sowie der Erwartungswert der Veränderungen der Kurse) werden aus historischen Daten ermittelt. Die Historien zur Schätzung der Modellparameter bestehen für CO<sub>2</sub>-Zertifikate aus täglichen Kursen seit Juni 2005. Die Zinsänderungsrisiken der Ablaufportfolios werden analog zu den Zinsänderungsrisiken des Anlagebuches gemessen. Der Ökonomische Kapitalbedarf für die sonstigen Marktpreisrisiken ist hauptsächlich aufgrund des Abgangs einer Beteiligung gesunken.

#### Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Es wird zwischen dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können) und dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, benötigte Zahlungsmittel nur zu höheren Kosten als dem risikoadäquaten Zinssatz besorgen zu können) unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns. Die KfW steht als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Tochterunternehmen sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsrisikokennzahl, des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz sowie ökonomischer Szenarioanalysen.

Eine wesentliche Komponente für die Einschätzung des Liquiditätsrisikos stellen vertragliche Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des KfW-Konzerns aus Finanzinstrumenten dar, die in der folgenden Tabelle nach Laufzeiten gegliedert sind:

#### Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern 31.12.2012<sup>1)</sup>

	Bis ein Monat Mio. EUR	Mehr als ein Monat bis drei Monate Mio. EUR	Mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	Mehr als fünf Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	22.330	1.731	4.551	8.788	13.894	51.293
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	18.477	16.633	54.263	216.352	137.035	442.761
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-853	-1.118	-1.928	-8.203	-15.704	-27.805
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	16.659	14.332	29.986	148.235	81.915	291.127
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	111	3.554	0	3.665
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	39.955	17.246	56.997	220.491	135.225	469.913
Eventualverbindlichkeiten	6.228	0	0	0	0	6.228
Unwiderrufliche Kreditzusagen	51.118	0	0	0	0	51.118
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	57.346	0	0	0	0	57.346
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	97.301	17.246	56.997	220.491	135.225	527.259

#### Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern 31.12.2011<sup>1)</sup>

	Bis ein Monat Mio. EUR	Mehr als ein Monat bis drei Monate Mio. EUR	Mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	Mehr als fünf Jahre Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	20.880	4.634	6.906	11.852	15.296	59.568
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	25.411	21.708	50.035	203.733	147.594	448.482
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-983	-611	-1.698	-9.673	-21.818	-34.785
darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	16.391	18.853	36.274	147.495	91.276	310.288
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	146	314	3.303	3.763
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	45.308	25.731	55.389	206.226	144.374	477.028
Eventualverbindlichkeiten	6.287	0	0	0	0	6.287
Unwiderrufliche Kreditzusagen	55.720	0	0	0	0	55.720
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	62.008	0	0	0	0	62.008
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	107.315	25.731	55.389	206.226	144.374	539.036

<sup>1)</sup> Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Die interne Liquiditätsrisikomessung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (zum Beispiel Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität der KfW in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für verschiedene Szenarien berechnet. Hierbei werden marktweite und institutsspezifische Risikofaktoren gestresst und die Auswirkungen auf die Liquidität der KfW Bankengruppe bewertet.

Parallel wird das vorhandene Liquiditätspotenzial bestimmt. Dieses besteht im Wesentlichen aus dem EZB-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, Liquiditätsportfolios und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Das vorhandene Liquiditätspotenzial wird analog den anderen Cashflow-Komponenten Stressannahmen unterworfen. Für jedes Szenario wird das Verhältnis von kumulierter benötigter Liquidität zum kumulierten vorhandenen Liquiditätspotenzial berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten.

Im Normal Case beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im Stress Case sechs Monate und im Worst Case drei Monate. Die Szenarioannahmen werden jährlich validiert.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31.12.2012:

#### Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2012

	Kennzahl
Normal Case	0,18
Stress Case	0,18
Worst Case	0,31

Die internen Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres deutlich unter der zulässigen Höchstgrenze von 1.

#### Aktuelles Refinanzierungsumfeld

Die internationalen Geld- und Kapitalmärkte waren im Geschäftsjahr 2012 erneut von der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt. Trotz zwischenzeitlicher Erholungsphasen bestimmten hohe Nervosität, Volatilität und Verunsicherung das Marktgeschehen. Dies führte bei Investoren zu einem gestiegenen Risikobewusstsein. Da KfW-Anleihen sicher und gleichzeitig liquide sind, genossen sie bei den internationalen, institutionellen Investoren besondere Wertschätzung.

Zur langfristigen Refinanzierung ihres Fördergeschäftes hat die KfW im Berichtsjahr an den internationalen Kapitalmärkten 213 Anleihen in insgesamt 15 verschiedenen Währungen begeben und damit Mittel im Gegenwert von 78,7 Mrd. EUR aufgenommen. In der kurzfristigen Refinanzierung am Geldmarkt fiel das Emissionsvolumen von Commercial Paper der KfW bei weiterhin hoher Nachfrage nach sicheren Geldanlagen aufgrund der sehr guten Liquiditätsausstattung der Bank im Geschäftsjahr insgesamt geringer als im Vorjahr aus.

#### Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement (Betriebsrisiken)

Betriebsrisiken bilden in der KfW Bankengruppe den Oberbegriff für Operationelle Risiken und Risiken aus der Geschäftsunterbrechung.

Wesentliche Merkmale der Organisationsstruktur sind die Aufteilung in dezentrale Management- und zentrale Controlling-Einheiten sowie die Anbindung an das Komitee für Operationelle Risiken. Das Management von Betriebsrisiken erfolgt dezentral in den Bereichen und Tochtergesellschaften durch den jeweiligen Bereichsleiter bzw. Geschäftsführer und den jeweiligen Bereichskoordinator für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Betriebsrisiko-Management-Team nimmt die Aufgaben des



zentralen Controllings von Betriebsrisiken im Bereich Risikomanagement und -controlling wahr. Es erarbeitet die Methoden und Instrumente zur Identifikation und Bewertung von Betriebsrisiken und überwacht ihre einheitliche Anwendung.

Das Management und Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement haben zum Ziel, potenzielle Schäden für die KfW rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden bzw. Notfälle und Krisen beherrschbar zu machen und die strukturelle Einsatzfähigkeit der Bank trotz des Ausfalls wesentlicher Ressourcen sicherzustellen.

In Anlehnung an § 269 SolvV definiert die KfW das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt das Rechtsrisiko mit ein. Das Rechtsrisiko ist die Gefahr von Verlusten aufgrund der Verletzung geltender rechtlicher Bestimmungen. Hierzu gehören auch das Risiko, aufgrund einer Änderung der Rechtslage (geänderte Rechtsprechung oder Gesetzesänderung) für in der Vergangenheit abgeschlossene Geschäfte oder getätigte Investitionen Verluste zu erleiden, und das Risiko, im Zusammenhang mit behaupteten Rechtsverletzungen Zahlungen zu erbringen. Das Risiko, aufgrund einer geänderten Rechtslage die zukünftige Geschäftstätigkeit umstellen zu müssen, ist nicht als Operationelles Risiko zu verstehen. Reputationsrisiken und strategische Risiken sind in der Definition der KfW des Operationellen Risikos nicht beinhaltet.

Eingetretene Verluste werden in der KfW in einer OpRisk-Ereignisdatenbank erfasst. Nach jedem Quartal erfolgt ein ausführliches Detailreporting der erfassten Schadensereignisse und ggf. daraufhin eingeleiteter Maßnahmen an die jeweiligen Bereiche. Der Gesamtvorstand, der Verwaltungsrat und das Komitee für Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikoberichtes monatlich bzw. vierteljährlich informiert. Ab einer festgelegten Schadenshöhe besteht zusätzlich ein Ad-hoc-Reporting.

Darüber hinaus erfolgt eine systematische Erfassung von Operationellen Risiken in den Risiko-Assessments, die in allen Bereichen und über ausgewählte Prozessketten hinweg durchgeführt werden. Die Messung Operationeller Risiken innerhalb der Risiko-Assessments erfolgt auf der Basis von internen Daten oder Expertenschätzungen, die mit einer Verteilungsannahme für Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe unterlegt werden. Die erhobenen Verlustpotenziale durchgeführter Risiko-Assessments werden nach Abschluss dem jeweiligen Bereichs- und Abteilungsleiter berichtet. Zur unterjährigen Überwachung der im Risiko-Assessment festgestellten Verlustpotenziale oberhalb eines festgelegten Grenzwertes ist die Implementierung von Risikoindikatoren dezentral durch die jeweiligen Geschäftsbereiche zu prüfen.

Die Berechnung zur Eigenkapitalunterlegung Operationeller Risiken erfolgt nach dem Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Per 31.12.2012 ergibt sich eine Unterlegung für das OpRisk in Höhe von 575 Mio. EUR (570 Mio. EUR für 2011). Im Rahmen der ökonomischen Steuerung wird der nach dem Standardansatz berechnete Regulatorische Kapitalbedarf definierten Geschäftsfeldern zugeordnet. Dieser wird den tatsächlich eingetretenen Schadenssummen gegenübergestellt.

Für den Eintritt einer Geschäftsunterbrechung aufgrund interner oder externer Ereignisse ist ein Betriebliches Kontinuitätsmanagement implementiert. Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Managementprozess, der alle Aspekte für die vier wesentlichen Ausfallszenarien Standortausfall (Gebäude oder Infrastruktur), IT-Systemausfall, Personalausfall und Ausfall von Dienstleistern umfasst. Das Betriebliche Kontinuitätsmanagement berücksichtigt gleichermaßen präventive Komponenten (Notfallvorsorge) und auch reaktive Komponenten (Notfall- und Krisenbewältigung).

Zur Steuerung im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements werden die Geschäftsprozesse analysiert, nach ihrer Kritikalität eingestuft und die jeweils unterstützenden Ressourcen betrachtet. Das Erkennen der kritischen Geschäftsprozesse und deren Abhängigkeiten von unterstützenden Ressourcen bildet die Grundlage für ein wirkungsvolles Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Für diese Geschäftsprozesse und die unterstützenden Ressourcen werden individuelle Maßnahmen erarbeitet, die sicherstellen, dass die benötigte Verfügbarkeit gewährleistet wird und Risiken im wirtschaftlichen Rahmen reduziert werden. Dazu gehören Notfallarbeitsplätze, Notfallkonzepte, Kommunikationsinstrumente und Alarmierungstools. Der Krisenstab der KfW übernimmt bei nicht zu planenden Ereignissen die Leitung des gesamten Krisenmanagements. Er trainiert in regelmäßigen Krisenstabtests das Zusammenspiel der Notfall- und Krisenorganisation.

Sofern Reputationsrisiken auf Operationellen Risiken beruhen, werden sie in der KfW Bankengruppe im Risikomanagementprozess Operationeller Risiken bei den Risiko-Assessments, der Ereignisdatenerfassung sowie der Outsourcing-Risikoanalyse berücksichtigt.

Dem Rechtsrisiko begegnet der Konzern durch die frühzeitige Einbindung der eigenen Rechtsabteilung sowie durch die enge Zusammenarbeit mit externen in- und ausländischen Rechtsberatern.

### **Sonstige Risiken**

#### **Beteiligungsrisiken**

Bei der Steuerung von Beteiligungsrisiken im KfW-Konzern ist zwischen Risiken aus dem operativen und dem strategischen Beteiligungsgeschäft zu unterscheiden.

#### **Operative Beteiligungen**

Operative Beteiligungen dienen der Durchführung des Förderauftrags der KfW bzw. der Erfüllung des Gesellschaftszwecks der Tochtergesellschaften. Die konzernweit grundsätzlichen Regelungen für operative Beteiligungen werden über einen "Ordnungsrahmen" vorgegeben. Auf bestimmte Beteiligungssegmente abgestimmte und spezifische Regeln werden darüber hinaus in "Sub-Portfoliorichtlinien" niedergelegt. Die Risikomessung erfolgt für operative Beteiligungen analog zu den Kreditrisiken auf Einzelengagementebene. In Bezug auf das Berichtswesen werden die Risiken des Beteiligungsportfolios zusätzlich in einem eigenen Bericht dargestellt.

#### **Strategische Beteiligungen**

Die Betreuung der strategischen Beteiligungen erfolgt in einer spezialisierten Einheit auf Basis eines Beteiligungshandbuchs, das Rechtsgrundlagen, Strategien, Grundsätze, Verfahren und Zuständigkeiten des Beteiligungsmanagements abbildet. Zugang, Abgang und Veränderungen strategischer Beteiligungen unterliegen definierten Due-Diligence-Prozessen und der Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie durch den Verwaltungsrat der KfW. Das Eingehen einer Beteiligung > 25 % erfordert zusätzlich eine Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen gemäß Bundeshaushaltsordnung (BHO). Individuelle Beteiligungsstrategien und spezifische Risiken werden laufend überwacht und im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsberichts -sowie in anlassbezogenen Ad-hoc



-Berichten - dem Gesamtvorstand vorgelegt. Darüber hinaus ist die KfW in Unternehmen mit maßgeblicher KfW-Beteiligung i. d. R. auf Vorstandsebene in den Aufsichtsorganen vertreten.

Aufgrund der hohen Risikorelevanz für den Konzern sowie der einheitlichen Konzernsteuerung werden Risiken der KfW IPEX-Bank sowie der DEG zum einen im Rahmen der Gruppenrisikosteuerung gemanagt - so werden zum Beispiel die Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften im Durchschau-Prinzip ("Look-through") auf die konzernweiten Limite angerechnet und in die ökonomische Kapitalallokation des Konzerns einbezogen sowie Vertreter der Tochterunternehmen in die Konzern-Risikogremien eingebunden. Zum anderen erfolgt für diese beiden Tochtergesellschaften eine Risikoüberwachung auf Stand-alone-Ebene. Diese Überwachung umfasst unter anderem ein regelmäßiges Reporting im Rahmen des Konzern-Risikoberichts an den Gesamtvorstand.

### **Reputationsrisiko**

Unter Reputationsrisiko wird die Gefahr einer Verschlechterung der öffentlichen Wahrnehmung der KfW aus Sicht der relevanten internen und externen Interessengruppen mit negativen Auswirkungen auf die KfW verstanden. Diese Auswirkungen können zu Beeinträchtigungen für die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage führen oder nichtmonetärer Natur sein. Reputationsrisiken können aus anderen Risikoarten erwachsen oder ergänzend zu diesen auftreten.

Sie werden über verschiedene dezentrale Ansätze gesteuert. Beispiele hierfür sind das Nachhaltigkeitsmanagement mit konzernweit gültigen, votierungsrelevanten Umwelt- und Sozialleitsätzen oder die Ausrichtung des Managements des eigenen Wertpapierbestandes an Nachhaltigkeitskriterien. Dazu hat sich die KfW mit der Unterzeichnung der UN-Initiative "Principles for Responsible Investment" (PRI) bereits im Jahr 2006 verpflichtet.

Aufgrund einer im Jahr 2012 durchgeführten Bestandsaufnahme und Benchmarkanalyse wird aktuell der Fokus auf die Weiterentwicklung der Aufbau- und Ablauforganisation - insbesondere auf die Trennung zwischen zentralem Controlling und dezentralem Management - gelegt. Im Anschluss werden die bestehenden Methoden und Verfahren verfeinert und es wird eine regelmäßige ganzheitliche Berichterstattung an den Vorstand etabliert.

### **Projektrisiko**

Originäre Projektrisiken bestehen insbesondere aus sich nicht bestätigenden Planungsannahmen und haben Auswirkungen auf die Projektzielerreichung hinsichtlich Aufwand, Zeit und Qualität (zum Beispiel Unterschätzung Umsetzungsaufwand, Nichtbeachtung zeitlicher Abhängigkeiten von Parallelprojekten). Projektrisiken entstehen in der KfW insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen langfristig ausgelegten Großprojekten, deren Auswirkungen den gesamten Konzern betreffen. Die Steuerung von Projektrisiken erfolgt im Rahmen des Projektmanagements sowohl während der Projektplanung als auch während der Projektdurchführung.

Das Zentrale Projektmanagementoffice (ZPMO) unterstützt die Großprojekte in ihrer Aufgabenerfüllung und bei der Zielerreichung. Als zentrale Stabsstelle für das Projektmanagement stellt es den methodischen Rahmen für die Projektdurchführung in der KfW zur Verfügung und schafft Transparenz auf Ebene des Gesamtprojektportfolios. Dadurch werden zielgerichtete Entscheidungen durch Projektboard und Vorstand ermöglicht. Das Setzen methodischer Vorgaben durch das ZPMO ermöglicht eine einheitlich hohe Umsetzungsqualität in den Projekten. Die Einhaltung der Rahmenbedingungen und Vorgaben durch die Großprojekte wird ebenfalls überwacht und unterstützt.

### **Interne Kontrollverfahren**

#### **Interne Revision**

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands. Als prozessunabhängige Instanz prüft und beurteilt sie risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten der KfW und berichtet direkt an den Vorstand.

Mit Blick auf die Prozesse des Risikomanagements hat die Interne Revision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl dezentrale Risikomanagementprozesse als auch zentrale, bankweit relevante Aspekte des Risikomanagements geprüft. Schwerpunkte lagen zum einen auf den Prozessen der Risikobeurteilung im Rahmen der Kreditvergabe und -betreuung in unterschiedlichen Geschäftsfeldern. Zum anderen waren die zentralen Verfahren und Methoden des Risikomanagements und deren Weiterentwicklung Gegenstand von Revisionsprüfungen.

Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision darüber hinaus auch im Geschäftsjahr 2012 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien und die Begleitung von Projekten die Weiterentwicklung von Risikomessverfahren verfolgt.

Die Interne Revision der KfW ist gleichzeitig Konzernrevision in der KfW Bankengruppe. Sie bezieht die Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

#### **Compliance**

Der Erfolg der KfW Bankengruppe hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in die Leistungsfähigkeit und vor allem auch in die Integrität der Gruppe ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetze und Regeln.

Die Compliance-Verantwortung für die KfW liegt beim Vorstand der KfW. Der Vorstand delegiert die Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben an den Bereich Compliance.

Im Rahmen der Compliance-Organisation existieren in der KfW insbesondere Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen sowie zur Prävention von Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW finden regelmäßig Compliance-Schulungen statt. Neben diesen Präsenzs Schulungen sind auch E-Learning-Programme verfügbar.

## Internes Kontrollsystem

Ziel des Internen Kontrollsystems der KfW Bankengruppe (KfW-IKS) ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der für die KfW Bankengruppe maßgeblichen rechtlichen Vorschriften sowie den Schutz des Vermögens sicherzustellen.

Das IKS der KfW Bankengruppe orientiert sich dabei an den einschlägigen, teils nur entsprechend anwendbaren (bankenaufsichts-) rechtlichen Vorgaben<sup>12)</sup>, insbesondere BilMoG, KWG und MaRisk, sowie an einem marktüblichen Standard, dem COSO-Modell<sup>13)</sup>.

Analog dem COSO-Modell besteht das KfW-IKS aus den fünf Komponenten Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivität sowie Information/Kommunikation und Überwachung, die sich auf alle Unternehmenseinheiten sowie Unternehmensfunktionen und -prozesse der KfW Bankengruppe erstrecken und die in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen. Das Kontrollumfeld ist als der Rahmen zu verstehen, innerhalb dessen die KfW Regelungen einführt und anwendet. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Identifizierung, Analyse und Einschätzung der Risiken, die aus der Umsetzung der Unternehmensstrategie resultieren. Die Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken verhindert bzw. aufgedeckt werden. Durch eine angemessene Information und Kommunikation in der KfW Bankengruppe wird ermöglicht, dass allen Beteiligten die notwendigen Informationen im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Die Funktionsfähigkeit und Effektivität des KfW-IKS wird durch entsprechende Überwachungsmechanismen festgestellt.

Zur Minimierung des Fehlerrisikos im Einzel- und Konzernabschluss sowie zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und verlässlichen internen und externen Rechnungslegung hat die KfW Bankengruppe rechnungslegungsbezogene Kontrollen implementiert. Die rechnungslegungsbezogenen Kontrollen sind Bestandteil des konzernweiten IKS.

Grundlage des KfW-IKS bildet die schriftlich fixierte Ordnung. Sie setzt den Rahmen für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation in der KfW Bankengruppe und formuliert verbindliche Vorgaben bzw. Anforderungen zur Prozessdokumentation, zu Kontrollen sowie für ein Organisationshandbuch.

Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen stellen eine prozessintegrierte Überwachung sicher. Die prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen dienen der Vermeidung, Verringerung, Aufdeckung und/oder der Korrektur von Bearbeitungsfehlern oder Vermögensschäden.

Das System wird ergänzt durch die Compliance, die auf Basis der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben/Rahmenbedingungen für die Themen Schutz personenbezogener Daten (Datenschutz), Geldwäsche- und Betrugsprävention, Wertpapierhandel sowie für die Einhaltung von Finanzsanktionen und den Schutz gegen Terrorismusfinanzierung Maßnahmen definiert und deren Einhaltung überwacht.

Die Wirksamkeit und Angemessenheit des KfW-IKS wird zudem von der Internen Revision auf Basis der prozessunabhängig durchgeführten Prüfungen beurteilt.

Die detaillierte Umsetzung des IKS in der KfW und den rechtlich selbstständigen Tochtergesellschaften KfW IPEX-Bank und DEG richtet sich nach den jeweiligen Risikostrategien, Geschäftsfeldern und vorliegenden Rahmenbedingungen.

Die Gesamtverantwortung für das Interne Kontrollsystem der KfW liegt beim Vorstand, für die KfW IPEX-Bank und DEG bei der Geschäftsführung. Die Ausgestaltung und Umsetzung auf den verschiedenen Unternehmensebenen liegt entsprechend der Organisation in der Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte. Gegenüber den Aufsichtsorganen in der KfW Bankengruppe erfolgt eine jährliche Berichterstattung.

Um die Wirksamkeit des KfW-IKS zu gewährleisten, werden die gesetzten Standards und Konventionen regelmäßig hinterfragt und kontinuierlich weiterentwickelt, außerdem wird eine nachhaltige Verankerung in den Bereichen der KfW sichergestellt.

<sup>12)</sup> Vgl. § 25 a Absatz 1 Nummer 1 KWG, MaRisk AT 4.3, §§ 289 HGB Absatz 5, 315 Absatz 2 Nummer 5 HGB, 324 HGB, 264 d HGB.

<sup>13)</sup> COSO = "Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission", [www.coso.org](http://www.coso.org).

## Prognosebericht

Der vorliegende Prognosebericht entspricht in Umfang und Inhalt im Wesentlichen dem Konzernprognosebericht, der im Konzernlagebericht veröffentlicht ist. Da die Geschäftsfeld- und Ergebnisplanung auf den KfW-Konzern ausgerichtet ist, wird auf die Erstellung eines Prognoseberichts auf Einzelinstitutsebene verzichtet. Die im Folgenden genannten Planzahlen beziehen sich daher auf den KfW-Konzern.

Nach der Abschwächung der Weltkonjunktur in den Jahren 2011 und 2012 wird für 2013 wieder eine leichte Belebung erwartet. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Wirtschaftsleistung in der Eurozone 2013 nicht weiter schrumpft. Dies zieht das Wachstum der Gesamtgruppe der Industriestaaten geringfügig nach oben, obwohl die Perspektiven für die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, Japan, eher ungünstig sind. In den Industriestaaten liegen 2013 auch unverändert die Hauptrisiken der Weltkonjunktur (Krise in der Eurozone, Staatsverschuldung in Japan).

Die Entwicklungs- und Schwellenländer bleiben 2013 Treiber der Weltkonjunktur, sie setzen ihr über dem globalen Durchschnitt liegendes Wachstum fort. Allerdings sind sie von der Dynamik früherer Jahre weit entfernt. Insbesondere die aufstrebenden Schwellenländer sind nicht nur im Export von der Eurokrise betroffen, sondern ihnen machen auch hausgemachte Schwächen wie Infrastrukturdefizite, Reformstau etc. zu schaffen.

Die KfW geht davon aus, dass sich 2013 der erfreuliche Trend global rückläufiger Inflationsraten und sinkender makroökonomischer Ungleichgewichte fortsetzt. Ob dies jedoch nachhaltig ist, erscheint keineswegs sicher. Die globalen Ungleichgewichte bleiben ein Thema der Abstimmung in internationalen Foren, darunter beispielsweise der G 20.

Die Wirtschaft in den Ländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) wird sich schwertun, 2013 stärker an Fahrt zu gewinnen. Hauptbelastungsfaktoren bleiben die mit der Eurokrise verbundene hohe Verunsicherung sowie der in vielen EWU-Mitgliedsländern verfolgte fiskalische Konsolidierungskurs. Zwar werden die bereits getroffenen bzw. in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Krisenbewältigung sukzessive zu einem Abbau der starken Verunsicherung beitragen. Allerdings wird dies erst im Jahresverlauf 2013 stärkere positive Impulse auf die Realwirtschaft bewirken. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die

Wirtschaftsleistung in der Eurozone im Jahr 2013 annähernd stagniert. In den Peripherieländern wird sich die Rezession voraussichtlich in abgemilderter Form fortsetzen.

Deutschland startete verhalten in das Jahr 2013, nachdem sich die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des Vorjahres zusehends abgeschwächt hatte und die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2012 sogar rückläufig gewesen war. Die allgemeine Krisenunsicherheit, die anhaltende Rezession in weiten Teilen der Eurozone sowie die im langfristigen Vergleich eher mäßigen Exportaussichten verunsichern die Unternehmen. Hierunter leidet besonders die Investitionsbereitschaft - trotz günstiger Finanzierungsbedingungen. Aber es gibt auch wichtige binnenwirtschaftliche Faktoren, die das Wachstum stützen. So wird die stabile Lage am Arbeitsmarkt zusammen mit spürbaren Reallohnsteigerungen für einen soliden Anstieg des Konsums sorgen. Darüber hinaus ergeben sich aus dem Wohnungsbau weiterhin Wachstumsimpulse. Zudem sind die Unternehmen unverändert sehr wettbewerbsfähig. Bei Entspannung in der Eurokrise und mit Rückenwind von der Weltwirtschaft dürfte Deutschland die Ende 2012 begonnene Schwächephase deshalb - nach Einschätzung der KfW zu Jahresbeginn - im Verlauf von 2013 nach und nach überwinden. Wegen des schwachen Jahresstarts wird das preis- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Gesamtjahr 2013 gleichwohl nur um etwas weniger als 1 % wachsen. Damit bleibt die deutsche Wirtschaft wie schon 2012 hinter ihrem Wachstumspotenzial zurück.

Risikoseitig werden in den einzelnen Segmenten des KfW-Kreditportfolios im Jahr 2013 eher negative Entwicklungen erwartet.

Für Länder sind die risikopolitischen Aussichten grundsätzlich weiterhin differenziert zu betrachten. Industrieländer, insbesondere solche mit hohen außenwirtschaftlichen Defiziten und hoher Staatsverschuldung, dürften bonitätsmäßig weiterhin unter Druck stehen. Die schwache Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern macht sich zunehmend auch in einer Abkühlung der Wirtschaftsaktivität in den Schwellenländern bemerkbar. Allein die rohstoffreichen Länder sind derzeit noch weniger stark betroffen.

Die hohe Abhängigkeit des Bankensektors von der Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise bleibt auch 2013 bestehen. Trotz der zu beobachtenden Fortschritte beim Abbau von Risikopositionen und bei der Eigenkapitalstärkung bleibt der Finanzsektor anfällig. Hierbei stehen vor allem die europäischen Banken im Fokus, die sich in einem stark angespannten Umfeld weiter stabilisieren müssen. Zusätzlich wirkt die erwartete anhaltende Weltwirtschaftsschwäche negativ auf die Kreditrisiken der Banken. Die Herausforderungen bleiben deshalb auch 2013 für die Banken insgesamt hoch. Es ist außerdem zu erwarten, dass sich die Aussichten für einige bisher noch nicht im Fokus stehende Bankenmärkte durch die sich abschwächenden Rahmenbedingungen weiter eintrüben.

Im Unternehmenssektor erwartet die KfW für das Jahr 2013 eine Durststrecke, insbesondere in konjunktursensiblen Branchen wie zum Beispiel Automobilzulieferindustrie, Maschinenbau und Stahl. In einem Basisszenario dürften sich die Perspektiven für diese Branchen für 2014 allerdings wieder aufhellen. Im Durchschnitt sollten die finanziellen Reserven der Unternehmen zur Überbrückung des schwierigeren Jahres 2013 ausreichend sein, zumal weiter mit hoher Liquidität im Markt zu rechnen ist. Eine Ausnahme hiervon bildet die Handelsschifffahrt, die 2013 weiter schwer getroffen sein wird und sich voraussichtlich auch im Jahr 2014 noch nicht erholen wird. In Deutschland bleiben weichenstellende Entscheidungen bezüglich der Energiewende bzw. des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abzuwarten, die die KfW zum einen im Neugeschäft fordern, zum anderen ggf. aber auch Auswirkungen auf Bestandskunden haben können (zum Beispiel Zulieferer Solarindustrie). Die internationalen Engagements im Unternehmenssektor werden im Jahr 2013 zunehmend von den sich weltweit tendenziell verschlechternden Länderrisiken beeinflusst. Schwierigkeiten bei Transaktionen, bei denen auf staatliche Unterstützung oder Flankierung gesetzt wurde, sind in Einzelfällen nicht auszuschließen.

Der Beteiligungsmarkt wird sich 2013 aufgrund der gleichzeitig schwierigeren Lage im Unternehmens- und Bankensektor sowohl für das Bestandsgeschäft sowie Exits als auch für Neugeschäfte herausfordernd darstellen.

Der europäische Verbriefungsmarkt dürfte sich 2013 auf Vorjahresniveau bewegen. Unter anderem führen die verschärften regulatorischen Auflagen zu weiterhin geringer Attraktivität von Verbriefungen gegenüber anderen besicherten Refinanzierungsformen, sodass insbesondere der Primärmarkt hinter dem Vorkrisenniveau zurückbleibt. Die im Jahr 2012 beobachtete Divergenz zwischen Spreads in Kern- und Peripheriestaaten der Eurozone wird auch 2013 fortbestehen, jedoch ist die weitere Entwicklung der Risikoprämien von der Krisenpolitik der europäischen Länder sowie der Geldpolitik der EZB abhängig.

Das für 2013 geplante Neugeschäftsvolumen des KfW-Konzerns von 72 Mrd. EUR liegt in der Größenordnung des Jahres 2012. Im Fördergeschäft wird der Fokus weiterhin auf der Mittelstandsfinanzierung und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen liegen. Konzernweit sind Maßnahmen zur strategischen Fokussierung auf Förderqualität und Ausrichtung der Geschäftsaktivitäten entlang der thematischen Schwerpunkte Klimawandel und Umwelt, Globalisierung und technischer Fortschritt sowie demografische Entwicklung eingeleitet, diese spiegeln sich in der Planung der Geschäftsfelder wider. Die im Ausland aktiven Geschäftsbereiche der KfW streben zur Unterstützung der Internationalisierung deutscher Unternehmen im Rahmen der Globalisierung mittelfristig einen im Vergleich zum Inlandsgeschäft überproportionalen Wachstumskurs an. Der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank will zudem mit ihrem Wachstum einen Beitrag zur Erreichung der deutschen Entwicklungshilfezusagen (ODA-Quote) leisten.

Im Inlandsgeschäft unterstützt die KfW die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der KfW Mittelstands-, KfW Privatkunden- und KfW Kommunalbank.

Der deutsche Mittelstand steht zurzeit bei insgesamt günstigem Finanzierungsumfeld solide da. Konjunkturrisiken und zusätzliche Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (unter anderem Basel III) können jedoch mittelfristig auf die Kreditvergabe wieder bremsend und auf die Konditionen verschärfend wirken. Die KfW Mittelstandsbank plant, auch im Jahr 2013 ein hohes Fördervolumen für Gründungen und allgemeine Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen bereitzustellen. Neben der traditionell starken Förderung des Mittelstands bildet die Finanzierung von Umweltinvestitionen, insbesondere zur Umsetzung der Energiewende, ein bedeutendes Schwerpunktthema. Hier gilt es, das im Jahr 2012 neu aufgestellte und bereits gut in Anspruch genommene Förderangebot nachhaltig am Markt zu etablieren und in einzelnen Segmenten weiterzuentwickeln. Die anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes oder auch die Unsicherheiten bei Übertragungsnetzausbau und Netzanschluss (bei Offshore-Finanzierungen) haben dabei unmittelbare Auswirkungen auf die Produktnachfrage. Ein besonderer Fokus gilt weiterhin der Förderung von Innovationen und innovativen Unternehmen. Mit der geplanten Einführung des Programms "Beteiligungskapital für Wachstum, Innovation und Nachfolge" werden zentrale Zukunftsthemen wie die Förderung des technischen Fortschritts und der demografische Wandel adressiert. Die KfW Mittelstandsbank plant für 2013 in den Förderfeldern ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 23,6 Mrd. EUR.

Die KfW Privatkundenbank geht von einer erhöhten Nachfrage von Privatkunden nach energieeffizienten Bau- und Sanierungslösungen, nach barrierearmem Wohnraum sowie - infolge der Unsicherheit aus der europäischen Staatsschuldenkrise - nach Bildung von Wohneigentum aus. Parallel steigt der Bedarf an lebenslangem Lernen zur Sicherstellung/Herstellung der ausreichenden Qualifizierung über das gesamte Berufsleben hinweg, um einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Daher fokussiert die KfW Privatkundenbank 2013 die Förderaktivitäten auf die Megatrends Klimawandel und Umwelt sowie demografische

Entwicklung. Bei der Förderung der energetischen Gebäudesanierung steht die kundenorientierte Weiterentwicklung der bestehenden Produkte und Prozesse (unter anderem Entwicklung von Internet-basierten Antrags- und automatisierten Bearbeitungsprozessen) im Vordergrund. Ziel ist die Positionierung der KfW als zentraler Förderer und Standardsetzer für Energieeffizienz in Wohngebäuden. Zur Adressierung des demografischen Wandels wird die KfW Privatkundenbank weiterhin Standards für barrierearmen Wohnraum setzen sowie verlässlicher und kundenorientierter Anbieter der Finanzierung von Wohneigentum sein. In der Bildungsfinanzierung erfolgt die Weiterentwicklung in Richtung lebenslanges Lernen. Hierzu wird der "KfW-Studienkredit" im Jahr 2013 erweitert (beispielsweise um postgraduale Studiengänge, Zweitstudiengänge und Studiengänge in Teilzeit sowie Erhöhung der Altersgrenzen). Mit einem geplanten Neugeschäftsvolumen von mehr als 17 Mrd. EUR für 2013 plant die KfW Privatkundenbank die Förderung in den Feldern Wohnen und Bildung auf dem Niveau des Vorjahres.

Übergeordnetes Ziel der KfW Kommunalbank bleibt weiterhin, als verlässlicher Partner Kommunen, kommunalnahen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen zur Seite zu stehen. Dies gewinnt vor dem Hintergrund der heterogenen Entwicklung der kommunalen Haushaltssituation sowie des sich infolge der Kapitalanforderungen aus Basel III abzeichnenden rückläufigen Angebots an großvolumigen, langfristigen Kommunalfinanzierungen an Bedeutung. Die KfW Kommunalbank stellt die beiden Basisprogramme "IKK - Investitionskredit Kommunen" und "IKU - Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen" bereit. Zur Erhöhung der Transparenz und Arrondierung der Produktpalette werden die Förderprogramme für soziale Organisationen (IKS) zum Jahresanfang 2013 in die bisher nur an kommunale Unternehmen gerichtete Programmgruppe (IKU) integriert. Die KfW Kommunalbank legt einen Schwerpunkt auf die Förderprogramme zu den Themen Klima- und Umweltschutz sowie demografische Entwicklung. Kommunen und kommunale Unternehmen sollen im Rahmen ihrer Investitionen zur Umsetzung der Energiewende wirkungsvoll unterstützt werden. Die dazu 2012 neu eingeführten Programme "IKK/IKU - Energetische Stadtsanierung" sowie "IKK/IKU - Kommunale Energieversorgung" sollen im Markt noch stärker verankert werden. Zur Begleitung des demografischen Wandels ist geplant, das in der zweiten Jahreshälfte 2012 gestartete Förderfenster "IKK/IKU - Barrierearme Stadt" flächendeckend bekannt zu machen. Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige ab August 2013 führt die KfW Kommunalbank zum 01.02.2013 das Programm "IKK/IKU - Kita-Ausbau" ein. Darüber hinaus verfolgt das Geschäftsfeld die seit mehreren Jahren praktizierte Rolle als verlässlicher Finanzierungspartner für Landesförderinstitute über das Produkt Allgemeine Refinanzierung weiter. Die KfW Kommunalbank plant für 2013 ein Fördervolumen in Höhe von 8,7 Mrd. EUR.

Infolge der europäischen Staatsschuldenkrise ist die langfristige Kapitalmarktrefinanzierung für die meisten Banken immer noch erschwert. Die stabilisierte, aber immer noch auf relativ niedrigem Niveau befindliche Emissionstätigkeit der Banken am Kapitalmarkt ist auch das Ergebnis des gegenwärtigen Deleveraging-Prozesses im Bankensektor. Im Zuge des Strukturwandels an den Finanzmärkten hat die KfW in den vergangenen Jahren die Produktpalette an kapitalmarktnahen Finanzierungen sukzessive erweitert. Über Beteiligungen an Verbriefungstransaktionen, Vergabe von Globaldarlehen sowie die Refinanzierung von bundesgedeckten Exportkrediten fördert die KfW den deutschen Mittelstand und leistet einen Beitrag zu den thematischen Förderschwerpunkten Globalisierung und technischer Fortschritt sowie Klimawandel und Umwelt. Für das Geschäftsjahr 2013 ist ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 2,4 Mrd. EUR mit kapitalmarktnahen Produkten vorgesehen. Daneben wird die KfW die Entwicklung alternativer, kapitalmarktnaher Finanzierungskanäle für kleine und mittlere Unternehmen und Leasingunternehmen weiter unterstützen.

Ziel des Geschäftsfelds Export- und Projektfinanzierung, das von der KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main, verantwortet wird, ist es, die Position als Spezialfinanzierer und verlässlicher Partner der deutschen und europäischen Wirtschaft zu stärken. Das anhaltende Wachstum in Entwicklungs- und Schwellenländern bietet weiterhin Geschäftspotenzial für deutsche und europäische Unternehmen. Gleichzeitig wächst jedoch in Schwellenländern die Konkurrenz für diese Unternehmen und Wertschöpfung wird zunehmend aus Deutschland und Europa in diese Länder verlagert. Die Begleitung der Unternehmen bei dieser Entwicklung durch die Finanzierung von Exporten und Auslandsinvestitionen steht weiterhin im Zentrum der Aktivitäten des Geschäftsfelds. Die für das Jahr 2013 geplanten Maßnahmen des Geschäftsfelds dienen vor allem der nachhaltigen Bedienung des Megatrends Globalisierung und technischer Fortschritt. Insbesondere sollen durch die Stärkung des Vertriebs und die Weiterentwicklung des Produktportfolios zusätzliche Kundengruppen für die Finanzierungen erschlossen werden. Darüber hinaus sollen bei Beibehaltung der strategischen Fokussierung ein weiterhin hoher Anteil an maßgeschneiderten Finanzierungen und ein zunehmender Beitrag des Neugeschäfts zum Megatrend Klimawandel und Umwelt erreicht werden. Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung plant für 2013 mit einem Neugeschäftsvolumen von 13,1 Mrd. EUR auf Vorjahresniveau. Das Fördergeschäft der KfW betreffen insgesamt 5,8 Mrd. EUR.

Im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Transformationsländer sind die Geschäftsaktivitäten des Geschäftsbereiches KfW Entwicklungsbank und der DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln, zusammengefasst.

Das Marktumfeld des Geschäftsbereiches KfW Entwicklungsbank wird von steigender Komplexität gekennzeichnet sein. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Themen als auch auf die Zahl der Marktakteure und führt zu verstärktem Wettbewerb, aber auch zu neuen Kooperationsmöglichkeiten; insbesondere die EU wird künftig großes Geschäftspotenzial bieten. Ziel ist, die KfW als deutsche bilaterale Entwicklungsbank zu positionieren. Im Jahr 2013 sollen hierzu das quantitative und qualitative Wachstum der Finanzellen Zusammenarbeit (FZ) mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als Hauptauftraggeber weiter vorangetrieben werden. Ein wesentlicher Wachstumsmotor im Bereich Neuzusagen ist dabei der Ausbau von FZ-Förderkrediten im Gewährleistungsrahmen des Bundes. Ferner will sich der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank als weltweit führender Entwicklungsfinanzierer im Klima- und Umweltbereich positionieren. 2013 soll in diesem Zusammenhang die Deutsche Klima- und Technologieinitiative ausgeweitet und soll an weiteren Klimainitiativen aktiv mitgewirkt werden. Daneben wird mittelfristig angestrebt, die Entwicklungsfinanzierungen mit Mitteln der EU auszubauen. Aufgrund der anhaltend hohen Fördernachfrage plant der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank im Jahr 2013 einen weiteren Ausbau des Zusagevolumens in Entwicklungs- und Transformationsländern auf 5,8 Mrd. EUR.

Im Zuge der Privatisierungsgeschäfte des Bundes kann im Jahr 2013 die Durchführung weiterer Privatisierungstransaktionen unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes erfolgen. Die KfW hat auf der Basis einer Zuweisung der Bundesregierung gemäß § 2 Absatz 4 KfW-Gesetz eine Investorenrolle für eine Beteiligung an EADS N.V., Niederlande, übernommen. Alle Risiken und Chancen der gesamten Beteiligung liegen beim Bund, der auch die strategische und unternehmerische Verantwortung bezüglich dieser Beteiligung übernimmt. 2013 ist geplant, die angestrebte Zielstruktur der Transaktion umzusetzen.

Die Refinanzierung der KfW steht auf einem soliden Fundament. Durch das Zusammenspiel von erstklassiger Kreditqualität und einer diversifizierten und verlässlichen Refinanzierungsstrategie genießt die KfW als eine der weltgrößten nicht staatlichen Anleiheemittentinnen einen exzellenten Ruf an den internationalen Kapitalmärkten. Damit wird die KfW auch in Zukunft sehr verantwortlich und behutsam umgehen. Für die beiden kommenden Jahre rechnet die KfW mit einem Refinanzierungsvolumen auf hohem Niveau. Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die KfW einen Refinanzierungsbedarf von 70 bis 75 Mrd. EUR. Wesentliche Bestimmungsgröße des geplanten Mittelbedarfs ist das Fördervolumen, das den Planungen zufolge hoch bleiben wird. Die KfW geht davon aus, dass die europäische Staatsschuldenkrise auch 2013 bestimmend für die Kapitalmärkte sein wird. Erneute Rückschläge werden daher auch bei vorübergehenden Beruhigungen als möglich erachtet. Materielle Auswirkungen auf die

Refinanzierungsaktivitäten der KfW werden durch die anhaltende Verunsicherung und Volatilität an den internationalen Kapitalmärkten nicht erwartet. Mit der expliziten, direkten Garantie des Bundes sieht sich die KfW auch für schwierige Zeiten gut gerüstet. Angebote über das gesamte Laufzeitband hinweg und Flexibilität hinsichtlich Format und Währung bilden auch zukünftig das Erfolgsgrundament einer auf Investorenbedürfnisse zugeschnittenen Emissionstätigkeit. Hauptrefinanzierungswährungen der KfW werden weiterhin Euro und US-Dollar bleiben. Neben britischem Pfund, australischem Dollar und japanischem Yen wird zukünftig auch weiterhin asiatischen Währungen, insbesondere dem chinesischen Renminbi, eine wachsende Bedeutung am Refinanzierungsmix der KfW zugeschrieben. Insgesamt rechnet die KfW damit, dass sie von der zunehmenden Währungsdiversifikation der Zentralbanken und großer Investoren weiter profitieren kann. Banken, die zur Liquiditätssicherung aus regulatorischen Gründen stärker risikoarme, liquide Anlagemöglichkeiten suchen, werden ebenfalls als langfristige Investoren an Bedeutung gewinnen. Bei der eigenen Anlage- und Investitionsstrategie zur Liquiditätssicherung beabsichtigt die KfW, dem Aspekt der Nachhaltigkeit weiter besondere Bedeutung beizumessen.

Für das Jahr 2013 geht die KfW in der aktuellen Ergebnisplanung für den Konzern von einem Gesamtergebnis leicht oberhalb von 1 Mrd. EUR aus. Grundannahme dieser Ergebnisprognose ist eine allmähliche Stabilisierung der Eurokrise in Verbindung mit einem moderaten Wirtschaftswachstum auf dem Niveau von 2012. Vor diesem Hintergrund werden allenfalls leicht steigende Zinsen erwartet. Auch für das Jahr 2013 werden damit weiterhin signifikante Ergebnisbeiträge aus dem Zinsüberschuss erwartet, der sich neben Margen auch aus dem - allerdings im Vergleich zu 2012 niedrigeren - Zinsstrukturergebnis und weiterhin günstig eingeschätzten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW ergibt. Ergebnismindernd wirkt die Risikovorsorge, die in der Planung entsprechend unseren erwarteten Verlusten leicht oberhalb des Niveaus von 2012 liegt. Ferner wird es im Jahr 2013 aufgrund mehrerer Vorhaben zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen sowie der in den Vorjahren gestarteten Initiativen und Großprojekte zur Modernisierung der KfW zu einer erneuten Erhöhung des Verwaltungsaufwands kommen.

In einer vom erwarteten Szenario abweichenden Betrachtung, in der von einer raschen Eindämmung der europäischen Staatsschuldenkrise und einem damit einhergehenden starken Wirtschaftswachstum ausgegangen wird, käme es zu schneller und stärker steigenden Zinsen über die gesamte Zinsstrukturkurve, was zu einer deutlichen Reduzierung des Zinsüberschusses führen würde. In diesem Szenario würde die notwendige Risikovorsorge allerdings geringer ausfallen, sodass sich die Ertragslage gegenläufig stabilisieren würde. In einem dritten Szenario wurde von einer Fortsetzung der Eurokrise mit einer länger andauernden Rezession in der Eurozone ausgegangen. In einer derartigen Situation ist mit einer weiteren Verflachung der Zinskurve auf einem sehr niedrigen Niveau zu rechnen. Auch in diesem Fall käme es zu einer Belastung des Zinsüberschusses der KfW, weil sich das Potenzial für Ergebnisbeiträge aus dem Zinsstrukturmanagement und der Anlage des Eigenkapitals weiter einschränken würde und davon auszugehen wäre, dass es zu höheren Belastungen aus der Kreditrisikovorsorge kommt.

Die Ergebnisplanung der KfW ist vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Eurozone nach wie vor durch ein hohes Maß an Unsicherheit geprägt, die dazu führen kann, dass das tatsächliche Ergebnis von der Planung abweicht. Diese Unsicherheit besteht insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der Zinssätze und der Wechselkurse, die maßgeblich den Ergebnisbeitrag des Zinsüberschusses beeinflussen, aber auch hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Refinanzierungskonditionen der KfW sowie der Kreditrisiken.

Im Jahr 2012 wurden die Personalbeschaffungsaktivitäten in Bezug auf die Initiativen und Großprojekte zur umfassenden Modernisierung der Bank forciert. Die weitere Intensivierung des Modernisierungsprozesses zur Entwicklung von marktgerechten, zukunfts- und leistungsfähigen Strukturen und Prozessen sowie die Schaffung eines bedarfsgerechten Leistungsspektrums der KfW werden durch den Bereich Personal auch im Jahr 2013 maßgeblich unterstützt.

Aufgrund der Fokussierung im Jahr 2013 auf hausinterne Personalbewegungen erwartet die Bank im Jahr 2013 im Vergleich zu den Vorjahren nur ein moderates Personalwachstum. Eine Aufstockung des Personalbestandes wird vornehmlich Wachstumsgeschäftsfeldern vorbehalten sein. Die Investition in Ausbildungsplätze wird weiterhin für die Bank ein wesentlicher Bestandteil vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Verantwortung gegenüber der jungen Generation sein. Sie wird sich an den Gegebenheiten der Modernisierung orientieren.

#### Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Verwaltungsrat der KfW haben beschlossen, die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW anzuerkennen. Die Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK enthält der Corporate Governance Bericht der KfW.

#### Jahresabschluss der KfW 2012

#### Bilanz der KfW zum 31.12.2012

##### Aktivseite

	31.12.2012			31.12.2011		31.12.2011	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Barreserve							
a) Kassenbestand			202			0	
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			5.959.345			997	
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.959.345			5.959.546	997		997
2. Forderungen an Kreditinstitute							
a) täglich fällig			160.445			4.418	
b) andere Forderungen			319.291.669	319.452.114		316.435	320.853
3. Forderungen an Kunden				94.458.483			79.642
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert							
darunter: Kommunalkredite	63.328.708				52.947		

	31.12.2012		31.12.2011		31.12.2011		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere							
a) Geldmarktpapiere							
aa) von öffentlichen Emittenten		0				0	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				0		
ab) von anderen Emittenten		680.804	680.804			300	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0				0		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen							
ba) von öffentlichen Emittenten		5.705.003				4.142	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5.585.827				3.978		
bb) von anderen Emittenten		20.937.193	26.642.196			22.218	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	15.884.842				16.459		
c) eigene Schuldverschreibungen			14.134.689	41.457.689		14.097	40.757
Nennbetrag	14.728.931				14.720		
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				345.991			12.365
6. Beteiligungen				750.444			605
darunter: an Kreditinstituten	41.047				40		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0		
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				3.069.857			2.554
darunter: an Kreditinstituten	306.852				307		
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	0				0		
8. Treuhandvermögen				18.204.249			16.426
darunter: Treuhandkredite	17.211.332				16.166		
9. Immaterielle Anlagewerte							
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				35.315			12
10. Sachanlagen				873.135			862
11. Sonstige Vermögensgegenstände				10.650.557			15.622
12. Rechnungsabgrenzungsposten				2.260.621			2.286
13. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG				26.412			27
Summe der Aktiva				497.544.413			493.008

#### Passivseite

	31.12.2012		31.12.2011		31.12.2011		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
a) täglich fällig			20.745.062			17.337	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			8.588.587	29.333.650		9.745	27.082
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
a) andere Verbindlichkeiten							
aa) täglich fällig		806.485				862	
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		14.428.725	15.235.210	15.235.210		20.873	21.735
3. Verbriefte Verbindlichkeiten							
a) begebene Schuldverschreibungen			404.659.410	404.659.410		399.160	399.160
4. Treuhandverbindlichkeiten				18.204.249			16.426
darunter: Treuhandkredite	17.211.332				16.166		
5. Sonstige Verbindlichkeiten				102.951			141
6. Rechnungsabgrenzungsposten				5.738.084			6.529
7. Rückstellungen							
			822.591			765	

	31.12.2012				31.12.2011		31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen							
b) andere Rückstellungen			1.165.835	1.988.425		1.309	2.074
8. Abführungspflichten nach DMBiG				500			0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				3.246.589			3.247
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				2.350.000			1.700
11. Eigenkapital							
a) eingefordertes Kapital		0				0	
gezeichnetes Kapital		3.750.000				3.750	
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		(450.000)	3.300.000			(450)	
b) Kapitalrücklage			6.196.989			5.947	
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.900.000				4.650		
Zuführung	250.000				0		
c) Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens			1.113.262			1.056	
Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen	57.598				79		
d) Gewinnrücklagen							
da) gesetzliche Rücklage gem. § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz		1.875.000				1.875	
db) Sonderrücklage gem. § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz		4.152.488				2.688	
dc) Sonderrücklage gem. § 17 Abs. 4 DMBiG		47.607	6.075.095	16.685.345		48	14.914
Summe der Passiva				497.544.413			493.008
1. Eventualverbindlichkeiten							
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			6.286.314	6.286.314		10.645	10.645
2. Andere Verpflichtungen							
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			46.578.409	46.578.409		51.911	51.911

### Gewinn- und Verlustrechnung 01.01. bis 31.12.2012

#### Aufwendungen

	01.01.-31.12.2012				01.01.-31.12.2011		01.01.-31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinsaufwendungen				9.681.213			10.419
2. Vertragsgemäße Zuführung von Zinsen zur Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens				57.598			79
3. Provisionsaufwendungen				217.979			203
4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen							
a) Personalaufwand							
aa) Löhne und Gehälter		323.163			285		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		141.055	464.218		49	334	
darunter: für Altersversorgung	98.653				11		
b) andere Verwaltungsaufwendungen			280.319	744.537		216	550
5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				33.993			30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				54.340			31
7. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				650.000			1.100
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				0			101
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				5.915			6
10. Abschreibungen auf Sonderverlustkonto gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG				107			0
11. Ergebnis				1.463.928			548
Summe der Aufwendungen				12.909.610			13.067
1. Jahresüberschuss				1.463.928			548
2. Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0			0

	01.01.-31.12.2012				01.01.-31.12.2011		01.01.-31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
3. Entnahmen aus der Kapitalrücklage				0			0
4. Entnahmen aus Gewinnrücklagen							
a) aus der gesetzlichen Rücklage § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz			0			0	
b) aus der Sonderrücklage § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz			0	0		0	0
5. Einstellungen in Gewinnrücklagen							
a) in die gesetzliche Rücklage § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz			0			-37	
b) in die Sonderrücklage § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz			-	-1.463.928		-511	-548
			1.463.928				
6. Bilanzgewinn/Bilanzverlust				0			0

#### Erträge

	01.01.-31.12.2012				01.01.-31.12.2011		01.01.-31.12.2011
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinserträge aus							
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			11.516.980			11.665	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			562.760	12.079.740		682	12.347
2. Laufende Erträge aus							
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			49			0	
b) Beteiligungen			9.530			14	
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0	9.579		0	14
3. Provisionserträge				365.200			356
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				323.035			244
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				15.331			0
6. Sonstige betriebliche Erträge				116.726			106
Summe der Erträge				12.909.610			13.067

#### Anhang

Der Jahresabschluss der KfW wurde entsprechend den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Gesetzes über die KfW aufgestellt. Zusätzlich wurden die besonderen Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Mark-Bilanz-Gesetz - DMBilG) beachtet.

Die Gliederung für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde erweitert um einen gesonderten Ausweis der Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens und die hierfür vorgenommene vertragsgemäße Zuführung von Zinsen sowie die nachträglich vermerkten Zuführungen zu den Kapitalrücklagen. Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang vorzunehmen sind, erfolgen im Anhang.

Die Barreserve, die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, dem Nennbetrag oder einem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und niedrigerem Zahlungsbetrag von Forderungen werden in den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind, soweit sie nicht gesichert sind, nach dem strengen Niederstwertprinzip, Wertpapiere des Anlagevermögens grundsätzlich gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Teilweise werden Wertpapiere mit den zu ihrer Kurssicherung eingesetzten Zinssicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswap-Geschäften) zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Es sind keine Wertpapiere dem Handelsbestand zugeordnet. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen werden vorgenommen. Strukturierte Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden als Einheit bilanziert und zum strengen Niederstwert bewertet.

Die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei Bedarf werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden als Sammelposten erfasst und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Die KfW weist zum 31.12.2012 Finanzinstrumente mit einem Buchwert von 10,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 11,2 Mrd. EUR), die bislang unter dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen wurden, erstmals unter den Forderungen an Kunden aus. Die Ausweisänderung erfolgt vor dem Hintergrund angepasster Bilanzierungsregeln im Zusammenhang mit dem Abschluss ähnlich ausgestalteter Transaktionen im Geschäftsjahr, bei denen aufgrund des stärkeren Forderungscharakters ein Ausweis unter den



Forderungen sachgerecht ist. Mit dem einheitlichen Ausweis der Verträge wird ein besser den tatsächlichen Verhältnissen der Vermögenslage der KfW entsprechendes Bild vermittelt. Die Vorjahreswerte wurden nicht angepasst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert, Unterschiedsbeträge zwischen einem vereinbarten höheren Rückzahlungsbetrag und dem Ausgabebetrag werden in den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der "Richttafeln 2005 G" von Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Bei den Berechnungen wurden für die KfW die Projected-Unit-Credit-Methode mit einem Rechnungszins von 5,04 % gemäß § 253 Absatz 2 HGB, Anwartschaftsdynamiken im Bereich von 2,20 % bis 3,00 % in Abhängigkeit von der Tarifeinstufung, Rentendynamiken zwischen 1,00 % und 2,50 % in Abhängigkeit von der Versorgungsordnung und einer Fluktuationsrate in Höhe von 1,40 % für den Gesamtbestand der aktiven Mitarbeiter angewendet. Die anderen Rückstellungen werden in Höhe ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme unter Berücksichtigung zukünftiger Preis-/Kostensteigerungen ausgewiesen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mittels der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinsen auf den Bilanzstichtag diskontiert.

Den Risiken, die aufgrund der Geschäftsstruktur der KfW überwiegend aus dem Kreditgeschäft resultieren, wird durch Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Die Zuführungs- und Auflösungsbeträge werden netto in dem Posten Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft bzw. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft ausgewiesen. Von den Verrechnungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 340 c Absatz 2 HGB sowie § 340 f Absatz 3 HGB wird Gebrauch gemacht. Bei leistungsgestörten Kreditforderungen findet die Vereinnahmung von Zinserträgen grundsätzlich auf Basis der Erwartungen statt.

Die Bewertung von zinsbezogenen Geschäften im Bankbuch ("Refinanzierungsverbund") folgt der Steuerung des Zinsänderungsrisikos in der KfW. Dabei wird dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip dadurch Rechnung getragen, dass für einen etwaigen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung des zinsinduzierten Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 340 a i. V. m. § 249 Absatz 1 Satz 1, 2. Alternative HGB zu bilden ist. Die Anforderungen der IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung des Bankbuchs (BFA 3) werden berücksichtigt. Zur Bestimmung eines etwaigen Verpflichtungsüberschusses ermittelt die KfW dabei den Saldo aller diskontierten zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs. Neben dem Zinsergebnis werden die relevanten Verwaltungskosten sowie Risikokosten in Höhe der erwarteten Ausfälle einbezogen. Im Berichtsjahr bestand keine Notwendigkeit zur Bildung einer solchen Drohverlustrückstellung.

#### Angaben zu Aktiva

##### Forderungen an Kreditinstitute

	Restlaufzeit					Anteilige Zinsen Mio. EUR	Insgesamt Mio. EUR
	Täglich fällig Mio. EUR	bis drei Monate Mio. EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	mehr als fünf Jahre Mio. EUR		
31.12.2012	161	44.296	36.438	127.303	106.129	5.125	319.452
31.12.2011	4.418	52.008	25.542	126.405	106.213	6.267	320.853
darunter (Vorjahr):							
an verbundene Unternehmen						20.643	(20.167)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						30	(16)
ohne Haftungsverpflichtung durchleitender Banken						3.010	(3.898)
Nachrangige Vermögensgegenstände						2.199	(2.404)

##### Forderungen an Kunden

	Restlaufzeit					Anteilige Zinsen Mio. EUR	Insgesamt Mio. EUR
	Mit unbestimmter Laufzeit Mio. EUR	bis drei Monate Mio. EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	mehr als fünf Jahre Mio. EUR		
31.12.2012	0	16.679	8.677	29.002	39.437	663	94.458
31.12.2011	0	7.245	5.549	37.848	28.156	844	79.642
darunter (Vorjahr):							
an verbundene Unternehmen						54	(678)
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						32	(33)
Nachrangige Vermögensgegenstände						4.952	(5.964)

##### Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltene Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden:

##### Im Folgejahr fällig werdend

	31.12.2012	31.12.2011
	Mio. EUR	Mio. EUR
Bilanzstichtag		
Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen	4.337	3.589
Nominalwert	4.282	3.609
Eigene Schuldverschreibungen	3.716	376
Nominalwert	3.688	369
Summe	8.053	3.965
Nominalwert	7.970	3.978

**In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind enthalten:**

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	38.957
Nicht börsennotierte Wertpapiere	2.501
Börsenfähige Wertpapiere	41.458

Zum Bilanzstichtag sind in dem Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nachrangige Wertpapiere mit einem Buchwert von 21 Mio. EUR (Vorjahr: 24 Mio. EUR) enthalten.

**Pensionsgeschäfte**

Im Rahmen von echten Pensionsgeschäften (Repo-Geschäften) wurden Wertpapiere im Buchwert von 955 Mio. EUR in Pension gegeben.

**Anlagevermögen**

**Anlagespiegel zum 31.12.2012**

	Veränderungen (7)	Restbuchwert 31.12.2012 (8)	Restbuchwert 31.12.2011 (9)
	TEUR	TEUR	TEUR
Beteiligungen	145.519	750.444	604.925
Anteile an verbundenen Unternehmen	515.871	3.069.857	2.553.986
Wertpapiere des Anlagevermögens	880.571	25.186.247	24.305.676
Summe	1.541.961	29.006.548	27.464.587

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten <sup>2)</sup> (1)	Zugänge (2)	Abgänge (3)	Umbuchungen (4)	Zuschreibungen (5)	Abschreibungen/ Wertberichtigungen Kumuliert (6)
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte	26.048	28.733	2.564	0	0	16.902
Sachanlagen <sup>3)</sup>	1.106.308	39.902	39.428	0	0	233.647
Summe	1.132.356	68.635	41.992	0	0	250.549
Insgesamt						

	Abschreibungen/ Wertberichtigungen 2012 (7)	Restbuchwert 31.12.2012 (8)	Restbuchwert 31.12.2011 (9)
	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte	5.944	35.315	12.526
Sachanlagen <sup>3)</sup>	28.049	873.135	861.928
Summe	33.993	908.450	874.454
Insgesamt		29.914.998	28.339.041

<sup>1)</sup> Einschließlich Kursdifferenzen.

<sup>2)</sup> Von der Erleichterungsmöglichkeit gemäß Artikel 31 Abs. 6 EGHGB wurde Gebrauch gemacht.

<sup>3)</sup> Davon zum 31.12.2012: - Gesamtbetrag der im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzten Grundstücke und Gebäude 820.646 TEUR  
- Gesamtbetrag der Betriebs- und Geschäftsausstattung 52.489 TEUR.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und deshalb grundsätzlich bis zur Endfälligkeit gehalten werden, werden den Wertpapieren des Anlagevermögens zugeordnet. Sie sind getrennt von den Wertpapieren des Umlaufvermögens erfasst und werden grundsätzlich gemäß gemildertem Niederstwertprinzip bewertet.

Der Buchwert der börsenfähigen, nicht mit dem Niederstwert bewerteten Wertpapiere des Anlagevermögens beträgt zum 31.12.2012 25.060 Mio. EUR. Darin enthalten sind Wertpapiere, deren Buchwert in Höhe von 7.656 Mio. EUR über dem beizulegenden Zeitwert von 7.391 Mio. EUR liegt. Auf eine Abschreibung wurde im Hinblick auf die Dauerbesitzabsicht bis zur Endfälligkeit der Wertpapiere verzichtet.

In dem Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	0
Nicht börsennotierte Wertpapiere	346

Mio. EUR  
346

Börsenfähige Wertpapiere  
Der Wertpapierbestand ist vollumfänglich dem Umlaufvermögen zugeordnet.

#### Angaben zum Anteilsbesitz

##### Name und Sitz der Gesellschaft, an der mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden

	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
1 DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln <sup>1)</sup>	100,0	1.829.147	128.860
2 KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main <sup>1)</sup>	100,0	1.517.349	-609.141
3 KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn <sup>1)</sup>	100,0	359.315	15.870
4 Astra Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main <sup>2)</sup>	100,0	1.500	27
5 KfW International Finance Inc. i.L., Delaware, USA	100,0	0	0
6 AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München <sup>2)</sup>	47,5	24.174	-7.333
7 Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Berlin <sup>2)</sup>	26,0	5.342	119
8 Berliner Energieagentur GmbH, Berlin <sup>2)</sup>	25,0	3.982	436
9 Mittelstandsfonds Hamburg MHH GmbH & Co. KG, Hamburg <sup>2)</sup>	24,9	10.426	357
10 eCapital Technologies Fonds II GmbH & Co. KG, Münster <sup>2)</sup>	24,8	25.318	-548
11 Microfinance Enhancement Facility S.A., Luxemburg, Luxemburg <sup>2)</sup>	24,7	216.443	5.460
12 Galaxy S.à r.l., Luxemburg, Luxemburg <sup>3)</sup>	20,0	146.507	22.176
13 Post 2012 Carbon Credit Fund CV, Amsterdam, Niederlande <sup>2)</sup>	20,0	104	-30.684

<sup>1)</sup> Letzter vorliegender Abschluss 31.12.2012.

<sup>2)</sup> Letzter vorliegender Abschluss 31.12.2011.

<sup>3)</sup> Letzter vorliegender Abschluss 30.06.2011.

#### In dem Posten Beteiligungen sind enthalten:

	Mio. EUR
Börsennotierte Wertpapiere	2
Nicht börsennotierte Wertpapiere	29
Börsenfähige Wertpapiere	31

#### Anteile an Investmentvermögen

	Anteil am Gesamtvermögen in %	Buchwert TEUR	Ausschüttungen TEUR	Möglichkeit der täglichen Rückgabe
Fonds Atlantik	100,0	111.483	0	Ja
Fonds Frankfurt I	100,0	234.508	0	Ja
Galaxy S.à r.l. SICAR	20,0	2.293	0	Nein
Post 2012 Carbon Credit Fund CV	20,0	0	0	Nein
Global Climate Partnership Fund SA, SICAV-SIF	19,5	17.811	0	Nein
Europäischer Fonds für Südosteuropa S.A., SICAV-SIF	18,9	135.967	3.870	Nein
Rural Impulse Fund II S.A. SICAF-SIF	16,5	5.967	0	Nein
Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A., SICAV-SIF	16,5	25.000	301	Nein
Advans S.A., SICAR	14,7	5.380	0	Nein
Fondaco Società di Gestione del Risparmio S.P.A. (vormals Fondo PPP Italia)	14,6	9.872	401	Nein
2020 European Fund for Energy, Climate Change and Infrastructure SICAV	14,1	25.250	0	Nein

Für die am 31.12.2012 im Bestand befindlichen Fonds liegen Marktwerte in Höhe von 258,1 Mio. EUR für Frankfurt I und in Höhe von 133,0 Mio. EUR für Atlantik vor. Es handelt sich bei beiden Fonds um Spezial-Sondervermögen, die im IFRS-Konzernabschluss konsolidiert werden. Im Rahmen der bereits in den Vorjahren eingeschlagenen Wertpapierstrategie erfolgte 2012 die planmäßige weitere Reduzierung der Anteile an Spezialfonds. Die übrigen Anteile an Investmentvermögen dienen im Wesentlichen der Stärkung und Förderung von Projekten des Klimaschutzes, erneuerbarer Energien und des Infrastrukturausbaus. Die Beschränkung der Möglichkeit einer täglichen Rückgabe resultiert aus der langfristigen Ausrichtung der Fonds und des speziellen Kreises der Investoren. Es handelt sich im Wesentlichen um illiquide Anlagevehikel.

Die Investments sind werthaltig und unterliegen einem regelmäßigen Bewertungsprozess.

#### Sonstige Vermögensgegenstände

Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen den Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung von Derivaten (10.024 Mio. EUR), die im Rahmen der Steuerung der Fremdwährungspositionen eingesetzt werden. Daneben wird die Forderung an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in Höhe von 582 Mio. EUR aufgrund des der KfW zugewiesenen Versicherungsgeschäfts der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SinA) ausgewiesen. Der Forderung stehen versicherungstechnische Rückstellungen in gleicher Höhe gegenüber.

#### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die in dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthaltenen Unterschiedsbeträge zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten betragen 859 Mio. EUR (Vorjahr: 851 Mio. EUR).

#### Angaben zu Passiva

##### Fristenstruktur der aufgenommenen Mittel

	Täglich fällig Mio. EUR	bis drei Monate Mio. EUR	Restlaufzeit			Anteilige Zinsen Mio. EUR	Insgesamt Mio. EUR
			mehr als drei Monate bis ein Jahr Mio. EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre Mio. EUR	mehr als fünf Jahre Mio. EUR		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten							
zum 31.12.2012	20.745	1.191	273	1.543	1.548	4.034	29.334
zum 31.12.2011	17.337	1.687	123	1.211	1.761	4.963	27.082
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden							
zum 31.12.2012	882	2.556	1.277	6.075	4.106	339	15.235
zum 31.12.2011	862	5.392	4.393	6.550	4.083	455	21.735
zum 31.12.2012	21.627	3.747	1.550	7.618	5.654	4.373	44.569
in %	49	8	3	17	13	10	100
Im Folgejahr fällig werdend:							
Verbriefte Verbindlichkeiten - begebene Schuldverschreibungen							
zum 31.12.2012							95.960
zum 31.12.2011							87.344

#### Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Verbriefte und unverbrieftete Verbindlichkeiten			
	gegenüber verbundenen Unternehmen		gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	2012 Mio. EUR	2011 Mio. EUR	2012 Mio. EUR	2011 Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	101	50	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	266	142	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.294	840	0	0
Insgesamt	1.661	1.032	0	0

#### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den Passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 1.849 Mio. EUR (Vorjahr: 2.305 Mio. EUR) erfasst.

#### Rückstellungen

Neben den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 823 Mio. EUR werden zum 31.12.2012 andere Rückstellungen in Höhe von 1.166 Mio. EUR ausgewiesen, die im Wesentlichen versicherungstechnische Rückstellungen im Zusammenhang mit der Übertragung des Versicherungsgeschäfts der SinA und Rückstellungen zur Absicherung künftiger Zinsbelastungen aus der Übertragung des ERP-Sondervermögens betreffen.

Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit einem Bilanzansatz zum 31.12.2012 von 159 Mio. EUR hat die KfW das Beibehaltungswahlrecht nach Artikel 67 Absatz 1 Satz 4 EGHGB ausgeübt. Der Wert nach Diskontierung mit dem geltenden Bundesbankzinssatz beträgt 146 Mio. EUR.

Aufwendungen in Höhe von 36 Mio. EUR, die aus der Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen resultieren, werden unter dem Zinsaufwand ausgewiesen.

#### Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 01.07.2007 hat das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von 3.247 Mio. EUR gewährt. Das Darlehen ist in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Kapitalbindungsfrist aller Tranchen endet am 31.12.2017. Die Tranchen werden mit einem Zinssatz von 4,5 % p. a. verzinst.

Für das Nachrangdarlehen besteht keine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die KfW. Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes.

Die Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 146 Mio. EUR.

#### Eigenkapital

	31.12.2011 Mio. EUR	Jahresüberschuss Mio. EUR	Sonstige Veränderungen Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital der KfW	3.750	0	0	3.750
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-450	0	0	-450
Kapitalrücklage	5.947	0	250	6.197
darunter Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	4.650	0	250	4.900
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.056	0	58	1.113
Erwirtschaftete Gewinne				
a) gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz	1.875	0	0	1.875
b) Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz	2.689	1.464	0	4.153
c) Sonderrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	48	0	0	48
<b>Eigenkapital</b>	<b>14.914</b>	<b>1.464</b>	<b>308</b>	<b>16.685</b>

Die Förderrücklage des ERP-Sondervermögens betrifft den im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung im Geschäftsjahr 2007 durch das ERP-Sondervermögen eingebrachten Betrag, der 2012 um weitere 250 Mio. EUR aufgestockt wurde.

Der Jahresüberschuss 2012 wird in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Zum Jahresende 2012 beträgt das Eigenkapital der KfW 16.685 Mio. EUR.

#### Weitere vermerkpflichtige Angaben zu Passiva

##### Eventualverbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen betragen 6.286 Mio. EUR. Von dem Gesamtbetrag zum 31.12.2012 entfallen 4.557 Mio. EUR auf Plattformverbriefungen, im Wesentlichen PROMISE-/PROVIDE-Geschäfte.

Über die Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE können Kreditinstitute synthetisch Kreditrisiken aus Mittelstandskreditportfolios bzw. privaten Wohnungsbaukrediten in den Kapitalmarkt transferieren. Zum Bilanzstichtag beläuft sich das Verbriefungsvolumen über die Plattform auf 4.557 Mio. EUR, wovon 4.556 Mio. EUR über Credit Default Swaps bzw. über Credit-Linked Schuldscheine besichert sind. Mit den verbleibenden 1 Mio. EUR hat die KfW Risiken aus Senior-Tranchen einbehalten.

Das Risiko in diesem Plattformgeschäft wird maßgeblich durch die Qualität der verbrieften Portfolios beeinflusst. Da die KfW im Rahmen dieses Geschäftszweigs Tranchen mit höherer Ausfallwahrscheinlichkeit an den Kapitalmarkt weitergibt und selbst nur Senior-Tranchen mit bester Bonität einbehalten hat, ist von einem sehr geringen Ausfallrisiko seitens der KfW auszugehen.

Daneben sind unter anderem Bürgschaften für Sonderkredite von 516 Mio. EUR, für Flugzeugfinanzierungen von 321 Mio. EUR, für Auslandskredite von 182 Mio. EUR und für Exportfinanzierungen von 173 Mio. EUR enthalten.

Die Eventualverbindlichkeiten werden um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt. Den Risiken aus diesen Geschäften wird durch die Bildung von Portfolio- bzw. Individual-Rückstellungen Rechnung getragen.

Eventualverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 49 Mio. EUR.

##### Andere Verpflichtungen

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 46.578 Mio. EUR betreffen mit 28.003 Mio. EUR Investitionsfinanzierungen, wobei der größte Anteil auf die KfW Privatkundenbank mit 11.300 Mio. EUR, auf die KfW Kommunalbank mit 7.376 Mio. EUR und auf die KfW Mittelstandsbank mit 7.156 Mio. EUR entfällt, mit 10.233 Mio. EUR Export- und Projektfinanzierungen, mit 8.009 Mio. EUR Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer, mit 264 Mio. EUR Avalkredite sowie mit 69 Mio. EUR Forward Forward Deposits.

Den Risiken aus diesen Geschäften wird durch die Bildung von Portfolio- bzw. Individual-Rückstellungen Rechnung getragen.

Unwiderrufliche Kreditzusagen gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 1.971 Mio. EUR.

##### Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Die ausgewiesenen Treuhandposten betreffen im Wesentlichen Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Das Treuhandvermögen beinhaltet Treuhandkredite in Höhe von 17.211 Mio. EUR.

#### Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

##### Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde im Geschäftsjahr 2012 mit 650 Mio. EUR auf 2.350 Mio. EUR dotiert. Der Ausweis erfolgt in einem gesonderten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Bildung des Fonds für allgemeine Bankrisiken richtet sich auf die Sicherung gegen die allgemeinen geschäftsspezifischen Risiken.

#### Geografische Märkte

Auf eine geografische Aufgliederung der Gesamtbeträge bestimmter Ertragsposten gemäß § 34 Absatz 2 Nummer 1 RechKredV wurde verzichtet, da die KfW keine Auslandsfilialen unterhält.

### **Sonstige vermerkpflichtige Angaben**

#### **Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung**

Die auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie die am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte sind zum Devisenkassamittelkurs in Euro umgerechnet worden.

Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung im Sinne des § 340 h HGB in Verbindung mit § 256 a HGB an.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden unter Beachtung der §§ 277 Absatz 5 Satz 2, 340 h HGB brutto unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (12 Mio. EUR, Vorjahr: 9 Mio. EUR) und Sonstigen betrieblichen Erträgen (10 Mio. EUR, Vorjahr: 12 Mio. EUR) ausgewiesen.

Wechselkursbedingte Wertänderungen der in fremden Währungen gebildeten Einzelwertberichtigungen sind ebenso unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bzw. Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Zum 31.12.2012 betrug der gemäß § 340 h HGB umgerechnete Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände 41 Mrd. EUR, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten 234 Mrd. EUR.

#### **Sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Im Rahmen von Beteiligungsfinanzierungen bestehen Resteinzahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 444 Mio. EUR.

Mitarbeiter der KfW oder von der KfW beauftragte Dritte übernehmen in Einzelfällen Organfunktionen bei Gesellschaften, an denen die KfW Beteiligungen hält oder ein sonstiges relevantes Gläubigerverhältnis besteht. Die daraus resultierenden Risiken werden grundsätzlich durch Vermögensschadenhaftpflichtversicherungen (D&O-Versicherungen) der jeweiligen Gesellschaft abgedeckt. Für den Fall, dass kein wirksamer Versicherungsschutz besteht, können sich gegebenenfalls Haftungsrisiken für die KfW ergeben.

#### **Derivatebericht**

Die KfW setzt im Wesentlichen zur Absicherung von Zinsänderungs-, Wechselkurs-, sonstigen Preis- und Kreditrisiken folgende Termingeschäfte/derivative Produkte ein:

##### **1. Zinsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte**

- Zinsswaps
- Zinsoptionen, Swaptions
- Zinsbegrenzungsvereinbarungen

##### **2. Währungsbezogene Termingeschäfte/derivative Produkte**

- Zins- und Währungsswaps
- Devisenswaps
- Devisenkassageschäfte
- Devisentermingeschäfte

##### **3. Aktienkurs- und sonstige preisrisikobezogene Termingeschäfte/derivative Produkte**

- Aktienoptionen
- Klimaschutz-/CO<sub>2</sub> -Zertifikate-Terminkäufe und -verkäufe

##### **4. Kreditderivate**

- Single Name Credit Default Swaps

Die nachfolgende Darstellung der derivativen Geschäfte richtet sich nach den Anforderungen der §§ 285 Nummer 19 HGB, 36 RechKredV. Darin werden die positiven und negativen Marktwerte der Derivate zum 31.12.2012 offengelegt.

Die Berechnung erfolgt für alle Kontraktarten nach der Marktbewertungsmethode. Soweit für die derivativen Instrumente keine Marktwerte feststellbar waren, wurden ersatzweise Werte mittels Marktparametern errechnet, deren Ermittlung auf allgemein anerkannten Optionspreismodellen und Barwertberechnungen basiert.

Erworbene bzw. geschriebene Optionen werden in Höhe der gezahlten Prämie als Sonstige Vermögensgegenstände bzw. als Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen.

#### Volumina

	Nominalwert 31.12.2012 Mio. EUR	Nominalwert 31.12.2011 Mio. EUR	Marktwert positiv 31.12.2012 Mio. EUR	Marktwert negativ 31.12.2012 Mio. EUR
Kontrakte mit Zinsrisiken				
Zinsswaps	483.566	479.555	26.173	26.889
Zinsoptionen				
davon: Käufe	0	0	0	0
davon: Verkäufe	0	0	0	0
Zinsbegrenzungsvereinbarungen <sup>1)</sup>	75	226	0	0
Insgesamt	483.641	479.781	26.173	26.889
Kontrakte mit Währungsrisiken				
Zins- und Währungsswaps	212.947	213.448	18.465	4.977
Devisenswaps	20.185	23.421	88	418
Devisentermingeschäfte	94	198	2	2
Devisenkassageschäfte	0	3	0	0
Insgesamt	233.226	237.070	18.555	5.397
Aktien- und sonstige Preisrisiken <sup>2)</sup>	93	768	41	40
Kreditderivate <sup>3)</sup>				
davon: Käufe	0	150	0	0
davon: Verkäufe	0	0	0	0
Insgesamt	0	150	0	0

<sup>1)</sup> Ausweis der separat gehandelten Zinsbegrenzungsvereinbarungen.

<sup>2)</sup> Verzicht auf den Ausweis von eingebetteten Derivaten.

<sup>3)</sup> Hier: Single Name Credit Default Swaps.

#### Restlaufzeiten

Nominalwerte	Zinsrisiken <sup>1)</sup>		Währungsrisiken		Sonstige Preisrisiken <sup>1)</sup>	
	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR
Restlaufzeit						
bis drei Monate	16.193	21.807	29.370	32.414	6	4
mehr als drei Monate bis ein Jahr	49.880	41.758	22.970	26.337	66	2
mehr als ein bis fünf Jahre	230.237	226.033	119.640	113.839	8	752
mehr als fünf Jahre	187.331	190.183	61.246	64.480	13	10
Insgesamt	483.641	479.781	233.226	237.070	93	768
Nominalwerte					Kreditderivate <sup>2)</sup>	
					31.12.2012 Mio. EUR	31.12.2011 Mio. EUR
Restlaufzeit						
bis drei Monate					0	50
mehr als drei Monate bis ein Jahr					0	100
mehr als ein bis fünf Jahre					0	0
mehr als fünf Jahre					0	0
Insgesamt					0	150

<sup>1)</sup> Darstellung der derivativen Finanzinstrumente ohne eingebettete Derivate.

<sup>2)</sup> Hier: Single Name Credit Default Swaps.

#### Kontrahenten

	Nominalwert 31.12.2012 Mio. EUR	Nominalwert 31.12.2011 Mio. EUR	Marktwert positiv 31.12.2012 Mio. EUR	Marktwert negativ 31.12.2012 Mio. EUR
OECD-Banken	677.753	678.417	43.253	28.942
Banken außerhalb OECD	61	64	0	8
Sonstige Kontrahenten	31.825	30.553	1.374	2.942
Öffentliche Stellen	7.321	8.735	142	434
Insgesamt	716.960	717.769	44.769	32.326

Nachfolgend wird über Bewertungseinheiten gemäß §§ 254 bzw. 285 Nummer 23 HGB berichtet.

In der Tabelle sind die in Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungsrisiken abgesicherten Volumina der Grundgeschäfte von Wertpapieren des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve zum Abschlussstichtag aufgeführt.

	Buchwert Mio. EUR	Nominalwert Mio. EUR	Marktwert Mio. EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	20.424	19.695	20.971
Wertpapiere der Liquiditätsreserve			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	15.480	16.016	16.700
Insgesamt	35.904	35.711	37.671

Die KfW setzt Derivate nur zur Absicherung offener Positionen ein.

Das Wahlrecht, ökonomische Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit bilanziell nachzuvollziehen, wird bei Wertpapieren des Eigenbestands und bei Terminkäufen mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten als designierte Grundgeschäfte ausgeübt. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mittels der Einfrierungsmethode.

Ein Teil der Wertpapiere des Anlagevermögens wird durch die Bildung von Mikro-Bewertungseinheiten gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert, indem festverzinsliche Wertpapiere und Absicherungsgeschäfte (im Wesentlichen Zinsswaps) zusammengeführt werden.

Aufgrund der Identität wertbeeinflussender Parameter der Grund- und Sicherungsgeschäfte wird die kompensatorische Wirkung sowohl prospektiv als auch retrospektiv mittels der Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Durch die grundsätzliche Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips im Anlagevermögen werden lediglich dauernde Wertminderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt.

Die festverzinslichen Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden ebenfalls mit Absicherungsgeschäften (im Wesentlichen Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken in Mikro-Bewertungseinheiten zusammengeführt. Etwaige Ineffektivitäten werden imparitätisch in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Daneben bestehen Bewertungseinheiten im Rahmen des Rückkaufs von Eigenemissionen, denen korrespondierende Verbriefte Verbindlichkeiten als Sicherungsgeschäft gegenübergestellt werden.

Die Terminkäufe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten (nominal 37 Mio. EUR) werden gegen das Marktpreisänderungsrisiko mittels entsprechender Terminverkäufe (nominal 37 Mio. EUR) im Rahmen eines Portfolios vollständig abgesichert.

Aufgrund der negativen Korrelation der Wertänderungen und der vergleichbaren Risiken von Grund- und Sicherungsgeschäften haben sich zum Abschlussstichtag gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme weitestgehend ausgeglichen. Im Hinblick auf die Durchhalteabsicht der Sicherungsbeziehungen ist auch künftig von sich nahezu vollständig kompensierenden Effekten hinsichtlich des abgesicherten Risikos bis zu den vorgesehenen Fälligkeiten der Bewertungseinheiten auszugehen.

Neben den Bewertungseinheiten nach § 254 HGB fließen im Rahmen der wirtschaftlichen Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch die hierfür eingesetzten derivativen Finanzinstrumente und die zinstragenden Grundgeschäfte in die Aktiv-Passiv-Steuerung ein. Die KfW steuert die Zinsmarge bzw. den Marktwert aller zinstragenden Geschäfte im Bankbuch als Gesamtheit. Darüber hinaus sind die Bewertungseinheiten Bestandteil der verlustfreien Bewertung des Zinsbuchs (BFA 3).

#### Kredite im fremden Namen für fremde Rechnung

Die Kredite im fremden Namen und für fremde Rechnung valutieren zum 31.12.2012 in Höhe von 5.256 Mio. EUR.

#### Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen und Dualstudenten ist aus den vier Quartalsendständen des Berichtsjahres ermittelt.

	2012	2011
Mitarbeiterinnen	2.035	1.868
Mitarbeiter	2.108	1.896
davon: Außertariflich Eingestufte	2.792	2.564
davon: Tariflich Eingestufte	1.351	1.200
Insgesamt	4.143	3.764

#### Bezüge und Kredite an Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

##### Jahresvergütung 2012

	Gehalt TEUR	Variable Vergütung TEUR	Sonstige Bezüge <sup>1)</sup> TEUR	Gesamt TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	680,3	250,0	97,9	1.028,2
Dr. Günther Bräunig	632,6	0,0	31,3	663,9
Dr. Norbert Kloppenburg	668,4	0,0	52,7	721,1
Dr. Edeltraud Leibrock	510,2	0,0	50,4	560,6
Bernd Loewen	514,8	0,0	46,0	560,8
Dr. Axel Nawrath	498,3	0,0	107,0	605,3
Gesamt	3.504,6	250,0	385,3	4.139,9

<sup>1)</sup> Die sonstigen Bezüge bestehen im Wesentlichen aus Dienstwagennutzung, Aufwendungen für Versicherungsbeiträge sowie darauf entfallende Steuern und Sozialabgaben. Zudem enthalten sind die Bezüge aus Aufsichtsratsmandaten in Tochterunternehmen.



Die Bezüge des Verwaltungsrats der KfW betragen 179 TEUR. Sie setzen sich strukturell wie folgt zusammen:

Die Vergütung für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat beträgt 5 TEUR p. a., im Kreditausschuss, Präsidial- sowie im Prüfungsausschuss 0,6 TEUR p. a., jeweils anteilig bei nur unterjähriger Mitgliedschaft. Die Vergütung für Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die KfW Mitglied des Verwaltungsrats sind, wurde für das Geschäftsjahr 2012 auf 0 EUR festgesetzt. Ferner wurde die Vergütung für den Vorsitzenden des KfW-Verwaltungsrats und seinen Stellvertreter ebenfalls auf 0 EUR festgesetzt.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2012 47.264 TEUR zurückgestellt. Die laufenden Bezüge betragen 3.890 TEUR.

Es bestehen weder Kredite an Mitglieder des Vorstands noch an Mitglieder des Verwaltungsrats.

#### **Honorar des Jahresabschlussprüfers**

Die KfW nimmt die Erleichterung gemäß § 285 Nummer 17 HGB in Anspruch und verweist auf die Aufgliederung der Abschlussprüferhonorare im Konzernabschluss der KfW Bankengruppe.

#### **Konzernzugehörigkeit**

Die KfW ist zum 31.12.2012 in den Konzernabschluss der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, einbezogen. Der Konzernabschluss nach IFRS wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

#### **Mandate gesetzlicher Vertreter oder anderer Mitarbeiter in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften gemäß § 267 Absatz 3 HGB**

##### **Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)**

DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln

Deutsche Post AG, Bonn Deutsche Telekom AG, Bonn

##### **Dr. Günther Bräunig**

Deutsche Pfandbriefbank AG, München

Hypo Real Estate Holding AG, München

##### **Dr. Norbert Kloppenburg**

DEG - Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln

DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Langen

Hamburger Hafen und Logistik AG, Hamburg

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

##### **Bernd Loewen**

KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main

##### **Dr. Axel Nawrath**

Saarstahl AG, Völklingen

SHS - Stahl-Holding-Saar GmbH & Co. KGaA, Dillingen

##### **Dr. Lutz-Christian Funke**

IKB - Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf

##### **Doris Köhn**

ProCredit Holding AG & Co. KGaA, Frankfurt am Main

##### **Verwaltungsrat**

##### **Dr. Wolfgang Schäuble**

Bundesminister der Finanzen

Vorsitzender

(seit 01.01.2013)

Stellvertretender Vorsitzender

(01.01.2012 bis 31.12.2012)

##### **Dr. Philipp Rösler**

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Stellvertretender Vorsitzender

(seit 01.01.2013)

Vorsitzender

(01.01.2012 bis 31.12.2012)

**Ilse Aigner**

Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

**Peter Altmaier**

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

(seit 22.05.2012)

**Norbert Barthle**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Jan Bettink**

Präsident des Verbandes Deutscher Pfandbriefbanken

Vertreter der Realkreditinstitute

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V.

Vertreter des Handels

**Volker Bouffier**

Ministerpräsident des Landes Hessen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

**Frank Bsirske**

Vorsitzender der ver.di - Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft

Vertreter der Gewerkschaften

**Jens Bullerjahn**

Stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(seit 01.01.2013)

**Helmut Dedy**

Ständiger Vertreter des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetages

Vertreter der Gemeinden

(bis 31.12.2012)

**Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann**

Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)

Vertreter der Industrie

(bis 31.12.2012)

**Ingeborg Esser**

Hauptgeschäftsführerin GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Vertreterin der Wohnungswirtschaft

**Georg Fahrenschon**

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Vertreter der Sparkassen

(seit 27.06.2012)

**Heinrich Haasis**

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes a. D.

Vertreter der Sparkassen

(bis 27.06.2012)

**Hubertus Heil**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Prof. Dr. Hans-Günter Henneke**

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages (DLT)

Vertreter der Gemeinden

(seit 01.01.2013)

**Gerhard Hofmann**

Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)

Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

**Frank Horch**

Senator der Freien und Hansestadt Hamburg

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(bis 31.12.2012)

**Bartholomäus Kalb**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Dr. Markus Kerber**

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

Vertreter der Industrie

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Karoline Linnert**

Bürgermeisterin

Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(bis 31.12.2012)

**Dr. Gesine Löttsch**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Claus Matecki**

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

**Dr. Michael Meister**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Franz-Josef Möllenberg**

Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Vertreter der Gewerkschaften

**Dirk Niebel**

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Dr. Ulrich Nußbaum**

Senator für Finanzen in Berlin

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(seit 01.01.2013)

**Dr. Peter Ramsauer**

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

**Dr. Norbert Röttgen**

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit a. D.

(bis 22.05.2012)

**Joachim Rukwied**

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V.

Vertreter der Landwirtschaft

(seit 14.11.2012)

**Hanns-Eberhard Schleyer**

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks a. D.

Vertreter des Handwerks

(bis 31.12.2012)

**Dr. Nils Schmid**

Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

**Andreas Schmitz**

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V.

Sprecher des Vorstands der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG

Vertreter der Kreditbanken

**Carsten Schneider**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vom Bundestag bestelltes Mitglied

**Holger Schwannecke**

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Vertreter des Handwerks

(seit 01.01.2013)

**Erwin Sellering**

Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(seit 01.01.2013)

**Dr. Markus Söder**

Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

**Michael Sommer**

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Vertreter der Gewerkschaften

**Gerd Sonnleitner**

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V. a. D.

Vertreter der Landwirtschaft

(bis 14.11.2012)

**Marion Walsmann**

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefin der Staatskanzlei des Freistaats Thüringen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

(bis 31.12.2012)

**Dr. Norbert Walter-Borjans**

Minister der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen

Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

**Dr. Martin Wansleben**

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)

Vertreter der Industrie

(seit 01.01.2013)

**Dr. Guido Westerwelle**

Bundesminister des Auswärtigen

**Vorstand**

**Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)**

**Dr. Günther Bräunig**

**Dr. Norbert Kloppenburg**

**Dr. Edeltraud Leibrock**

**Bernd Loewen**

**Dr. Axel Nawrath**

**Frankfurt am Main, den 29. Januar 2013**

***Dr. Ulrich Schröder, Vorstandsvorsitzender***

***Dr. Günther Bräunig***

***Dr. Norbert Kloppenburg***

***Dr. Edeltraud Leibrock***

***Bernd Loewen***

***Dr. Axel Nawrath***

**Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der KfW, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW liegen in der Verantwortung des Vorstands der KfW. Unsere Aufgabe ist

es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der KfW sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die KfW und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KfW. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der KfW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

**Frankfurt am Main, den 12. März 2013**

**KPMG AG**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

***Mock, Wirtschaftsprüfer***

***Schweitzer, Wirtschaftsprüfer***

**Impressum**

**Herausgeber**

KfW Bankengruppe

Abteilung Kommunikation

Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944

infocenter@kfw.de, www.kfw.de

**Konzeption und Realisation**

MEHR<sup>+</sup> Kommunikationsgesellschaft mbH, Düsseldorf

KfW Bankengruppe

Palmengartenstraße 5-9

60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0

Telefax 069 7431-2944

infocenter@kfw.de

www.kfw.de

---